

die internationale

MAGAZIN DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ORGANISATION



Foto: CC BY-NC-ND 2.0, NightrFlightToVenus, "Gilets jaunes-10", flic.kr/p/2d4dcG

„GELBWESTEN“ – DIE HERAUSFORDERUNG EINER VOLKSBEWEGUNG

die internationale

<i>Migration</i> Thesen zur Migrationsdebatte, ISO	3
<i>Burkina Faso</i> Die Aktualität des Thomas Sankara, Paul Michel	6
<i>Buchbesprechung</i> Marx, der konsequente Kritiker kapitalistischer Umweltzerstörung, Jakob Schäfer	11
<i>Nachruf</i> Selim Ergunalp (1948–2018)	15
Ralf Schubert (1956–2018)	16
<i>Internationalismus</i> Internationalismus konkret, Gespräch mit Hans Peiffer	17
<i>ISO</i> Zur strategischen Orientierung der ISO	21

inprekorr

<i>Gilets jaunes</i> Gilets jaunes, Léon Crémieux	29
Gelbwesten und Klimaschutz – ein Lehrstück, Andreas Malm	36
<i>COP24</i> Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, Daniel Tanuro	38
COP24 – ein Trauerspiel, Daniel Tanuro	40
<i>Brasilien</i> Erklärung der IV. Internationale zur Lage in Brasilien	43
<i>Dossier Türkei</i> Die Offensivkraft schmilzt dahin, Metin Feyyaz	50
Wahlen unter dem Vorzeichen der Krise, Uraz Aydın	53
40 Jahre revolutionärer Marxismus, Uraz Aydın	57
<i>Afrika</i> Der Schein trügt, Paul Martial	61
<i>Letzte Seite</i> Wochenendseminar der ISO	64

IMPRESSUM

die internationale wird herausgegeben von der Internationalen Sozialistischen Organisation (ISO, Deutschland), in Zusammenarbeit mit Genoss*innen der Sozialistischen Alternative (SOAL, Österreich) und der Bewegung für den Sozialismus (bfs/MPS, Schweiz). *die internationale* erscheint zweimonatlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben den Standpunkt und die Meinung der Autor*innen wieder.

Redaktion:
Edith Bartelmus-Scholich, Tom Bogen, Wilfried Dubois, Jochen Herzog, Dr. Matte, Paul Michel, Björn Mertens, Maximilian Sarra, Jakob Schäfer, Michael Weis
V.i.S.d.P. Michael Weis

Abonnements:
 ■ Einzelpreis: EUR 5,-
 CHF 6,-
 ■ Jahresabo: EUR 25,-
 ■ Doppelabo (je 2 Hefte): EUR 35,-
 ■ Solidarabo: ab EUR 40,-
 ■ Sozialabo: EUR 15,-
 ■ Probeabo (3 Hefte): EUR 10,-
 ■ Auslandsabo: EUR 40,-

www.intersoz.org

Konto:
Neuer Kurs GmbH, Köln
Postbank Frankfurt
IBAN: DE97 5001 0060 0036 5846 04
BIC: PBNKDEFF

Verlag, Verwaltung & Vertrieb:
die internationale
c/o ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln
Vertrieb:
internationale-vertrieb@intersoz.org

Gestaltungskonzept: Tom Bogen

Kontaktadressen:

- Deutschland:
ISO, Regentenstr. 57–59, 51063 Köln,
iso@intersoz.org
- Österreich:
SOAL, Sozialistische Alternative,
office@soal.at
- Schweiz:
BFS/MPS, info@bfs-zh.ch,
<https://sozialismus.ch/>

THESEN ZUR MIGRATIONSDEBATTE

1 Die Hauptursachen für Flucht und Migration sind die imperialistische Ausbeutung der Länder des globalen Südens, wie sie besonders in den Freihandelsabkommen zum Ausdruck kommt, der Klimawandel, dessen Hauptverursacher in den Ländern des Nordens, dessen Hauptleidtragende aber in den Ländern des Südens leben. Hinzu kommen patriarchale Unterdrückung und Kriege, die ebenfalls hauptsächlich von den Ländern des globalen Nordens vom Zaun gebrochen oder angeheizt werden, um ihre Dominanz über die Ressourcen der Welt zu festigen. Alle diese Ursachen lassen sich auf eine Hauptursache zurückführen: die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer inhärenten Tendenz zur Verschärfung von Ausbeutung, Krisen und Krieg. In allen unseren Stellungnahmen zum Thema Migration wird der Tenor deshalb sein: „Das Problem heißt nicht Migration. Das Problem ist der Kapitalismus!“

Die weltweiten Migrationsbewegungen sind eine Folge der internationalen Klassenpolitik des Kapitals. Schon innerhalb Europas führt die massiv zunehmende soziale Ungleichheit zwischen den Ländern der EU dazu, dass Migrationsbewegungen wieder zunehmen (besonders aus Griechenland und anderen Ländern Süd- und Südosteuropas). Vor allem aber die dramatische Verarmung und die Perspektivlosigkeit im globalen Süden veranlassen immer mehr Menschen zu Flucht und Migration.

2 Der Kapitalismus ist aufgrund der Gesetzmäßigkeiten, die sich aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise ergeben, nicht in der Lage, diese Logik zu durchbrechen und eine Umkehr dieser Entwicklungen einzuleiten. Ein Ausbruch aus dieser fürchterlichen Logik – also um annehmbare Lebensverhältnisse für alle Menschen zu gewährleisten und gesellschaftliche Unterdrückung abzuschaffen – ist nur möglich, wenn die kapitalistischen Produktionsverhältnisse überwunden werden, sprich: wenn die warenproduzierende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durch eine demokratisch geplante Wirt-

schaftsweise ersetzt wird und wenn weltweit Beziehungen globaler solidarischer Kooperation an die Stelle von Konkurrenz und Dominanz gesetzt werden.

3 Auf dem Weg hin zu einer Entmachtung des Kapitals und zur Selbstermächtigung der großen Bevölkerungsmehrheiten – sowohl in den Metropolen als auch im globalen Süden – ist es von erheblicher Bedeutung, dass umfassende praktische internationale Solidarität entfaltet wird. Nur so kann sich eine Möglichkeit ergeben, dass wir sowohl die Tageskämpfe wie auch den Kampf für einen Systemwechsel so breit und so gemeinsam wie möglich führen.

Die Grundlage für internationale Solidarität ist der gemeinsame Kampf für gleiche Rechte für alle, überall. Dazu gehört auch das Recht, sich im Land seiner Wahl niederlassen zu dürfen.

Wer den proletarischen Internationalismus ernst nimmt, wer real zur Überwindung der Spaltung zwischen den Belegschaften entlang der Wertschöpfungsketten oder zwischen Nationen und Ethnien oder zwischen den Menschen in den Metropolen und denen im globalen Süden beitragen will, der/die muss sich aus prinzipiellen und aus politisch-strategischen Gründen gegen jegliche Abschottungspolitik wenden. Dies ist aber nur möglich auf der Grundlage eines allgemeinen Rechts auf Niederlassungsfreiheit. Die Abschottungspolitik dient der Ablenkung von den Ursachen der Migrationsbewegungen und spaltet die Menschen kategorial auf. Ist diese rassistische Politik erfolgreich, wird es noch schwieriger als bisher schon, einen gemeinsamen Kampf zu entwickeln, ganz gleich zu welchem Thema.

4 In der derzeitigen innerlinken Diskussion werden häufig „offene Grenzen“ gefordert. Als Kontrapunkt gegen die rassistische Hetze gegen Flüchtlinge, insbesondere aus islamischen Ländern, ist diese Forderung unterstützenswert. Sie stößt aber in der breiteren Öffentlichkeit

häufig auf Unverständnis, weil nicht hinzugefügt wird, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit diese Forderung nicht gnadenlos gegen die einheimische Bevölkerung gewendet wird. Konkret müssen auf zwei Ebenen Verhältnisse geschaffen werden, damit eine solche Forderung Wirklichkeit werden kann:

- Im Inland muss eine reale Integrationspolitik gegenüber den Neuankömmlingen betrieben werden; gerade in Deutschland gilt: Es ist genug für alle da!
- Statt sich abzuschotten und eine Festung um Europa herum zu bauen, müssen sich die politischen Anstrengungen, insbesondere der Gewerkschaften und der sozialen Bewegungen, darauf richten, gleiche soziale Rechte für alle zu schaffen – sei es im Rahmen der EU, der ILO oder anderer internationaler Zusammenschlüsse. Das ist der einzige Hebel, der sicherstellt, dass Menschen nicht mehr gezwungen sind zu fliehen und bei sich zu Hause eine Perspektive entwickeln können.

Die Herstellung gleicher sozialer Rechte ist auch ein mächtiger Hebel gegen Lohn- und Sozialdumping und die Verschärfung der sozialen Ungleichheit, die damit einhergeht. Die Durchsetzung dieser sozialen und finanziellen Forderungen für „Alle“ kann nur gemeinsam erreicht werden. Der „einheimische“ Teil und der neu hinzukommende Teil der Arbeiter*innenklasse müssen dafür gemeinsam kämpfen. Die meisten Flüchtlinge sind objektiv Lohnabhängige bzw. werden es (entweder zeitweilig, zum größten Teil aber für immer) in dem Moment, in dem sie in Europa ankommen. Dies deshalb, weil der Zugang zum Arbeitsmarkt (auch für akademisch Gebildete) in ihren angestammten Berufen für die allermeisten kaum oder gar nicht offensteht.

Ausgangspunkt solcher Forderungen muss immer sein, dass das Geld dafür bei denen zu holen ist, denen die politische Verantwortung für dieses verheerenden System zuzuweisen ist: Regierung und Kapital!

5 Besonders abstrus ist es, wenn die Skepsis von Wagenknecht & Co. gegenüber der Losung „Offene Grenzen“ scharf kritisiert und gleichzeitig die Landesregierungen mit Linkspartei-Beteiligung (Berlin, Brandenburg, Thüringen) samt ihrer Abschiebepolitik verteidigt werden. Beide Pole der Debatte stehen vor großen Herausforderungen: Die Kritik an der Forderung nach „Offenen Grenzen“ muss aufpassen, nicht in rechte Rhetorik abzugleiten und damit Andock-Möglichkeiten für Querfront-Manöver zu bieten und darüber hinaus

bedenken, dass Argumente gegen „Offene Grenzen“ in der breiten Öffentlichkeit anders wahrgenommen werden (können) als in einem linken Diskurs.

Bei der Verteidigung der „Offenen Grenzen“ hingegen muss darauf geachtet werden, nicht in einem Boot mit den „progressiven Neoliberalen“ und dem „Brain-drain-Internationalismus“ des Silicon Valley zu landen. Das wird nur gehen mit nachvollziehbaren Vorschlägen, wie zu verhindern ist, dass die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen der Migration auf die ärmeren Teile der Bevölkerung abgeladen werden.

6 Uns ist klar, dass wir nur dann in breiteren Kreisen die Zweifelnden von der Richtigkeit der Forderung nach offenen Grenzen überzeugen werden, wenn wir es schaffen, möglichst konkret darzulegen, wie auch unter kapitalistischen Bedingungen damit angefangen werden kann, eine Perspektive der offenen Grenzen und des Bleiberechts für Alle ohne weitere Eingrenzung der in diesem Lande erreichten sozialen Errungenschaften umzusetzen.

Wir können und wollen nicht akzeptieren, dass Flüchtlinge faktisch in Konzentrationslager (offiziell „Auffangzentren“) in Nordafrika eingepfercht werden, angeblich um sie vor dem Tod im Mittelmeer zu schützen. Diese Lager werden für die Flüchtenden zunehmend zu Todesfallen. Grund- und Menschenrechte müssen universell gelten.

Wir verurteilen die Kriminalisierung der Bewegung der Rettungsschiffe für Flüchtlinge und fordern einen sofortigen freien Zugang zu allen Häfen am Mittelmeer.

7 Wenn wir die imperialistische Weltordnung als Verursacherin der wachsenden Misere anprangern, bleiben wir nicht bei abstrakten Feststellungen oder bei nur moralischer Empörung stehen. Wir beteiligen uns an konkreten Kampagnen gegen die unfaire Weltwirtschaftsordnung, aber auch gegen imperialistische Interventionen jeglicher Art (gegen wirtschaftliche und politische Erpressung und erst recht gegen militärische Interventionen). In diesen Kampagnen bzw. Aktivitäten vertreten wir u. a. folgende Forderungen:

- Kündigung der Freihandelsabkommen und Ausrichtung der Handelspolitik an gehobenen sozialen und Umweltstandards;
- breite Unterstützung der Kämpfe der Arbeitenden in den Ländern des Südens;
- Unterstützung der Protektion einheimischer, auf den Binnenmarkt ausgerichteter Industrien in den Ländern des Südens und Einschränkung bis hin zum Verbot des

Exports von Lebensmitteln, die in diesen Ländern selbst hergestellt werden können;

- Harmonisierung der sozialen Rechte und des Arbeitsrechts auf europäischer Ebene, Angleichung sozialer Rechte an die jeweils besseren Standards;
- Stärkung der Arbeiter*innenrechte im Rahmen der ILO;
- Abzug aller imperialistischen Truppen aus dem Ausland;
- Austritt aus der NATO und Auflösung der Bundeswehr;
- Stopp aller Waffenlieferungen;
- Auflösung von Frontex.

8 In unserer Solidaritätsarbeit dürfen wir uns nicht anmaßen, bei der Schutzbedürftigkeit zwischen Flüchtlingen und Migrant*innen zu unterscheiden. Sprich: Es steht uns nicht zu – erst recht, wenn wir in den Metropolen leben und gemessen am globalen Süden ein vergleichsweise gesichertes Leben führen –, eine Abweisung von Migrant*innen als nicht schutzbedürftig hinzunehmen. Schon damit würden wir Spaltungslinien akzeptieren.

Diese Grundhaltung muss auch unsere konkrete Solidaritätsarbeit bestimmen. Die Viertelmillion Menschen bei #Unenteilbar in Berlin waren ein wunderbares Zeichen: „Wir sind – deutlich! – mehr“. Diese Massenmobilisierung hat uns alle positiv überrascht. Aber natürlich hatte diese Demo auch was von einer grün-linksliberalen Wohlfühlparty („Wir sind die Guten“). Als Marxist*innen stellen wir Klassenfragen in den Mittelpunkt unserer Analyse und Bewertung der rechten Gefahr (natürlich ohne dies zur Voraussetzung für gemeinsame Aktionen zu machen).

Solche Massen wie bei #Unenteilbar sind nur mit ganz breiten Bündnissen zu mobilisieren. Und natürlich muss deshalb darin auch für Parteigliederungen von SPD und Grünen Platz sein.

Gleichwohl sollte bei der inhaltlichen Ausrichtung nicht darauf verzichtet werden, die Politik eben dieser Parteien zu kritisieren – ist es doch u. a. genau deren Regierungshandeln, das die Ursachen für die Fluchtbewegungen schafft bzw. noch verschärft. Das Mindeste wären klärenden Worte eines Demobündnisses, wenn eine solche Demo anschließend instrumentalisiert werden soll (etwa wie geschehen – ausgerechnet! – von Außenminister Maas).

9 Deshalb: Allen Menschen, die es bis nach Deutschland geschafft haben, muss ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden. Konkret setzen wir uns ein für:

- keine Unterbringung in Durchgangslagern länger als 2 Wochen;
- keine Residenzpflicht;
- weg mit den Arbeitsverboten;
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes;
- sicheren Aufenthaltsstatus für Menschen, die hierbleiben wollen, ohne Umschweife;
- Kündigung aller Flüchtlingsabkommen (mit der Türkei, Tunesien usw.);
- volle Wiederherstellung des Asylrechts.

10 Parallel dazu – aber in keinem Fall als Ersatz oder als Alibi – müssen wir die soziale Ausgrenzung bedeutsamer Teile der „einheimischen“ Bevölkerung (also all der Armen, Prekären usw.) anprangern und entsprechende Kämpfe zur Besserung der sozialen Verhältnisse unterstützen. Das Gegeneinander-Ausspielen zu verhindern (bzw. dagegen anzugehen) wird ohne jeden Zweifel auf Jahre hinaus eine Daueraufgabe für Sozialist*innen und Internationalist*innen sein.

Teil dieser Arbeit wird es sein, sich beispielsweise für folgende Forderungen zu engagieren:

- massive Kampagnen gegen die Gentrifizierung ganzer Stadtviertel;
- verbindliche Mietobergrenzen;
- die sofortige Inangriffnahme eines massiven Sozialwohnungsbaus;
- die Requirierung aller leerstehenden Wohnungen für Bedürftige (also nicht nur für Migrant*innen);
- die Abschaffung von Hartz IV;
- Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro in der Stunde und Abschaffung aller prekären Beschäftigungsverhältnisse;
- sofortige Abschaffung aller Sanktionen für Empfänger*innen von Transferzahlungen;
- die Anhebung der Regelsätze der wiederherzustellenden Sozialhilfe auf mindestens 700 Euro plus Wohngeld.

Koordination der ISO, 1. Dezember 2018



DIE AKTUALITÄT DES THOMAS SANKARA

Am 15. Oktober 1987 fand in Burkina Faso der Versuch, das Land aus Armut und Unterentwicklung zu befreien, ein blutiges Ende. Thomas Sankara, der an der Spitze eines Bündnisses von linken Militärs und Volksbewegungen das Land regierte, wurde in einem von seinem früheren Mitstreiter und Freund Blaise Compaoré angeführten Militärputsch getötet. Compaoré setzte die meisten der in den vier Jahren der Regierung Sankaras eingeleiteten Veränderungen außer Kraft.

■ Paul Michel

Als Thomas Sankara im Gefolge eines Staatsstreichs von linken Militärs im Bündnis mit linken zivilen Organisationen im Jahr 1983 in Obervolta (so hieß das Land damals) an die Spitze der Regierung trat, gehörte Obervolta zu den am stärksten verarmten Ländern der Kontinents.

„Land der Aufrechten“

Obervolta war aufgrund seiner schlechten Ressourcenlage und seiner schwierigen klimatischen Rahmenbedingungen während der Kolonialherrschaft der Franzosen eine vernachlässigte Kolonie. Als Binnenland wies es keinen direkten Meerzugang auf und es befanden sich auf seinem Territorium nur wenige ökonomisch verwertbare Ressourcen wie etwa Gold oder Baumwolle. Nur 11 Prozent der Bevölkerung konnten lesen und schreiben, die durchschnittliche Lebenserwartung lag bei 44 Jahren. Extrem schlimm war die Lage der Frauen. Während sie etwa 60 bis 80 Prozent der arbeitsintensiven, agrarischen Tätigkeiten zu erledigen hatten, waren sie in der patriarchalen Mossi-Gesellschaft sexistischen Praktiken wie der Polygamie oder der Beschneidung ausgesetzt.

Kein gewöhnlicher Putsch

Als der „Nationalrat der Revolution“ (CNR) im August 1983 die Macht ergriff, bezeichneten die ausländischen Medien die Machtübernahme allgemein als einen Militär-

putsch – einen unter vielen in Afrika. Sankara war Hauptmann in der Armee, eine Reihe seiner wichtigen Mitstreiter (einschließlich Compaoré zu der Zeit) waren Offiziere. Der Sturz der vorherigen Militärjunta war mehr als ein einfacher Militärputsch. Er war das Werk eines breiten politischen Bündnisses, an dem mehrere linke politische Gruppen, einige Gewerkschaften, die Studentenbewegung und andere zivile Aktivisten beteiligt waren. Das CNR bekam besonders starke Unterstützung von der Jugend und aus den armen marginalisierten Schichten der Gesellschaft.

Die jungen Anführer des CNR (Sankara war damals erst dreiunddreißig) machten von Anfang an klar, dass sie nicht daran interessiert waren, lediglich ein paar Veränderungen an der Spitze des Staates vorzunehmen. Sie wollten das Land grundlegend verändern – eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Um diesen Bruch zu unterstreichen, änderten sie alsbald den offiziellen Namen des Landes. Obervolta, (das war der Name, der dem Land von dem alten französischen Kolonialregime gegeben wurde) bekam nun einen Namen, der die neue, afrikanische Identität zum Ausdruck bringen sollte: Burkina Faso – „Land der aufrechten Menschen“.

Bruch mit dem Neokolonialismus

Während die die meisten afrikanischen Länder von Lebensmittelpporten und finanzieller Unterstützung

aus den früheren Kolonialstaaten abhängig waren, setzte die Regierung Sankara auf die Entwicklung der lokalen Produktion. Die Außenpolitik des Landes nahm jetzt eine scharfe Wendung: weg von der Anlehnung an Frankreich und andere westliche Mächte hin zur Zusammenarbeit mit antiimperialistischen, revolutionären und radikal nationalistischen Bewegungen und Regierungen in der „Dritten Welt“ wie Fidel Castros Kuba und den Sandinisten in Nicaragua, die sich gerade der Intervention der USA widersetzen. Sankaras CNR unterstützte offen und aktiv südafrikanische FreiheitskämpferInnen. Der erste neue Pass von Burkina-Faso wurde symbolisch für Nelson Mandela ausgestellt, der damals noch im Apartheid-Südafrika inhaftiert war.

In Afrika vertraten Sankara und seine Kameraden ein Modell der panafrikanischen Einheit, das auf die aktive Mobilisierung der Bevölkerungen setzte. Eine wichtige Parole Sankaras war: „Derjenige der dich füttert, kontrolliert dich auch.“ Deswegen widersetzte er sich der Politik von IWF und Weltbank, die ihre finanzielle Unterstützung von der Einhaltung der von ihnen gestellten Bedingungen abhängig machten. Frankreich stellte deshalb bereits 1983 seine finanzielle Unterstützung für Burkina Faso ein. Die Weltbank tat dasselbe 1985.

Sankara forderte von den internationalen Institutionen und den Industriestaaten die Erlassung sämtlicher Schulden, da diese sowieso nicht zurückzahlbar seien und zudem die Entwicklung der Länder Afrikas massiv behinderten und gar nicht erst möglich machten. Im gleichen Atemzug forderte er einen Schulterchluss der afrikanischen Staaten in eben dieser Schuldenfrage. Dafür erhielt er bisweilen auf Konferenzen der „Organisation für afrikanische Einheit“ (OAU) großen Beifall. Real fand er unter den afrikanischen Staatschefs aber keine Mitstreiter.

Umgestaltung des Staates

Burkina Fasos Radikalismus beschränkte sich nicht auf die Außenpolitik. Sankaras Regierungsrat machte klar, dass einige Veränderungen zwar Jahre brauchen, sich aber nicht auf schrittweise Reformen beschränken würden. Die „höchste Aufgabe“ der Revolution, so Sankara, „wird die totale Umstellung der gesamten Staatsmaschinerie mit all ihren Gesetzen, der Verwaltung, den Gerichten, der Polizei und der Armee sein.“

Neben der Umstrukturierung der Justiz, des Militärs und anderer staatlicher Institutionen machte sich der Regierungsrat von Sankara an die Bekämpfung der Korruption und des prahlerisch zur Schau getragenen

Konsums der nationalen Elite. Genügsamkeit und Integrität wurden zu neuen Schlagworten. Die Gehälter und Boni der Minister wurden gekürzt und es wurden ihnen ihre Limousinen weggenommen. Die Mercedes-Luxuslimousinen der Regierung wurden kurzerhand verkauft und die Minister*innen darauf verpflichtet, sich fortan mit dem Renault 5 fortzubewegen, dem billigsten verfügbaren Auto der damaligen Zeit. In öffentlichen Gerichtsverfahren wurden Dutzende von Würdenträgern wegen Veruntreuung und Betrugs zur Rechenschaft gezogen und ins Gefängnis geschickt. Sankara selbst legte vor der „Kommission zur Vorbeugung von Korruption“ öffentlich Rechenschaft über seine Einkünfte ab, schickte seine Kinder in öffentliche Schulen und wies Verwandte ab, die meinten, durch ihre familiären Bande zum Präsidenten an gut bezahlte staatliche Jobs kommen zu können.

Mobilisierung der Menschen

Im Kern zielte der CNR mit seiner Politik darauf ab, enge Verbindungen zwischen den reformierten staatlichen Institutionen und der mobilisierten Bürgerschaft zu fördern. Er konnte damit an in die Burkina vorhandenen Strukturen der kommunalen Selbsthilfe und der gegenseitigen sozialen Unterstützung anknüpfen. Die Regierung des CNR setzte ihren Schwerpunkt auf die Schaffung neuer Volksorganisationen, die schließlich als „Komitees für die Verteidigung der Revolution“ (CDR) bekannt wurden. Direkt von den Versammlungen gewählt, die allen Bewohnern eines bestimmten Viertels oder Dorfes offenstanden, breiteten sich bald CDRs in ganz Burkina Faso aus. Die örtlichen Komitees waren zunächst durchaus beliebt. Sie bestanden überwiegend aus Menschen aus bescheidenen sozialen Verhältnissen, und keineswegs nur aus den wenigen Gebildeten. Schnell wurde aber auch eine negative Seite des revolutionären Enthusiasmus der CDRs sichtbar: Wo die Mobilisierung nicht wie geplant klappte oder wo es gar Widerstände gab, reagierten die übereifrigen jungen Aktivisten schnell mit Zwangsmaßnahmen.

Innerhalb weniger Wochen nach Sankaras Regierungsübernahme begannen überall Mobilisierungen zu kollektiver Arbeit. Die ersten Anrufe dazu kamen von den zentralen Regierungsbehörden, aber auf lokaler Ebene wurden sie in der Regel von den CDR initiiert und organisiert. Sie nahmen in den Gemeinden eine Reihe von Projekten in Angriff: Reinigung von Schul- und Krankenhaushöfen, den Bau von Minidämmen, um Wasser, das knapp war, für die Bewässerung landwirtschaftlicher Flächen zu gewinnen. Wo immer es möglich war, Baumateri-

alien zu bekommen, wurden Schulen, Gemeinschaftszentren, Theater und andere Einrichtungen gebaut. Um die abgelegenen ländlichen Regionen Burkina Fasos logistisch zu erschließen, begann ein groß angelegtes Straßenbauprojekt, allerdings ohne über nennenswerte technische Mittel zu verfügen. Die Masse der Menschen wurde mit simplen Mitteln wie veralteten Walzen und Schaufeln zum Straßenbau mobilisiert. In Ouagadougou, der Hauptstadt, wurden durch in kollektiver Arbeit durchgeführte Wohnungsbauprogramme in einigen heruntergekommenen Ghettobezirken die Lebensbedingungen für die Menschen deutlich verbessert.

„Zwei Mahlzeiten und sauberes Wasser“

Sankara war offen hinsichtlich seiner ideologischen Überzeugungen: marxistisch, undogmatisch. Da Burkina Faso extrem arm war, es im Land nur wenig Industrie gab und die Lohnabhängigen eine winzige Minderheit waren, achtete er darauf, den revolutionären Prozess nicht als „Sozialismus“ oder „Kommunismus“ zu bezeichnen. Stattdessen bezeichnete er ihn als „antiimperialistische Revolution“, die sich auf den Kampf gegen die Herrschaft von außen wendete und sich auf den Aufbau einer vereinigten Nation, den Aufbau der produktiven Kapazitäten der Volkswirtschaft und die Bewältigung der drängendsten sozialen Probleme wie Hunger, Krankheit und Analphabetismus konzentrierte.

Sankara erklärte „zwei Mahlzeiten und sauberes Wasser“ zu einem wichtigen Ziel der Revolution in Burkina Faso. Bemerkenswert an der Politik der Sankara Regierung war, dass sie den Problemen auf dem flachen Land oberste Priorität gab. Die Regierung ließ den armen Bauern mehr staatliche Unterstützung zukommen, schaffte Preisanreize, unterstützte sie beim Verkauf ihrer Produkte, bei der Bewässerung usw. Der Fünf-Jahres Plan sah 71 Prozent der produktiven Ausgaben für Landwirtschaft, Viehhaltung, Pflege der Tierwelt Umweltschutz und anderes vor. Die Landbevölkerung profierte auch vom Ausbau der Schulen und der medizinischen Versorgung. Bis Januar 1986 wurden 7460 Gesundheitsposten, etwa einer für jedes Dorf, eingerichtet.

Obwohl die Armut für die meisten Menschen eine schmerzliche Realität blieb, brachten die vier kurzen Jahre der Regierung von Sankaras Verbesserungen der Lebensbedingungen im Land: Im ganzen Land entstanden neue Gesundheitskliniken. Zwischen 1983 und 1987 stiegen die Ausgaben das Gesundheitswesen um 27 Prozent, die für Bildung um 42 Prozent. Es wurde ein landesweites Impf-

programm aufgesetzt mit dem Ziel, Krankheiten wie Polio oder Masern auszumerzen. Mobile Impfstationen fuhrten systematisch Dorf für Dorf das gesamte Land ab und innerhalb von zwei Wochen waren bereits 2 Millionen Burkiner*innen geimpft. Völlig überrascht von solchen auf dem afrikanischen Kontinent bisher nicht dagewesenen Erfolgen beglückwünschte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) Sankara überschwänglich zu seiner Leistung. Hunderte von neuen Schulen wurden gebaut, es gab eine Alphabetisierungskampagne für Erwachsene und bessere Unterstützung für arme Bauern. Infolgedessen stieg der Anteil der Bevölkerung, der Lesen und Schreiben konnte, von 13 % im Jahr 1983 auf 73 % im Jahr 1987.

Finanziert wurden diese Mehrausgaben durch ein rigides Sparprogramm bei den mehrheitlich städtischen Staatsbeamten. Der Staatsdienst war in Burkina Faso wie in anderen Ländern Afrikas ineffektiv und korrupt. Der Lebensstandard der städtischen Beamten war weit höher als der der Landbevölkerung. Den etwa 28 000 Beamten (ca. 0,3 Prozent der Bevölkerung) wurden von der Sankara Regierung die Gehälter eingefroren, und Kreditleichterungen für Haushalt und Wohnungsbeschaffung gestrichen. Dagegen setzten sich die Gewerkschaften der Staatsbediensteten, die in Burkina Faso ein wichtiger Machtfaktor waren, zur Wehr. Die Sankara Regierung ihrerseits ging gegen die Proteste der Staatsbeamten (insbesondere der Lehrer) mit großer Härte vor. Im März 1984 verhafteten die Sicherheitskräfte einige führende Gewerkschafter – was einen dreitägigen Streik auslöste. In der Folge entließ der CNR 1300 Gewerkschafter. Von einem solch harten Vorgehen waren viele Burkinabe (amtl. Selbstbezeichnung der Burkiner*innen) geschockt. In den folgenden Jahren mäßigte die Regierung Sankara ihr Vorgehen etwas. Einige Hundert der gefeuerten Lehrer wurden wiedereingestellt. Im August 1987 ließ Sankara im Kabinett ein Papier kursieren, noch weitere entlassene Lehrer wieder einzustellen. Die Kluft zwischen Regierung und Gewerkschaften konnte aber nicht mehr überbrückt werden.

Kampf gegen Desertifikation und Frauenunterdrückung

In einem so trockenen Land wie Burkina Faso war die zunehmende Desertifikation, also das Vordringen der Wüste auf zuvor fruchtbares Land, ein großes Problem. Hunderte neuer Brunnen wurden gegraben und Reservoirs gebaut, um das wenige Wasser des Landes besser zu nutzen. Den Bauern wurde beigebracht, wie sie Bodenerosion be-

kämpfen und organischen Dünger produzieren können. Jedes Dorf wurde angehalten, einen Wald anzupflanzen, und Sankara begann eine riesige Kampagne, in deren Rahmen 10 Millionen Bäume gepflanzt wurden, um die Wüstenausbreitung zu stoppen. In Westafrika gab es traditionellerweise die Praxis, landwirtschaftliche Flächen und Baumbepflanzung zu kombinieren. Dies war in der kolonialen Phase verloren gegangen. Jetzt wurden die alten Erfahrungen wiederausgegraben und wiederbelebt.

Ein wichtiges Anliegen waren der revolutionären Regierung die Rechte der Frauen. Dies war ein Novum auf dem afrikanischen Kontinent. Gewalt gegen Frauen, Frauenbeschneidung und auch Polygamie, die Frauen oftmals jegliche Existenzgrundlage entzog, wurden verboten. Viele soziale und wirtschaftliche Programme beinhalteten frauenspezifische Maßnahmen wie Alphabetisierungskurse für Frauen, spezielle Förderprogramme für Mütter in ländlichen Regionen und die Unterstützung von Frauenkooperativen und Marktverbänden. Es wurde gesetzlich ein Mindestalter für die Eheschließung festgelegt, erstmals die Scheidung im gegenseitigen Einvernehmen ermöglicht, das Erbrecht von Witwen anerkannt und die weit verbreitete Unsitte des Brautpreises bekämpft. Zu einer Zeit, als nur ganz wenige Frauen in Afrika hohe Positionen in Politik und Verwaltung begleiteten, ernannte die Regierung von Sankara Frauen zu Richtern, zu Verwaltungschefinnen von Provinzen und zu Direktorinnen von Staatsbetrieben. In jedem der letzten beiden Kabinette von Sankara in den Jahren 1986 und 1987 gab es fünf Ministerinnen, etwa ein Fünftel der Gesamtzahl der Ministerposten.

Befehlen oder Überzeugen?

Nach dem Putsch der linken Offiziere 1983 konnte eine Reihe linker Gruppen und Organisationen ganz legal operieren. Es gab allerdings nie Pläne für allgemeine Wahlen. Die Demokratisierung der Gesellschaft sollte nach Meinung Sankaras über Aufbau und Ausbau der CDR erfolgen. Auf lokaler Ebene, in den Dörfern, den Wohnbezirken und den Betrieben wurden die CDR tatsächlich weitgehend in öffentlichen Versammlungen gewählt. Auf höheren Ebenen der Hierarchie aber wurden sie von Oben, vom „Nationalen Sekretariat“ mit zwei Offizieren an der Spitze, eingesetzt.

Einige Führer des CDR legten ein sehr autoritäres Gebaren an den Tag. Statt Überzeugen war Befehlen angesagt. Bewaffnete Patrouillen fielen wiederholt durch räuberische Erpressung und bewaffneten Raub auf. Einige Aktivisten machten sich der Unterschlagung schuldig,

drangen in Häuser ein, um „Steuern“ und „Spenden“ einzusammeln. Einige wenige dieser Aktivisten wurden von „People's Revolutionary Courts“ zur Rechenschaft gezogen, viele aber eben auch nicht.

Durch ihr hartes Vorgehen hatte die Regierung sich die Beamten und deren Gewerkschaften zum Feind gemacht. Auch mit den alten Stammeshäuptlingen auf dem Land kam es zu Konflikten, weil die jungen Aktivisten der CDR ihnen in den Dörfern ihre angestammte Führungsrolle streitig machten und dabei nicht selten sehr herrisches, unsensibles Verhalten an den Tag legten. Auch die die Förderung der Befreiung der Frauen aus patriarchaler Unterdrückung missfiel natürlich den Stammeshäuptlingen.

Spannungen in der Führung

1987 richtete Sankara seinen Kampf immer stärker gegen die Korruption in den eigenen Reihen. Es gab nun öffentliche Anhörungen, bei denen Sankara und andere Führungskräfte des CNR über ihre Einkünfte Auskunft geben mussten. Compaore wurde dabei öffentlich getadelt, weil er einige Besitztümer verschwiegen hatte. Über die Frage der Antikorruptionskampagne hinaus kam es innerhalb der Führung des CNR über politische Fragen offenbar zu Unstimmigkeiten.

Sankara selbst war nicht unbedingt frei von militärischen Kommandoallüren. Er scheint aber im Lauf der Zeit gegenüber autoritären Gebaren selbstkritischer geworden zu sein. Einige von Sankaras Genossen, Anhänger von Stalin, Mao und Enver Hoxha aus Albanien, waren da weniger sensibel. Sie waren selbst intolerant gegenüber abweichenden Meinungen und neigten dazu, Zwangsmaßnahmen zu befürworten, darunter die Festnahme von Gewerkschaftern, die mit den Maßnahmen der Regierung nicht einverstanden waren.

Auch hinsichtlich der künftigen Organisation des revolutionären Lagers unterschieden sich Sankaras Vorstellungen von denen seiner Genossen. Er wollte keine monolithische Einheitsorganisation. Ihm schwebte eine Art von „Einheit in Vielfalt“ vor. Seine Nachsichtigkeit in dieser Frage gefiel einigen seiner Genossen gar nicht. Im Lauf des Jahres 1987 kam es faktisch zu einer Koalition zwischen den politischen Hardlinern und Gegnern einer konsequenten Antikorruptionspolitik innerhalb der CNR gegen Sankara.

Der Putsch

Nach und nach scharten sich die Gegner Sankaras um den Verteidigungsminister Blaise Compaoré, der auch zum

politisch konservativen und pro-französischen Präsidenten der benachbarten Elfenbeinküste gute Beziehungen hatte. Am 15. Oktober 1987 führten Compaorés Anhänger einen Coup durch und ermordeten Sankara sowie ein Dutzend seiner engsten Unterstützer. Compaoré beendete die Revolution, setzte alle Veränderungen Sankaras außer Kraft und seitdem entwickelte sich Burkina Faso erneut in ein stark verarmtes Land ohne jegliche Entwicklungschance mit Seuchen und Krisen. Heute sind, gemessen am BIP pro Kopf, von 190 Ländern der Welt nur 15 ärmer als Burkina Faso.

Mehr Licht als Schatten

Sankaras revolutionäres Projekt war beileibe nicht perfekt. Es sollte deshalb auch nicht idealisiert werden. Das Militär spielte während der Regierung Sankaras eine ungehörlich wichtige Rolle bei der Durchführung der Sozialprogramme. Zwar wurde immer wieder versucht, die Eigeninitiative und Selbsttätigkeit der Betroffenen anzuregen. Oft aber wurde vom Militär auch autoritär verordnet, was gut ist und deshalb auch zu tun war. An die CDRs erinnern sich die Menschen mehr wegen ihrer Machtmissbräuche als wegen ihrer positiven Rolle bei der Mobilisierung für soziale Projekte. Die staatlichen Behörden legten oft wenig Toleranz für politische Dissidenten an den Tag.

Aber Sankara schaffte es, die Korruption einzudämmen. Zweifelsohne gab es viele erfolgreiche Versuche, die Bevölkerung zu Eigeninitiative zu bewegen, kleine Schritte zu propagieren und – in seiner Wichtigkeit gar nicht zu überschätzen – dem kleinen Mann Erfolgserlebnisse zu vermitteln. Sankara gab den Menschen ihre Würde zurück. Er lebte vor, was er in seinen öffentlichen und privaten Reden forderte, pflegte demonstrativ einen bescheidenen Lebensstil, stellte die Klimaanlage in seinem renovierungsbedürftigen Präsidentenpalast nur bei allergrößter Hitze an und benutzte keine Staatskarosse mehr, sondern – wie auch seine Minister – einen schlichten schwarzen Renault 5.

Obwohl die Revolution Sankaras nur vier Jahre dauerte, erinnern sich fast dreißig Jahre nach Sankaras Ermordung noch viele Burkinabè an die großen Errungenschaften der Sankara-Ära bei der Förderung von Gesundheit und Bildung der Menschen, an ihre innovativen Entwicklungsinitiativen, ihre energischen Antikorruptionsmaßnahmen, ihre fortschrittliche Außenpolitik und ihre Betonung von sozialer Gerechtigkeit, von Frauenrechten und der besonderen Bedeutung der Jugend. Im Jahr 2014, als Blaise Compaoré in einer Mischung von Militärputsch

und Volksaufstand gestürzt wurde, waren bei den Rebellen die Ideen von Thomas Sankara recht populär. Zwar sind die Anhänger der Ideen Sankaras in verschiedene Gruppierungen zersplittert, aber sie spielen auch Burkina Faso des Jahres 2018 eine Rolle.

In einer Zeit, wo sich auch auf dem afrikanischen Kontinent eher Hoffnungslosigkeit und Ratlosigkeit herrscht, kann die Erinnerung an, das was in diesem armen unterentwickelten Land in knapp vier Jahren erreicht wurde, Hoffnung machen, dass doch eine andere Welt möglich ist. Nicht in dem Sinn, das man/frau das Beispiel der Regierung Sankaras verklärt, sondern indem man/frau sich die damals gemachten Erfahrungen kritisch aneignet und schaut, welche Lehren wir daraus für die Bewältigung der aktuellen Probleme ziehen können.

Literatur

Ernest Harsch: The legacies of Thomas Sankara: a revolutionary experience in retrospect, *Review of African Political Economy*, Sep 2013

Ernest Harsch: *Thomas Sankara, An African Revolutionary*, Ohio University Press 2014

Amber Murrey (Hrsg): *A certain amount of madness, The Life, Politics and Legacies of Thomas Sankara*, Pluto Press 2018

MARX, DER KONSEQUENTE KRITIKER KAPITALISTISCHER UMWELTZERSTÖRUNG

Kohei Saito hat sich mit seiner Dissertation „*Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*“ große Verdienste erworben. Er weist überzeugend nach, dass Marx nicht als Propagandist einer absoluten Naturbeherrschung bezeichnet werden kann.

■ Jakob Schäfer

■ Kohei Saito stützt sich bei seiner Studie¹ auf thematisch ähnlich gelagerte Bücher, nicht zuletzt auf die von John Bellamy Foster. Und Saito kommt dabei zu vergleichbaren Schlussfolgerungen wie Ernest Mandel, der in seinem Aufsatz „*Marx, Engels und die Ökologie*“ Marx' wichtigste Kernaussagen zitiert und sie in den Zusammenhang von dessen Kapitalismusanalyse stellt.² Das Neue und wirklich Besondere an Saitos Dissertation ist die minutiöse Auswertung der Marx'schen Exzerptheft und Briefe, wie sie erst seit wenigen Jahren (und das noch lange nicht vollständig) in der Zweiten Ausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) vorliegen. Dies erlaubt ihm (mehr als die in Broschüren oder Büchern erschienenen Arbeiten von Marx es darlegen), dessen philosophisch-politischen Werdegang wie auch die Korrektur bestimmter Positionen nachzuzeichnen³. Und es ermöglicht vor allem, die Schlussfolgerungen, die Marx später in sehr knapper Form in *Kapital* darlegt, tatsächlich voll zu erfassen.

Das Durchgängige bei Marx

Ohne jeden Zweifel gibt es ganz wesentliche Konstanten, die Marx' Leben und Werk durchziehen. Ausgehend

von der deutschen Aufklärung entwickelt Marx einen sehr umfassenden Entfremdungsbegriff. Saito führt 4 Arten an:

- a.) „Je mehr der Arbeiter sich ausarbeitet, umso mächtiger wird die fremde, gegenständliche Welt, die er sich gegenüber schafft, um so ärmer wird er selbst, seine innre Welt, um so weniger gehört ihm zu eigen.“ (*Ökonomisch-philosophische Manuskripte* [ÖPM] in MEGA² I/2: 236)
- b.) Nicht nur gehört das Produkt nicht dem Arbeiter, sondern schon der Akt der Produktion ist kein freiwilliger. Die Lohnabhängigen sind auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen.
- c.) Aus den beiden ersten Arten leitet Marx die dritte, nämlich die vom „Gattungswesen“ ab: „Indem die entfremdete Arbeit dem Menschen 1) die Natur entfremdet, 2) sich selbst, seine eine thätige Funktion, seine Lebenstätigkeit, so entfremdet sie dem Menschen die *Gattung*.“ (ÖPM in MEGA² I,2: 240)
- d.) Die vierte Art der Entfremdung sieht Marx darin, dass „ein Mensch dem andern, wie jeder von ihnen dem menschlichen Wesen entfremdet ist.“ (ÖPM in MEGA² I/2:242)

Nirgendwo sonst so intensiv wie in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten (dem Herzstück der Pariser Hefte von 1844) hat sich Marx mit der Entfremdung auseinandergesetzt, aber diesen Ausgangspunkt hat er nie revidiert. So ist auch verständlich, wie sehr Marx' Streben darauf ausgerichtet war, die Einheit von Mensch und Natur (wieder) herzustellen, und dass es in dieser Beziehung keinen Bruch bei Marx gibt.

Weiterentwicklung

Wenn das Humanistische bei Marx die durchgängige Konstante ist, so hat er in den 1840er Jahren dennoch eine wesentliche Änderung seiner Herangehensweise vollzogen, am umfangreichsten dargelegt in der mit Engels gemeinsam verfassten *Deutschen Ideologie*⁴. Hatte er bis etwa 1843/44 noch die Ansicht vertreten, dass mit philosophischer Aufklärung die Entfremdung überwunden werden kann, so kommt er spätestens mit den *Feuerbachthesen*⁵ zu der Überzeugung, dass das menschliche Wesen „kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum [ist]. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“⁶ Und: „Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergißt, daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß.“⁷ Marx geht von da an historisch-materialistisch an die Analyse der bestehenden Verhältnisse heran und baut ab hier an der Brücke zur gesellschaftsverändernden Praxis.

Eine zweite wesentliche Änderung seiner Herangehensweise ist die Sicht auf die technologische Beherrschbarkeit der Natur. Im *Kommunistischen Manifest* (1848) gehen Marx und Engels noch davon aus, dass das Kapital eine zivilisatorische Mission erfüllt hat bzw. in noch nicht durchkapitalisierten Ländern erfüllt.⁸ Von ökologischer Kritik ist hier noch wenig zu finden. Hier können wir noch von einem optimistischen Prometheanismus sprechen, denn Marx und Engels vertrauen hier zur Beherrschung der Natur noch auf die Steigerung der Produktivkräfte.

Ab Ende der 1840er Jahre beschäftigt sich Marx, den wir als klassischen Universalgelehrten begreifen müssen, intensiv nicht nur mit politischen, ökonomischen und historischen Fragen, sondern auch mit dem neuesten Stand der Naturwissenschaften (darunter übrigens auch mit Darwins Entdeckungen). In den 1850er Jahren wird seine Beschäftigung mit dem Stoffwechsel⁹ von entscheidender Bedeutung. Er folgt dabei zunächst der recht optimistischen Sichtweise des bedeutenden Chemikers Justus von

Liebig, der mit seinem Ansatz der künstlichen Düngung dem Gesetz der schwinden Bodenfruchtbarkeit entgegenwirken will. Die von Saito ausgewerteten Exzerptheftes machen deutlich, wie sich nicht nur Liebig's Sicht mit den Jahren änderte, sondern wie auch Marx – in Auswertung der neuesten Erkenntnisse – zu dem Schluss kommt, dass der Stoffwechsel mit der Natur nicht beliebig gesteuert werden kann, sondern die Natur ihre Grenzen aufweist, die bei Strafe der Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit zu beachten sind.

Mit der 7. Auflage von Liebig's *Die organische Chemie in ihrer Anwendung auf Agricultur und Physiologie* [1840¹, 1862⁷] tritt die entscheidende Wende ein: Liebig wird gegenüber technokratischen Lösungen sehr kritisch. Marx kommt gerade mit der Auswertung dieser naturwissenschaftlichen Erkenntnisse ab Mitte der 1860er Jahre zu der Erkenntnis, dass die kapitalistischen Verhältnisse zu einer globalen Störung des Stoffwechsels geführt haben und führen müssen. „Ohne Zweifel verdankt Marx Liebig's *Agrikulturchemie* die Entwicklung seines Stoffwechselbegriffs als Kritik der modernen Landwirtschaft.“ (Saito: 201)

Unter all den Wissenschaftlern seiner Zeit, die für die Herausbildung von Marx' Stoffwechseltheorie wichtig waren, ragt neben Liebig noch Carl Fraas heraus, der mit seinen Forschungen zum Klimawandel (wohl gemerkt Mitte des 19. Jahrhunderts!) den Blick für gesellschaftlich bedingte Veränderungen der Lebensgrundlagen schärfte. Marx sah in Fraas' Buch *Klima und Pflanzenwelt in der Zeit* (1847) eine „sozialistische Tendenz“. Ähnlich wie Liebig befasste sich Fraas mit der Bodenerschöpfung im Altertum, aber er kommt zu anderen Ergebnissen als Liebig. „Im Gegensatz zur damals üblichen Unterschätzung des menschlichen Einflusses auf das Klima schildert Fraas eine geschichtliche Dynamik, in der das Klima sich unter der Zivilisation gerade wegen des menschlichen Zutuns in großen Zeiträumen wandelt.“ (Saito: 280) „Die Störung des Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur besteht nach Fraas nicht bloß im rücksichtslosen Raub der Mineralsubstanzen im Boden, sondern in der massiven Entwaldung zwecks Agrikultur, Gewerbe und Industrie. Der Klimawandel ist also nichts anderes als eine neue wichtige Komponente für die Beschreibung der gesellschaftlichen Störung des Stoffwechsels.“ (Saito: 288)

Diese Einflüsse verarbeitet Marx auf die ihm eigene Weise, indem er nämlich die sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Zwänge offenlegt, die im Kapitalismus wegen des Verwertungszwangs des Kapitals ganz andere Dimensionen annehmen. Der Abschnitt „Große Indus-

trie und Agricultur“ im *Kapital* Bd. I (MEW 23: 527 ff) wäre ohne das Studium der Schriften Liebig's und anderer Forscher nicht möglich gewesen. Speziell die Frage des abnehmenden Bodenertrags beeinflusst ganz nebenbei auch Marx' Kritik der Ricardo'schen Theorie der Grundrente¹⁰.

Im *Kapital* erklärt Marx, wie der Drang des Kapitals zur unablässigen Verwertung dazu führt, dass immer mehr produziert wird, und zwar entgegen den Notwendigkeiten einer zu bewahrenden Umwelt und nicht gemäß den Bedürfnissen der Menschen. Dies führt ihn dazu, vom Kapital als einem „automatischen Subjekt“ zu sprechen.¹¹ Saito fasst das so zusammen: „Das Kapital überwindet zwar immer seine Schranken, aber es vertieft gerade infolge der maßlosen Exploitation der Naturkräfte auf der Suche nach günstigen Rohstoffen, Hilfsstoffen und Energie die Widersprüche auf globalem Niveau, wie die massive Abholzung im Amazonasgebiet, die Verseuchung von Wasser, Boden und Atmosphäre durch die extraktive Industrie in China, die Ölpest im Golf von Mexiko oder die Atomkatastrophe von Fukushima.“ (Saito: 108)

Saito kommt zu dem Schluss: Marx hat „im Laufe der Zeit seine frühere optimistische Vision der Naturbeherrschung infolge seines Abschieds von der Philosophie von 1845 nach und nach modifiziert, wie seine Exzerptheftedokumentieren. Im Vergleich um *Kommunistischen Manifest* [1848] glaubte er im *Kapital* nun keineswegs, dass die Gesellschaft mithilfe der Entwicklung von Technologie und Naturwissenschaft die Natur willkürlich beherrschen könnte, indem diese komplett in die zweite Natur transformiert würde. Im *Kapital* argumentiert Marx ganz anders: Die Vernachlässigung der stofflichen Eigenschaften ruft die Untergrabung der materiellen Bedingungen der Produktion hervor. Im Gegensatz zur verbreiteten Kritik, er sei Befürworter der absoluten Naturbeherrschung, propagiert seine Vision der zukünftigen Gesellschaft gerade aufgrund seiner expliziten Erkenntnis der natürlichen Grenze den vorsichtigen, nachhaltigen Umgang mit der Natur.“ (Saito: 299). Saitos Bewertung von Marx' „Abschied von der Philosophie“ deckt sich übrigens völlig mit Mandels Sicht (den Saito ganz offensichtlich nicht kennt), wenn Mandel den Fortschritt des Marx'schen Denkens so ausführt: „Auch hier [bezogen auf den Kampf gegen das Privateigentum] wird ‚Die Deutsche Ideologie‘ in Marxens Argumentation einen bedeutenden Schritt vorwärts darstellen, die sich dort völlig von seinen philosophisch-moralischen Bindungen befreit.“¹²

Natürlich zitiert Saito auch die berühmten Stellen im *Kapital*, in denen in kondensierter Form die Marx'sche

Analyse der ökologischen Verheerungen zusammengefasst sind: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebne Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“¹³

„Aber die Abhängigkeit von und der beständige Wechsel der Cultur der besondern Erdproducte mit dem Wechsel der Marktpreise, der ganze Geist der kapitalistischen Produktionsweise, der auf *unmittelbaren* nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agricultur, die mit der beständigen Lebensbedingung der zusammenhängenden Menschengeneration zu wirtschaften hat.“ (Ökonomische Manuskripte 1863–1867. [ÖM] Teil 2 in MEGA² II/4.2:670)

„Beide reichen sich die Hand: die grosse Industrie und die industriell betriebene Agricultur. Wenn sie sich dadurch ursprünglich scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet, und ruiniert, so reichen sich später, im Fortgang, beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land die Arbeiter entkräftet, und Industrie und Handel ihrerseits der Agricultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.“ (ÖM in MEGA² II/4.2: 753)

„Von dem Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen an dem Erdball ganz so abgeschmactt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen auf einen anderen Menschen. Selbst eine Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengekommen sind nicht *Eigentümer* der Erde. Sie sind nur ihre *Besitzer*, ihre *usufruitiers* [Nutznießer, J.S.] und haben sie als *boni patres familias* [gute Familienväter, J.S.] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“ (*Kapital*, Bd. 3, MEGA² II/4.2: 718)

Alles aussichtslos?

Die kapitalistische Formbestimmung ist nicht vom Himmel gefallen, d. h. Störungen des Stoffwechsels gibt

es schon vorher, aber der Kapitalismus transformiert und potenziert die Widersprüche. „Im Gegensatz zu Fraas hält Marx es für möglich und nötig, dass sich die Harmonie zwischen Zivilisation und Natur verwirklicht, indem die Natur von assoziierten Produzenten ‚bewusst beherrscht‘ wird. Aber ‚dazu kommt [Fraas] natürlich als Bürger nicht‘. Marx unterscheidet sich von Fraas durch seine Einsicht, dass die große ökologische Krise die materielle Grundlage der gesellschaftlichen Produktion bedroht, aber den Menschen zugleich zu einem bewussten, nachhaltigen Verhältnis zur Natur zwingen kann. Alles andere liefe auf Fatalismus hinaus, von dem nur die besitzenden Klassen profitieren.

An dieser Stelle wollen wir eines der beliebtesten und gleichzeitig wichtigsten Zitate aus Marx *Kapital* Bd. III anführen: „Die Freiheit in diesem Gebiet kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden; ihn mit dem geringsten Kraftaufwand und unter den ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen vollziehen. Aber es bleibt dies immer ein Reich der Notwendigkeit. Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung.“ (MEW 25: 828)

Die hier vorgenommene Darstellung des Buchs von Kohei Saito hat hoffentlich eines klar gemacht: Das schon von Ernest Mandel und vielen anderen widerlegte Märchen von Marx' Technikgläubigkeit und einem Hochjubeln des Produktivismus entbehrt jeder Grundlage. Marx' Analyse des Kapitalismus ist unvollständig geblieben, aber das Studium der Exzerpthefte wie auch der Briefe belegt, dass die wenigen Ausführungen von Marx zur Ökologie in all seinen Schriften ab Mitte der 1860er Jahre (und ganz besonders im *Kapital*) keine zufälligen Einsprengsel sind, sondern wohl begründete Schlussfolgerungen aus einem intensiven Studium der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Zeit.

Dank gerade des Instrumentariums von Marx' einzigartiger Analyse der ökonomischen Zusammenhänge des Kapitalismus und der Funktionsweise des Kapitals ist es uns auch heute – angesichts des Klimawandels sogar mehr denn je – möglich und nötig, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen als eine zwangsläufige Folge der

bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu begreifen. Deswegen ist Saitos Buch wärmstens zu empfehlen. Es hat nur leider einen bedeutsamen Nachteil: Es kostet mit 39,95 € (für 328 Seiten im Paperback) unverhältnismäßig viel Geld. Das hätte der Akademikerverlag Campus sicherlich auch anders gestalten können.

1 Kohei Saito: *Natur gegen Kapital. Marx' Ökologie in seiner unvollendeten Kritik des Kapitalismus*. Frankfurt 2016, Campus, 328 Seiten, 39,95 Euro.

2 Die erste Fassung dieses Artikels erschien in der Zeitschrift *mai*, Brüssel 1972; leicht erweitert auf Deutsch in Ernest Mandel: „Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes“ [1984], Neuausgabe 2018, Köln/Karlsruhe (Neuer ISP Verlag)

3 J. B. Foster bezeichnet dies als den ökologischen Bruch (metabolic rift); vgl. dazu John Bellamy Foster: *The Ecological Revolution: Making Peace with the Planet*, New York, 2009; sowie John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York: *Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten*, Hamburg 2011.

4 Marx/Engels, *Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutsche Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten*, [1845–1846] MEW 3: 9)

5 K. Marx: [*Thesen über Feuerbach*], MEW 3: 5

6 MEW 3: 6

7 MEW 3: 5 f.

8 „Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischen Nationen in die Zivilisation.“ MEW 4: 466

9 Im 19. Jh., als es den Begriff Ökologie noch nicht gab, bezeichnete man mit dem Begriff Stoffwechsel die dynamische Interaktion von Pflanze, Tier und Mensch.

10 Siehe dazu MEW 31: 178

11 MEW 23: 169; zuvor (S. 167) schreibt Marx: „Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist dagegen Selbstzweck, denn die Verwertung des Werts existiert nur innerhalb dieser stets erneuerten Bewegung. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos.“

12 Ernest Mandel, *Entstehung und Entwicklung der ökonomischen Lehre von Karl Marx*, Hamburg (rororo), 1982; S. 29

13 MEW 23: 529 f.

SELIM ERGUNALP (1948–2018)

Ayrılık yaklaşıyor her gün biraz daha,
güzelim dünya elvedâ,
ve merhaba
k â i n a t . . .

JEDEN TAG RÜCKT DAS ENDE

Ein wenig näher.

Leb wohl, Welt, meine Schöne.

Sei gegrüßt, Universum ...

Nazim Hikmet

Selim Ergunalp, geboren 1948, wurde 1983 aus einem türkischem Gefängnis entlassen und konnte unter Vermittlung von Amnesty International eine Aufenthaltserlaubnis in München erreichen. In der Türkei herrschten nach dem Putsch der Armee 1980 zu der Zeit erneut die Militärs. Selim war einer unter Tausenden, die unter der Repression zu leiden hatten, weil er als sehr aktiver Linker in der Vatan-Partisi („Vaterlandpartei“, linke Volkspartei) engagiert war und auch illegale Aktionen durchführte. Über die Umstände bestimmter Aktionen erzählte er uns öfter mit einem Schmunzeln im Gesicht.

Recht bald nach seiner Ankunft in Deutschland kam er in München mit der Ortsgruppe der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), der damaligen deutschen Sektion der IV. Internationale, in Kontakt und wurde Mitglied. Neben seiner Teilnahme an den verschiedenen Kampagnen der GIM übersetzte er „trotzkistische“ Broschüren und Artikel ins Türkische, um damit die Diskussion in der türkischen Linken zu stimulieren.

Als die GIM sich 1986 mit der Mehrheit der ehemals maoistischen KPD-ML (später KPD genannt) unter dem Motto „Vereinigen statt Spalten“ zur Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP) zusammenschloss, ging Selim mit. Innerhalb der VSP hatten sich die Mitglieder der IV. Internationale in der sogenannten „Inprekorr-Strömung“ zusätzlich organisiert, um Mitglieder der IV. Int. zu bleiben und weiterhin an deren Debatten teilnehmen zu können. Die deutschen Mitglieder der IV. Internationale zerstritten sich einige Zeit nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Anschluss der DDR über das weitere Vorge-

hen in der VSP; ein Teil der Mitglieder der Inprekorr-Strömung spaltete sich von der VSP ab. Für Selim war das Maß voll, er trat auch aus der VSP aus, trat aber nicht in das „Spaltprodukt“ RSB ein. Aber er blieb seinen Überzeugungen auch als „Unorganisierter“ treu.

Danach gab es lange Zeit eine gewisse Funkstille zwischen Selim und der Münchner OG der VSP, die sich zu einem späteren Zeitpunkt zur internationalen sozialistischen linken (isl) entwickelte, und dem „Spaltprodukt“ RSB.

Erst im Rahmen der Vereinigungsbestrebungen von isl und RSB konnte er erneut für die IV. Internationale interessiert werden. Nach der Vereinigung der beiden Teile der deutschen Sektion zur Internationalen Sozialistische Organisation (ISO), der neuen Sektion der IV. Internationale in Deutschland vor 2½ Jahren, trat er wieder in die IV. ein.

Seine Haltung war eine recht klassische Auffassung des revolutionären Marxismus; mit einigen Positionen der ISO, zum Beispiel die zur Organisationstheorie bzw. den Organisationsregeln, die sich die ISO gab, tat er sich recht schwer. Auch mit der seit Jahrzehnten in der IV. Internationale geltenden Orientierung auf den Aufbau von „breiten Parteien“ war er nicht einverstanden.

Einer seiner politischen Schwerpunkte in den letzten Jahren lag auf den Ereignissen in der Türkei und Kurdistan. Insbesondere die Taksim-Bewegung gab ihm (trotz deren Niederlage) wieder neue Energie, weiterhin in die theoretischen Debatten der türkischen Linken im Lande selbst – aber auch in der türkisch-kurdischen Diaspora in München – einzugreifen.

Er verfasste viele Artikel für die Diskussion in der türkischen Linken und veröffentlichte sie in verschiedenen linken Zeitungen und Diskussionsmagazinen in der Türkei. Nach langen Jahren konnte er wieder einige Male in die Türkei reisen, um Familienmitglieder zu treffen und mit alten und jüngeren Genoss*innen einen Beitrag zur Überwindung der Differenzen zwischen den verschiedenen Splitterorganisationen des revolutionären Marxismus zu leisten.

Eineinhalb Jahre vor seinem Tod wurde er wegen seiner Rolle als „Brückenbauer“ zwischen den verschiedenen linken türkischen und kurdischen Organisationen in München sehr schnell in der neu entstehenden HDK in den Vorstand gewählt. Seine liebenswürdige Art des Agierens, ohne aber theoretische Zugeständnisse an aktuelle politischen Moden zu machen, machte es ihm möglich, diese Rolle zu spielen.

Ein Beispiel dafür ist das Buch (2016), das er „nebenbei“ auf Türkisch verfasste, in dem er verschiedene postmoderne Klassentheorien (u. A. die Theorien von Anthony Giddens, Chantale Mouffe und Laclau), die in den letzten Jahren seit der Taksim-Platz-Bewegung in der türkischen Linken diskutiert wurden, einer marxistischen Analyse unterwarf.

Ein anderes Beispiel ist sein Beitrag in *die internationale* Nr. 6/2017 (November/Dezember 2017), in dem er die Debatte über einen für die Linke angeblich notwendigen

„Linkspopulismus“, um dem Rechtspopulismus wirkungsvoll entgegen treten zu können, scharf kritisiert. Auch nach einem Jahr ist der Artikel weiterhin sehr lesenswert.

Gerade aus dieser theoretischen Arbeit mit Ausstrahlung in die Türkei wurde er vor einem dreiviertel Jahr durch die Nachricht seiner Krebserkrankung brutal herausgerissen. Seitdem musste er sich fast vollkommen aus der politischen Arbeit heraushalten, was ihm sichtlich großen Verdross bereitete. Bis zum Schluss war es sein Bestreben, möglichst noch etwas zum Klassenkampf beizutragen.

Leider hat es nicht sollen sein: Schon am Tag seines 70. Geburtstages hat er wohl entschieden, nicht weiter leiden zu wollen. Er verweigerte die Nahrungs- und Medikamentenaufnahme, was dazu führte, dass er am Tag nach seinem Geburtstag im Beisein seiner Familie friedlich eingeschlafen ist. Auch über seinen Tod wollte er stolz selbst entscheiden.

Die Ortsgruppe München der ISO, die ISO insgesamt hat einen vorbildlichen, sehr engagierten, stolzen und vor allem höchst liebenswerten Genossen verloren. Wir trauern mit seiner Frau und den beiden Söhnen.

Wir werden Selim ein ehrendes Andenken bewahren – er wird in unserem Kampf weiterleben!

München, Donnerstag 4. Okt. 2018

██████████

RALF SCHUBERT (1956–2018)

(dk) Allzu früh, im Alter von 62 Jahren, erlag unser Übersetzer Ralf Schubert am 16. November 2018 einer Krebserkrankung. Er selbst hätte sein Alter eher mit 15,5 beziffert, weil sein „richtiger“ Geburtstag nur in Schaltjahren stattfand ... Er wurde am 29. Februar 1956 geboren.

Ralf stammte „aus gutem Hause“ – sein Vater war Einkaufsdirektor der Goetze-Werke, eines Burscheider Metallbetriebs mit Zweigwerk in Opladen (heute Leverkusen), das Kolbenringe herstellte. In Opladen machte Ralf Abitur. Mitte der 1970er Jahre führte ihn sein Interesse an marxistischer Kritik der politischen Ökonomie zu Ernest Mandel und zur IV. Internationale. Ralf wurde Mitglied ihrer deutschen Sektion, der Gruppe Internationale Marxisten (GIM), zunächst in Leverkusen, dann in Köln. Dort studierte er Französisch und Geschichte; mangels Aussicht auf eine Lehrerstelle sattelte er auf Dolmetscher um.

Nach einem Zwischenaufenthalt in Italien siedelte Ralf 1984 nach Brüssel über, wo er ein Berufsleben als Konferenzdolmetscher der EU-Kommission für fünf europäische Fremdsprachen verbrachte. Von 1998 bis 2010 war er mit seiner zweiten, aus Kinshasa/Kongo stammenden Frau Deborah verheiratet, mit der er zwei Kinder hatte, Miriam (20) und Daniel (18).

Dem leidenschaftlichen Fußballfan und Marathonläufer gelang es, der geistig-politischen Anpassung an seine berufliche Umgebung zu widerstehen, so dass er nach seiner Pensionierung unserer Zeitschrift seine ehrenamtlichen Übersetzerdienste anbot. Auch auf internationalen Konferenzen von Attac war er als Dolmetscher tätig. Zudem begleitete er behinderte und pflegebedürftige Menschen auf Ausflügen, etwa ins Fußballstadion. Seinen Brüsseler Freunden und Freundinnen galt er als herausragender Historiker, politischer Intellektueller und Humanist.

INTERNATIONALISMUS KONKRET

Das folgende Gespräch mit **Hans Peiffer**, einem Aktivisten der Solidarität mit dem antikolonialen algerischen Befreiungskrieg in Deutschland, führte **Manuel Kellner** am 11. April 2018.

Warum hast du damals in den fünfziger Jahren und Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts zusammen mit deinen Genossinnen und Genossen der deutschen Sektion der IV. Internationale die Solidarität mit der algerischen Revolution in den Mittelpunkt der internationalistischen Arbeit gestellt?

Der algerische Befreiungskrieg begann 1954 und dauerte bis 1962, seit 1956 machten wir diese Solidaritätsarbeit. Die algerische Revolution war eine glänzende Bestätigung unserer politischen Einschätzung vom Aufschwung der antikolonialen Bewegung in den arm und abhängig gehaltenen Ländern.

Die Befreiung von Kolonialherrschaft sollte übergehen in die soziale Befreiung, in die Überwindung des kapitalistischen Systems. Unsere internationalistische Überzeugung war, dass diese Kämpfe in den einzelnen Ländern beginnen, aber letztlich international in einen Prozess der sozialistischen Weltrevolution einmünden.

Leitschnur für die Politik der IV. Internationale in den 1950er Jahren und 1960er Jahren, bis 1967/68, war eine Weiterentwicklung und Aktualisierung der Politik der „permanenten Revolution“. 1963 verabschiedete ein Weltkongress der IV. Internationale¹ eine Entschliebung, in der das formuliert und als „Dialektik der drei Sektoren der Weltrevolution“ bezeichnet wurde. Darin wurden die antikoloniale Befreiung, die sozialistische Revolution in

den reichen kapitalistischen Ländern und die politische Revolution gegen die Bürokratenherrschaft in den nicht-kapitalistischen Ländern (Sowjetunion und Ostblock) als gleichberechtigte Aufgabengebiete genannt, wobei Erfolge in einem dieser Sektoren ihre positive Wirkung auf die Bewegungen in den anderen beiden Sektoren haben würden.

Das stand im Gegensatz zur Position der offiziellen kommunistischen (post-stalinistischen) Parteien, weil die sowjetische Führung die Interessen der Weltrevolution den eigenen Staatsmachtsinteressen unterordnete und im Rahmen der so genannten „friedlichen Koexistenz“ revolutionäre Bewegungen außerhalb ihres Machtbereichs nur in Ausnahmefällen oder nur eingeschränkt unterstützten.

Im Fall der algerischen Revolution schienen uns die Bedingungen für die Erringung der vollen staatlichen Unabhängigkeit besonders günstig, weil der rechte Flügel der FLN², repräsentiert durch Ferhat Abbas, der eine nur eingeschränkte Souveränität bei Fortbestehen imperialistischer Dominanz anstrebte, gegenüber dem konsequent für volle Unabhängigkeit auf allen Ebenen eintretenden Flügel vergleichsweise schwach war. Aus unserer Sicht konnte daher der Befreiungskampf, wenn er erfolgreich war, in eine umfassendere soziale Revolution übergehen. Der linke Flügel der FLN um Ben Bella zeigte sich offen für eine solche Perspektive.

Deutschland war zudem Nachbarland der Kolonialmacht Frankreich und hatte im Rahmen der Europäischen

Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) besonders enge Beziehungen mit Frankreich. Deshalb war es die besondere Verantwortung deutscher Revolutionäre und Revolutionärinnen, die algerischen Kämpfer und Kämpferinnen zu unterstützen.

Ihr hattet engen Kontakt mit führenden FLN-Mitgliedern und habt die FLN materiell und organisatorisch unterstützt.

Das Büro der IV. Internationale war damals in Paris. Vermittelt über dieses Büro war es daher für uns nicht schwierig, Kontakt mit führenden Vertretern der FLN anzuknüpfen. Sie mussten in Frankreich verdeckt arbeiten, und wir halfen ihnen bei den Grenzübertritten, um uns mit ihnen in Deutschland zu beraten.

Ein Teil unserer Solidaritätsarbeit war in dieser Zeit auch in Deutschland nicht legal: Der Transport von Dokumenten, die sie für ihre Arbeit brauchten, Informationsaustausch zwischen Deutschland und Frankreich, Geldtransporte, zum Beispiel im Februar 1960 eine Million DM aus einer Filiale der Deutschen Bank in Frankfurt am Main zur Finanzierung der Arbeit der FLN in Deutschland.³ Dieses Geld haben Georg Jungclas, das führende Mitglied unserer Gruppe, den wir immer „Schorsch“ genannt haben⁴, und Pablo in einem Koffer⁵ transportiert, und das Misstrauen der Bankangestellten angesichts einer so ungewöhnlichen Barabhebung war groß. Pablo, der aus Griechenland stammte, war damals das führende Mitglied der IV. Internationale.⁶

Unser Genosse Jakob Moneta⁷ war damals Sozialattaché in der deutschen Botschaft in Paris und konnte aufgrund dieser Stellung und seiner diplomatischen Immunität für Kurierdienste verschiedener Art eingesetzt werden. Hinzu kam die Hilfe für den Empfang, die Lagerung und den Weitertransport von Waffen für den algerischen Befreiungskrieg. Dafür benutzten wir die Garage unserer Genossin „Leni“ Jungclas⁸, der Frau von Schorsch.

Ihr habt die Zeitschrift *Freies Algerien* herausgegeben und andere öffentliche Solidaritätsaktivitäten durchgeführt.

Ebenso wichtig wie die verdeckte Unterstützung war für uns damals die legale Solidaritätsarbeit mit der algerischen Revolution in Deutschland. Um die Ziele des algerischen Befreiungskampfs in der deutschen Arbeiterbewegung und in der Öffentlichkeit zu erklären und für die Unterstützung dieses Kampfs zu werben, gaben wir von 1958 bis 1962 eine Zeitschrift heraus. Ihr Titel war *Freies Algerien*,

sie hatte acht Seiten im DIN-A-4-Format. Insgesamt erschienen 22 Ausgaben. In dieser Zeitschrift riefen wir auch zu Spenden für die FLN und ihren Befreiungskampf auf. Geschichte, Landeskunde, Kriegsverlauf und die Aktivitäten der Solidarität mit dem algerischen Befreiungskampf in Frankreich und in Deutschland (auch in DGB-Gewerkschaften, DGB-Jugend und im linken Flügel der SPD, SPD-Jugend, Falken, bei den Naturfreunden). Wir haben Stellungnahmen der FLN abgedruckt, Interviews mit führenden FLN-Mitgliedern und FLN-Grundsatz-erklärungen veröffentlicht, meist aus deren Organ *El Moudjahid* (Der Kämpfer). Damit war viel Recherche- und Übersetzungsarbeit aus dem Französischen verbunden. Verpackung und Versand der Zeitschrift wurden von der Kölner Ortsgruppe der deutschen Sektion durchgeführt und organisiert.

In der Öffentlichkeit und in den genannten Organisationen der Arbeiterbewegung, in denen wir arbeiteten, machten wir Propaganda, organisierten Informationsveranstaltungen, stellten Referenten, verbreiteten FLN-Publikationen, brachten Entschlüsse zur Solidarität mit dem algerischen Befreiungskampf ein. Besonders in den Jugendorganisationen der Arbeiterbewegung gelang es uns, den algerischen Befreiungskampf immer wieder zum Thema zu machen. Das *Freie Algerien* haben wir aber auch in den Betrieben verbreitet, in denen wir gearbeitet haben.

1958 haben wir zum ersten Mal bei der 1. Mai-Demonstration in Köln die Fahne der FLN gezeigt, die unsere Genossin Leni Jungclas am Vorabend genäht hatte. Wir liefen mit diesem Transparent in der Demonstration mit und riefen „Freiheit für Algerien!“ Dieses Transparent haben wir dann immer wieder gezeigt, es tauchte auch in anderen Städten auf, bei anderen öffentlichen Veranstaltungen und Kundgebungen.

Im November 1958 gab es in Bad Kreuznach (Rheinland-Pfalz) ein Treffen von Charles de Gaulle und Konrad Adenauer. Die Genossen Schorsch Jungclas, Micky Beinert und Helmut Schauer demonstrierten mit einer algerischen FLN-Fahne, die sie über einen schwarzen VW-Käfer gespannt hatten, und zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Algerien!“ Reaktionäre bürgerliche Journalisten rissen Transparent und Fahne ab. Es wurde aber auch eine Solidaritätskarte verteilt, auf der stand: „1. Mai 1958 – Demonstration des Arbeiterjugendkartells Köln – Solidaritätsbaustein Hilfe für Algerien“. Beim Verteilen dieser Karte wurden die drei Genossen von der Polizei verhaftet, aber nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Am 1. November 1959, dem fünften Jahrestag des Beginns des algerischen Aufstands, führten wir in Köln eine Kranzniederlegung zum Gedenken an die Opfer der französischen Kolonialherrschaft in Algerien durch. Wir waren ungefähr zwanzig Genossinnen und Genossen. Ich wollte eine Ansprache halten. Da kamen zwei Polizisten in Zivil hinter einem Gebüsch hervor und verhafteten mich und führten mich ab, die waren von der Politischen Polizei. Ich bin mehrere Stunden im Polizeipräsidium festgehalten worden. Sie wollten mich verhören, ich verweigerte aber die Aussage. Nach einigen Stunden wurde ich freigelassen. Die Kölner Lokalpresse berichtete über meine Festnahme, wobei die beiden Zivilpolizisten auf dem Pressefoto deutlich zu erkennen waren (ohne schwarzen Balken über dem Gesicht), worüber sich die Polizeiführung sehr ärgerte, denn diese Männer konnten nicht mehr als Zivilpolizisten eingesetzt werden.

Habt ihr nicht auch Geld für die FLN gesammelt?

Natürlich haben wir auch zu Geldspenden für die FLN aufgerufen und entsprechend Geld gesammelt. Doch waren wir eine kleine Organisation und konnten bei weitem nicht so viel Geldspenden sammeln, wie dies Massenorganisationen hätten tun können oder gar im Vergleich mit der finanziellen Hilfe, wie Regierungen sie hätten aufbringen können. Auf diesem Gebiet blieb unser Beitrag bescheiden.

Wir halfen aber auch bei der Beschaffung von Ersatzteilen und Zubehör für die Waffenproduktion. Schorsch besorgte zum Beispiel in Dänemark Chemikalien, wobei die FLN die Kosten selber bestritten hat.

Du hast auch in einer Waffenfabrik in Marokko gearbeitet und geholfen, Waffen für die FLN zu produzieren.

1957/58 gelang es der französischen Kolonialmacht immer besser, den Nachschub an Waffen für die FLN zu unterbinden. Darum wurde der Plan ins Auge gefasst, in Marokko, das seit 1956 von Frankreich formal unabhängig war, Waffen selber zu produzieren, also im Hinterland der ALN⁹, des bewaffneten Arms der FLN. Die ALN konnte sich damals in Marokko uneingeschränkt frei bewegen.

Die FLN/ALN wandte sich in dieser Angelegenheit an Pablo, der zu dieser Zeit Sekretär des Büros und wie gesagt wichtigstes führendes Mitglied der IV. Internationale war. Pablo organisierte zusammen mit Schorsch Jungclas die Mobilisierung von Freiwilligen aus der Mitgliedschaft und

aus dem Umfeld der IV. Internationale, um diese Waffenproduktion an mehreren Standorten in Marokko zu ermöglichen. Dies gelang und war für den Kampf der FLN wichtig.

Ich selbst habe 1960 sechs Monate lang in einer dieser Waffenfabriken in Marokko gearbeitet. Dort wurden insbesondere Maschinenpistolen und Granatwerfer für den Kampf der FLN produziert. ALN-Kämpfer sorgten für unsere Bewachung. Neben Genossen aus verschiedenen Ländern haben in dieser Fabrik auch algerische Facharbeiter gearbeitet, die zu diesem Zweck aus Frankreich angereist waren.

Welche Erfahrungen dieser Zeit findest du besonders wichtig?

Die Beziehungen zwischen den algerischen Facharbeitern und den aus dem Ausland kommenden Kollegen war sehr herzlich und gut, obwohl es natürlich Sprachbarrieren und kulturelle Unterschiede gab. Aktivisten der IV. Internationale kamen aus verschiedenen Ländern: Argentinien, Venezuela, Frankreich, Niederlande, Griechenland, England und Deutschland.

Die konkrete Erfahrung internationaler Zusammenarbeit für die gemeinsamen Ziele der Solidarität im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung und für eine bessere Welt war sehr wichtig für alle Beteiligten, sowohl für die algerischen Arbeiter als auch für uns Aktivisten aus den anderen Ländern. Nationale und kulturelle Unterschiede traten in dieser solidarischen Zusammenarbeit in den Hintergrund und alle waren begierig, von ihren Kollegen anderer Länder zu lernen und Neues zu erfahren. Wir haben zusammen Freizeit verbracht, zum Beispiel Fußball gespielt, aber auch viel politisch miteinander diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

Gerade heute, wo die Menschen verschiedener Länder, Kontinente und Kulturkreise von den Herrschenden im Namen von Religionen und anderen Ideologien gegeneinander getrieben werden, scheint es mir besonders wichtig, solche Erfahrungen eines gelebten Internationalismus wieder verstärkt zu organisieren. Deshalb bin ich nach wie vor Mitglied der IV. Internationale und versuche jüngeren Menschen meine Erfahrungen weiterzugeben. Eine besonders bedeutende Erfahrung in dieser Hinsicht ist unsere damalige Arbeit in Solidarität mit dem algerischen Unabhängigkeitskampf.

Abschließend möchte ich den algerischen Arbeitern und Arbeiterinnen und der algerischen Jugend sagen, dass die algerische Revolution zwar die staatliche Un-

abhängigkeit erreicht hat, aber dann auf halbem Wege stehen geblieben ist: Die ökonomische Abhängigkeit vom Imperialismus ist geblieben, und die Macht der großen Kapitaleigentümer ist ungebrochen. Die Vollendung der algerischen Revolution kann ich mir nur als sozialistische Revolution vorstellen.

Mit Anmerkungen versehen von Friedrich Dorn.

Hans Peiffer wurde 1934 geboren, war Metallarbeiter, genauer: Dreher, und aktiver Gewerkschafter (erst in der IG Metall, später in der ÖTV); Ende der 1950er Jahre war er Vorsitzender der Kölner Falken. Er ist seit 1955 Mitglied der deutschen Sektion der IV. Internationale, die heute Internationale Sozialistische Organisation (ISO) heißt.

1 Ein Dokument mit dem Titel „Die Dialektik der Weltrevolution in unserer Epoche“, das von Ernest Mandel und Joseph Hansen entworfen wurde, ist im Juni 1963 von dem 7. Weltkongress der IV. Internationale beschlossen worden. Auf diesem Kongress vereinigten sich die Kräfte des Internationalen Sekretariats und ein größerer Teil der Kräfte des Internationalen Komitees, sodass die internationale Spaltung von 1953 überwunden wurde; das neue internationale Leitungsgremium wurde „Vereinigtes Sekretariat“ genannt.

Das Dokument ist auf Deutsch abgedruckt in *die internationale*. Theoretisches Organ des revolutionären Marxismus, Jg. 8. Nr. 3/4, Dezember 1963. Nachgedruckt in: Wolfgang Alles (Hrsg.), *Die kommunistische Alternative*. Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932–1985, Frankfurt a. M.: isp-Verlag, 1989, S. 100–143.

2 FLN – Front de Libération Nationale, Nationale Befreiungsfront, gegründet 1954, seit 1962 herrschende Partei in Algerien.

3 Vgl. die ausführlichere Darstellung dieser Episode, die auf einem im Oktober 1982 geführten Gespräch mit Leni Jungclas, Hans Peiffer (dessen Vornamen in diesem Buch über die westdeutsche Algeriensolidarität 1954 bis 1962 durchgehend zu „Heinz“ deformiert wurde) und Helmut Wendler beruht, von Claus Leggewie: *Kofferträger*. Das Algerien-Projekt der Linken im Adenauer-Deutschland, Berlin: Rotbuch Verlag, 1984, (Rotbuch, Bd. 286), S. 104/105.

4 Ausführliche Dokumentation seines politischen Wegs: *Georg Jungclas*. 1902–1975. Eine politische Dokumentation. Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, mit einem Nachwort von Ernest Mandel, Hamburg: Junius Verlag, 1980.

Siehe insbesondere das Kapitel „Solidarität mit dem algerischen Befreiungskampf“, S. 239–250, das zum größten Teil aus der Niederschrift eines Gesprächs mit Hans Peiffer beruht.

5 Die Bezeichnung „Kofferträger“ soll auf Jean-Paul Sartre zurückgehen: „Während der Résistance zögerten die Professoren nicht, Briefbote zu spielen und Kontakte zu vermitteln. Wenn Jeanson mich gebeten hätte, Koffer zu tragen oder algerische Patrioten aufzunehmen, und ich hätte dies ohne Risiko tun können, so hätte ich keinen Augenblick gezögert.“ (J.-P. Sartre, Brief vom 16. September 1960 an den Rechtsanwalt

Roland Dumas, den dieser bei einem Prozess eines Militärtribunals gegen sechs Algerier und 18 Franzosen, darunter Francis Jeanson, einen von Sartres Sekretären, verlas; abgedruckt in: Hervé Hamon u. Patrick Rotman, *Les porteurs de valises*. La résistance française à la guerre d’Algérie, Taschenbuchausgabe, Paris: Seuil, 1982, (Points, Histoire, Bd. H59), S. 301/302; zitiert nach dem Auszug in: Claus Leggewie, *Kofferträger*, 1984, S. 8/9.)

6 Michalis Raptis (1911–1996), bekannter als „Pablo“ oder Michel Pablo, wurde 1960 in den Niederlanden verhaftet und zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, flüchtete 1961 von den Niederlanden nach Marokko und wurde 1962 nach der Erringung der Unabhängigkeit Algeriens Berater der algerischen Regierung und von Staatspräsident Ahmed Ben Bella (bis zu dessen Sturz 1965). Ab Ende der 1950er Jahre war Pablo innerhalb des Internationalen Sekretariats der IV. Internationale mehr und mehr in der Minderheit und in der Opposition, auf dem Weltkongress 1963 legte er eine Gegenresolution vor und wurde als Repräsentant der von ihm geführten Minderheitstendenz in das Internationale Exekutivkomitee gewählt, er zog sich immer weiter zurück, 1965 war der Bruch mit ihm und der von ihm geführten „Tendance Marxiste Révolutionnaire Internationale“ definitiv.

Eine sehr detaillierte biographische Notiz zu Michel Pablo ist auf „Lubitz’ TrotskyanaNet“ zu finden: http://www.trotskyana.net/Trotskyists/Bio-Bibliographies/bio-bibl_pablo.pdf.

7 Bevor Jakob Moneta (1914–2012) als Mitarbeiter des Hauptvorstands der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt a. M. deren Mitgliederzeitung *metall* und das Funktionsorgan *Der Gewerkschafter* leitete, arbeitete er von 1953 bis 1962 als Sozialreferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris.

In dieser Zeit sammelte er das Material für eine kritische Untersuchung, die etwas später auf Deutsch in der Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung und auf Französisch in der Reihe „livres rouges“ erschien, die damals von „la Jeune Garde socialiste (Belgique), la Ligue communiste (section française de la IV^e Internationale), la Ligue marxiste révolutionnaire (Suisse)“ herausgegeben wurde: *Die Kolonialpolitik der französischen KP*, mit einem Vorwort von Horst Heidermann, Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, 1968; *La politique du Parti communiste français dans la question coloniale, 1920–1963*, mit einem Vorwort von Pierre Frank, Paris: François Maspero, 1971.

8 Zu Leni (offiziell Helene) Jungclas siehe den Nachruf von Wilfried Dubois: „Leni Jungclas (1917–2009)“, in: *Inprekorr*, Nr. 444/455, September/Okttober 2009, S. 49/50.

9 ALN – Armée de Libération Nationale, dt. Nationale Befreiungsarmee, gegründet 1954.

ZUR STRATEGISCHEN ORIENTIERUNG DER ISO

Während es in einem Aktionsprogramm um Inhalte und Forderungen geht, dreht sich in einem Strategietext alles um unsere grundsätzliche *Herangehensweise* an politische Formationen, Phänomene und Probleme.

Dieser Text deckt natürlich nicht alle möglichen strategischen Fragestellungen ab. Aber er macht unsere grundsätzliche Herangehensweise zu wesentlichen Fragen deutlich. Zum einen oder anderen wichtigen (strategisch bedeutsamen) Thema werden wir gesonderte Ausarbeitungen vornehmen, die dann ebenfalls als Bestandteil unserer strategischen Orientierung zu begreifen sind.

Wer mehr zu unseren Inhalten und Forderungen wissen möchte: In unserer „programmatischen Erklärung“ legen wir dar, welche programmatischen politischen Ziele wir verfolgen und welche Schritte u. E. in der nächsten Zeit geeignet sind, den Kampf für eine menschliche Gesellschaft und die Überwindung des Kapitalismus voranzubringen.

Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter*innenklasse

Das strategische Ziel der Eroberung der politischen Macht leitet unsere politische Tätigkeit im Hier und Jetzt. Heute scheint die Frage der Macht aber fern zu liegen. Vorrevolutionäre oder revolutionäre Situationen sind nicht in Sicht. Eine breite Rätebewegung gab es in Westeuropa zum letzten Mal 1975 in Portugal. Und doch hat insbesondere die jüngere griechische Erfahrung (2008–2015) gezeigt, dass sich trotzdem auch heutzutage recht unerwartet die Frage der Macht stellen kann.

Der Weg dahin kann für uns nur über die Gewinnung gesellschaftlicher Mehrheiten führen. Dazu suchen wir nach Wegen, wie die Wünsche und Sehnsüchte derjenigen, die durch die Kapitalherrschaft gebeutelt sind, mit praktischer Massenaktion für solidarische Lösungen verwirklicht werden können.

Das heißt: mit möglichst breiten Aktionseinheiten und Mobilisierungen gegen weitere Verschlechterungen, für Sofortziele und – wo immer möglich – für Übergangsforderungen kämpfen, Eigenaktivität und Selbstorganisation von unten fördern, die eigene Organisation in Zusammenhang mit breiteren linken Neuformierungen aufbauen, sozialistische Bildungsarbeit betreiben und offene Debatten in der ganzen Linken zu Fragen des Programms und der Strategie führen und eine starke linke Publizistik aufbauen.

Die breite Einheit zum Sturz der Macht des Kapitals, die wir schaffen wollen, ist in mehrfacher Hinsicht ein plurales Projekt:

Demokratisch organisierte Gegenmacht muss inklusiv sein und den Meinungsstreit verschiedener politischer Strömungen zulassen und organisieren, sie muss zugleich bestrebt sein, alle ausgebeuteten und unterdrückten Schichten zu organisieren und gerade den am meisten diskriminierten Menschen eine Plattform geben.

Spitzt sich der Kampf zu, treten wir für die Selbstorganisation der Betroffenen und die Schaffung von Räten ein. Diese Organe der Gegenmacht beziehen ihre Autorität daraus, dass sie möglichst repräsentativ und als demokratisch legitimiert anerkannt und daher berufen sind, an die Stelle des bestehenden bürgerlichen Staats zu treten. Zu ihren Aufgaben gehört die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. So wie ein Streikkomitee der Keim zu einem Arbeiter*innenrat sein kann, so kann der Ordner*innendienst einer breiten Massenbewegung, der dem Selbstschutz dient, der Keim eines neuen alternativen Organs der öffentlichen Ordnung sein.

Ob und wann eine breite Bewegung mit revolutionärem Potenzial entsteht, weiß niemand. Eins ist aber sicher:

Ohne eine revolutionäre Partei und ohne eine revolutionäre Internationale als politische Organisation aller, die dauerhaft für emanzipatorische Ziele arbeiten, würde eine solche Bewegung verpuffen. Darum zielen wir mit unserem Wirken in der breiteren Linken auf den Aufbau solcher politischen Organisationen ab. Dabei geht es nicht nur darum, dass diese für die grundlegenden Ziele der sozialistischen Revolution werben, sondern auch praktische Vorschläge einbringen, die aus der Verarbeitung der Erfahrungen der vergangenen Anläufe stammen.

Im Prozess einer revolutionären Situation kann es zur parallelen Existenz von Räte-Organen und bürgerlich-parlamentarischem Staat kommen. Eine solche Doppelherrschaft kann aber nicht von Dauer sein: Entweder setzt die Rätebewegung eine sozialistische Demokratie als Alternative zum bürgerlichen Staat durch, oder sie wird zerschlagen oder – bestenfalls – in eine untergeordnete Beratungsfunktion zurückgedrängt.

Herrschaftsformen des Kapitals und die demokratischen Rechte

Das seit dem Zweiten Weltkrieg einigermaßen etablierte parlamentarische System ist keineswegs die einzige Herrschaftsform der Bourgeoisie. Sie ist aber unter „normalen“ Bedingungen die opportuniste, weil sie für die Herrschenden das geringste Risiko unvorhersehbarer Revolten und Störungen des Ausbeutungssystems in sich trägt. Missstimmungen in der Bevölkerung können mithilfe dieses Systems am frühesten erkannt und mit den vielfältigen Maßnahmen der politischen Manipulation, der Einbindung, der (Schein-) Zugeständnisse abgelenkt werden. Die politischen Bedingungen von mehr oder weniger Liberalität und von praktischer Anerkennung der Bürger*innenrechte sind den Schwankungen der Kräfteverhältnisse ausgesetzt.

Reichen diverse Mittel des *Scheins* umfassender politischer Demokratie nicht aus (Demokratie in der Wirtschaft und in den Betrieben kann es unter kapitalistischen Verhältnissen nicht geben) und werden die ursprünglich von der Arbeiter*innenbewegung erkämpften demokratischen Rechte wie das allgemeine Wahlrecht, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit usw. für die Herrschenden zu riskant, dann greifen sie notfalls zu Vorformen autoritärer Regime bis zu offener Diktatur. Zum Beispiel werden Ausnahmezustände verhängt, die die Arbeiter*innenbewegung und die Bewegungen mit emanzipatorischen Zielen zuerst treffen und ihre Handlungsfähigkeit massiv einschränken. Über die Notstands-

verfassung kommen sie zum autoritären starken Staat, zur Militärdiktatur. Im schlimmsten aller Fälle würde die Bourgeoisie – trotz der damit verbundenen Risiken – auch einer faschistischen Herrschaftsform den Weg freimachen.

Die Bourgeoisie wird, davon sind wir überzeugt, von diesen Optionen Gebrauch machen, wenn ihre Herrschaft, das Profitsystem und die Eigentumsverhältnisse in Gefahr geraten. Deshalb gehen wir nicht von einer immerwährend friedlichen politischen Entwicklung aus.

Die demokratischen Rechte zu verteidigen, ist für uns ein ganz wesentlicher Bestandteil der politischen Gegenwehr. Durch einen konsequenten Kampf können die Ausgangsbedingungen für eine erfolgreiche Gegenwehr bzw. für Erfolg versprechende Offensiven der Unterdrückten gewahrt oder ausgebaut werden.

Unsere Haltung zu staatlichen Institutionen

Wir sind gegen die Beteiligung an Institutionen zur Verwaltung des bürgerlichen Staates, weil wir von der geschichtlichen Erfahrung ausgehen, dass die herrschenden Verhältnisse nicht dadurch überwunden werden können, dass Linke sich zu Geiseln bürgerlicher Regierungen machen. Entsprechende Beteiligungen führen – mittels tagtäglich ausgeübtem massivem Druck – lediglich zur politisch-moralischen Einbindung der sich beteiligenden Kräfte. Hinzukommt, dass deren politische Anpassung an die herrschenden Verhältnisse durch allerlei materielle Vergünstigungen befördert wird. Revolutionär*innen können sich nur an Regierungen beteiligen – und das ist heute in keiner Weise absehbar –, die die Massen unmittelbar zum Sturz der herrschenden Verhältnisse mobilisieren.

Etwas ganz anderes ist die Beteiligung an Parlamentswahlen (ganz gleich auf welcher Ebene), und zwar aus zwei Gründen:

Erstens werden in allgemein ruhigen Verhältnissen die Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten von der großen Mehrheit der Bevölkerung als Teil des politischen Willensbildungsprozesses begriffen. Organisationen und Parteien, die zu diesen Wahlen nicht antreten (ganz gleich, welches Programm sie vertreten), werden kaum als politische Kraft ernst genommen.

Zweitens verschafft eine Vertretung im Parlament erweiterte Wirkungsmöglichkeiten für die politische Arbeit: Es können mehr Informationen (etwa vermittels Anfragen) beschafft werden. Und auch heute noch kann das Parlament als „Tribüne des Klassenkampfes“ (Lenin) genutzt werden, wenn die vorgetragenen Argumente vermittels

der Massenmedien breiteren Schichten zur Kenntnis gebracht werden, als die eigenen Wirkungsmöglichkeiten (Publikationen etc.) dies ermöglichen.

Wir sind uns aber auch der Gefahren bewusst, die eine „Entsendung“ von Organisationsvertreter*innen als Abgeordnete mit sich bringt. Die Gefahr der politischen Einbindung und Anpassung ist auch hier gegeben, nicht zuletzt, weil eine Parlamentariertätigkeit mehr „politische Wirkungsmöglichkeiten“ eröffnet (auch wenn dies zumeist überschätzt wird). Hinzu kommen die materiellen Vergünstigungen, die nicht ganz einfach ignoriert oder durch Parteibeschluss restlos auf die Organisation zu übertragen sind.

Deshalb muss sich eine klar als antikapitalistisch verstandene Organisation gute Mechanismen der politischen Rückkopplung dieser Genoss*innen mit der Organisation und der politischen Kontrolle durch die Organisation überlegen und ihr Funktionieren beständig überprüfen.

Eine strategische Herausforderung besteht für uns darin, dass breite Massen heute in Deutschland keine Vorstellung von einer demokratischeren Alternative (im Sinne von Rätedemokratie) gegenüber den bürgerlich-demokratischen Institutionen haben.

Unsere Haltung zur Europäischen Union

Die EU und ihre Vorläuferstrukturen haben allesamt einen kapitalistischen Charakter. Spätestens seit Gründung der EWG ist sie für die kapitalbesitzende Klasse ein notwendiger Rahmen, um auf den Weltmärkten und in der Weltpolitik bestehen zu können. Der institutionelle Apparat der EU führt keine vom Staatsapparat der bürgerlichen Nationalstaaten getrennte Existenz, er ist ein Wurmfortsatz der bürgerlichen Nationalstaaten.

Von einer Bundesstaatlichkeit – oder einem europäischen Nationalstaat – ist die EU Lichtjahre entfernt. Dieses Projekt ist eine Illusion, weil es ignoriert, dass der Nutzen, den die EU dem Kapital bietet, gerade darin besteht, dass hier die Sozialstaatsregeln außer Kraft gesetzt sind, während in Fragen, die seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt berühren (Industriestandards etc.), auf rein exekutivem Weg Einheitlichkeit hergestellt wird.

Die EU ist nicht reformierbar, denn sie kann ihres kapitalistischen Charakters und ihrer spezifischen Funktion für das Kapital nicht entledigt werden, ohne die Macht des Kapitals selbst zu brechen. Aber natürlich kann und wird sie nach den Bedürfnissen des Kapitals ständig umgestaltet. Eine solche Umgestaltung steht derzeit wieder bevor. Bei der Diskussion um ein Kerneuropa zeichnet sich ab,

dass ein solches noch undemokratischer, unsozialer und militaristischer würde und die Mitspracherechte nationaler Parlamente noch stärker ausgehebelt würden.

Es ist nicht möglich, in einem fortschrittlichen Sinn mit der EU zu brechen, ohne die Kapitalmacht dort in Frage zu stellen, wo sie immer noch ihre Basis hat: in den Mitgliedstaaten selbst. Für sich genommen ist der Ausstieg aus der EU noch keine fortschrittliche Politik. Dies hat die Kampagne um den Ausstieg Großbritanniens aus der EU gezeigt. Auch bei neuen Anläufen in diese Richtung müssen wir damit rechnen, dass die europäischen Rechtspopulisten erneut eine starke bis dominierende Rolle spielen werden. Bei künftigen Kampagnen zum Austritt aus der EU werden wir unsere Einschätzung aber immer von den konkreten Rahmenbedingungen und Umständen in den betreffenden Ländern abhängig machen.

Wir wollen eine ganz andere politische Union, die auf ökosozialistischen, demokratischen, friedlichen und sozialen Grundsätzen beruht – nicht auf Abschottung, sondern auf der partner*innenschaftliche Teilung der ungleich verteilten Ressourcen mit allen anderen. Eine solche europäische Union kann nur von den Beschäftigten und Erwerbslosen aller europäischen Länder in gemeinsamer solidarischer Aktion durchgesetzt werden. Dazu müssen wir Forderungen entwickeln, wie gleiche Lebensverhältnisse in Europa hergestellt werden können, und Initiativen für gemeinsame Kämpfe auf europäischer Ebene ergreifen.

Schon heute sind zahlreiche Fragen im nationalen Rahmen allein nicht mehr lösbar (Klimakrise, Migration, Massenarbeitslosigkeit ...). Einige davon lassen sich im europäischen Rahmen lösen, andere brauchen noch umfassendere Ansätze. Die Geschichte lehrt uns darüber hinaus, dass auch sozialistische Umwälzungen nur in einem mindestens europäischen Maßstab Erfolg haben können.

Vielfältige Krisen, Herausforderung für den Aufbau einer revolutionären Kraft

Die heutige Situation ist durch einen grundlegenden Widerspruch gekennzeichnet: Die Häufung schwerer struktureller Krisen (Klima, Schulden, Massenarbeitslosigkeit, politisch-institutionelle Krisen wie etwa in der EU, Kriege) ruft nach einer Systemalternative, einer Abwendung vom profitorientierten Wirtschaften, das Wohlstand nur als Geld und als ungeheure Ansammlung von Waren und Müll kennt. Gleichzeitig dominiert unter den Lohnabhängigen (zumindest in Mitteleuropa) nach wie vor der Wunsch nach Rückkehr zu einer Art reguliertem, vielleicht auch ökologischerem Kapitalismus.

Objektiv sind die Bedingungen für einen Systemwechsel mehr als gegeben: Die Entwicklung der Produktivkräfte ist durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse mehr als gehemmt; die technologische Entwicklung ermöglicht die direkte Beteiligung der Bevölkerung an der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten in einem Maße, das es zuvor nicht gab. Arbeitszeitverkürzung und Dezentralisierung von Produktions- und Entscheidungsstrukturen sind nicht nur ohne weiteres möglich, sondern auch ein Gebot der Stunde.

Das deutsche Kapital profitiert bisher von der ökonomischen Krise und Schwäche anderer Länder, gerade auch der südeuropäischen. In kaum einem anderen Land ist die Anpassung der traditionellen Arbeiter*innenbewegung an die herrschenden Verhältnisse mittels der Sozialdemokratie so „gelingen“. Seit Jahrzehnten befinden sich die abhängig Beschäftigten in der Auseinandersetzung mit den Kapitalinteressen in der Defensive.

Bei einer Zuspitzung der Krise und der Entwicklung von Massenbewegungen für solidarische Lösungen sind gleichwohl sprunghafte positive Entwicklungen des Massenbewusstseins möglich. Die Führungs- und Orientierungskrise der Arbeiter*innenbewegung wird aber auch dann nicht automatisch gelöst. Darum wollen wir unseren Beitrag leisten zum Aufbau einer revolutionären Kraft in der Arbeiter*innenklasse und darüber hinaus in den Reihen aller Unterdrückten und in der Jugend.

Bei diesem Prozess werden unweigerlich neue Kräfte auf die politische Bühne treten. Sich mit neu links politisierten Kräften zu verbinden, geht dann am besten, wenn wir selbst über einen eigenen Kern organisierter Aktiver verfügen, die in der Arbeiter*innenbewegung wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen engagiert sind und eine gewisse Glaubwürdigkeit errungen haben.

Antikapitalistische Kritik von links, die ein breiteres Gehör findet, wird heute zumeist aus der Perspektive der Konsum- oder Zirkulationssphäre heraus geübt. Dadurch gewinnt sie an Breite, aber die Frage nach dem gesellschaftsverändernden Subjekt bleibt ungelöst.

Organisationen aus der trotzkistischen – teilweise der anarchistischen und „kommunistischen“ – Tradition sind, neben einer sehr geschwächten Gewerkschaftslinken, die einzigen, die ausdrücklich daran festhalten, dass der Kapitalismus mit dem Ziel der Abschaffung der Lohnarbeit infrage zu stellen ist. Seit geraumer Zeit sind diese Organisationen nur wenig erfolgreich, der Klassenperspektive wieder Geltung zu verschaffen, denn das ist nicht allein eine Frage der guten Propaganda, sondern maßgeblich eine Fra-

ge der Rekonstruktion von Klassenbewusstsein – und dieses ist gebunden an das Vorhandensein von kämpferischen Kollektiven mit Massenanhang, die über den Anlass ihres Entstehens hinaus Bestand haben und handlungsfähig sind.

Rolle der Arbeiter*innenklasse

Der Bezug auf die Arbeiter*innenklasse bleibt für uns zentral. Diese besteht im weiten Sinne aus all jenen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um zu leben. Die Klasse der Kapitalbesitzer*innen existiert nur aufgrund der Ausbeutung der Arbeitskraft der Arbeiter*innen und bezieht daraus ihre Macht. Daher ist die Arbeiter*innenklasse die gesellschaftliche Kraft, die in der Lage ist, den Kapitalismus zu beseitigen.

Auch deshalb, weil die Produktion der Lebensgrundlagen für den Menschen und seine Existenz als gesellschaftliches Wesen überhaupt sich vermittelt über Arbeit. Ohne Emanzipation der Arbeit gibt es keine Emanzipation des Menschen.

Ohne die aktive Beteiligung der Lohnabhängigen ist eine sozial gerechte und demokratische Verwaltung und Verwendung der natürlichen Ressourcen nach Kriterien des gesellschaftlichen Bedarfs und der ökologischen Verträglichkeit nicht möglich, denn beides setzt voraus, dass die Menschen als „assoziierte Produzenten“ gemeinschaftlich über die Produktionsmittel, die Produktion und die Verteilung verfügen. Nur wenn sie in demokratischer Weise beschließen können, was, wie und wofür produziert und verteilt wird, kann von einer demokratischen Gesellschaftsverfassung gesprochen werden.

Der Augenschein widerspricht der Behauptung der zentralen Rolle der Arbeiter*innenklasse, weil diese in den westlichen Industrienationen durch verschiedene Entwicklungen sowohl numerisch als auch in ihren objektiven Kampfbedingungen geschwächt ist. Der allgemeine Sprachgebrauch tendiert dazu, die Arbeiter*innenklasse mit der Industriearbeiter*innenschaft gleichzusetzen. Vom Klassenstandpunkt aus gesehen, gehören jedoch – wie oben beschrieben – viel mehr dazu. Zum Beispiel auch Kranken- und Pflegepersonal, Programmierer*innen, Busfahrer*innen, Büroangestellte usw. Diese lohnabhängige Klasse hat dem Umfang nach zugenommen, allerdings nicht in den Industriebereichen, sondern in den Dienstleistungsbereichen.

Die numerische Ausweitung der Arbeiter*innenklasse kann aber über ihre substantielle Schwächung auf der Ebene der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit im Vergleich zu früheren Zeiten nicht hinwegtäuschen. Das

bedeutet aber nicht, dass der Kapitalismus seine industrielle Basis verlieren würde. Es bedeutet auch nicht, dass die Arbeiter*innenklasse nicht mehr zu Kampf, Widerstand und gesellschaftsveränderndem Handeln in der Lage wäre. Die Bedingungen dafür haben sich jedoch erheblich verändert.

Der anhaltende Prozess der weltweiten Arbeitsteilung, Privatisierung, Deregulierung, die Digitalisierung von Produktion und Dienstleistungen, Aufspaltung der Betriebe, Entrechtung der Erwerbslosen, Schaffung eines Niedriglohnssektors – das sind die Faktoren, die die heutigen Existenzbedingungen der Arbeiter*innenklasse um ein Vielfaches prekärer und entfremdeter machen als noch in den 1980er Jahren. Sie verfestigen und verschärfen die Zersplitterung und Atomisierung der abhängig Beschäftigten. Dies schafft Spaltungen innerhalb der Arbeiter*innenklasse, die sie daran hindern, das gemeinsame Klasseninteresse zu erkennen und durchzusetzen, wobei dieser Prozess in Deutschland noch längst nicht so fortgeschritten ist wie in anderen Industrieländern. Diese Fragmentierungen und Segmentierungen haben Auswirkungen auf das Klassenbewusstsein, das davon abhängig ist, wie Lohnabhängige sich als Kollektiv im grundlegenden Interessengegensatz zum Kapital wahrnehmen.

Diese zugespitzte Zergliederung der Lohnarbeitenden ist in unseren Augen die größte strategische Herausforderung für revolutionäre Sozialist*innen.

Unsere erste und durchaus langfristige Aufgabe ist es, heute rudimentäres Klassenbewusstsein wiederherzustellen – durch die solidarische Organisation am Arbeitsplatz und durch die Herstellung von Zusammenhängen zwischen betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfen und dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse. Sofern diese Aufgabe entschlossen angepackt wird, wird sie heute erleichtert durch die Krise der Herrschaft der kapitalistischen Klasse.

Rolle der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben bis heute keine Antwort auf die neoliberalen Strategien der systematischen Schwächung und Spaltung der Arbeiter*innenklasse gefunden und können sie mit ihrer Fixierung auf die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auch nicht finden. Obwohl klar ist, dass sich die neuen Probleme auf nationaler Ebene allein nicht lösen lassen, bleiben die Gewerkschaften bestenfalls am wohlfahrtsstaatlichen Modell der Nachkriegszeit kleben; in aller Regel versuchen sie, den Tiger zu reiten, indem sie auf breiter Front der neolibe-

ralen Ideologie nachgeben, um die Positionen der besser gestellten Teile der Arbeiter*innenklasse zu retten.

Trotz allem entfaltet sich solidarische Organisation am Arbeitsplatz immer noch in den meisten Fällen und vielfach am wirksamsten durch die Organisation in den bestehenden Gewerkschaften. Diese haben einen Doppelcharakter: Sie sind sowohl Ordnungsfaktor als auch Ausdruck der tagtäglichen Einheitsfront der Arbeiter*innenklasse, mit deren Hilfe sie immer noch in der Lage ist, Angriffe abzuwehren. Trotz ihrer unbestreitbaren Schwächen und Fehlorientierung sind sie immer noch das Stärkste, was die Schwachen haben. In diesen Gewerkschaften sind nicht zuletzt diejenigen Kolleg*innen organisiert, die wenigstens über ein elementares gewerkschaftliches Bewusstsein verfügen.

Wir sind der Auffassung, dass den Gewerkschaften für die Herausbildung einer starken gesellschaftlichen Kraft, die sich dem neoliberalen Wüten und dem zunehmenden Rechtsruck entgegenstellt, eine zentrale Rolle zukommt, dass sie sich dafür aber gänzlich anders aufstellen müssen. Wir brauchen Gewerkschaften, die sich vom Co-Management abwenden und statt dessen daran arbeiten, den abhängig Beschäftigten ihre eigenständige Kraft wieder erfahrbar zu machen: durch Verlagerung der Entscheidungen über die Führung der Kämpfe in die Belegschaften, durch eine grundlegende Demokratisierung der Gewerkschaften, durch die Politisierung und damit Verallgemeinerung von Kämpfen, durch den Aufbau von Strukturen in der Fläche (etwa stadtteilbezogene Arbeit), durch den Aufbau von Strukturen der internationalen Solidarität und Zusammenarbeit ... Diesen Kampf für ein anderes Verständnis von Gewerkschaft führen wir auch in den Bereichen, wo Gewerkschaften überhaupt erst wieder aufgebaut werden müssen.

Wir kämpfen in den Gewerkschaften für eine klassenkämpferische Orientierung und Führung, weil sie diejenigen Organisationen sind, die am ehesten in der Lage sind, eine breite Einheit der Kolleginnen und Kollegen herzustellen und weil dies eine Voraussetzung für Erfolge im Klassenkampf ist. Wo Gewerkschaften ihren Aufgaben jedoch nicht nachkommen und sich deshalb andere Strukturen herausbilden, die die unmittelbare Interessenvertretung wahrnehmen, unterstützen wir diese, ohne dass wir gewerkschaftsfeindlichen Tendenzen nachgeben.

Wir verteidigen die Einheitsgewerkschaft, aber nicht um jeden Preis, nicht als Selbstzweck. Entstehen kämpferische Spartengewerkschaften, gucken wir uns diese genau an – verfolgen sie das Ziel der Klasseneinheit in ihrer Bran-

che (Beispiel GdL) oder betreiben sie eher Klientelpolitik (Beispiel Cockpit)? Auch hier gilt, wir unterstützen alle Klassenkämpfe, bei denen es um solidarische Lösungen geht.

Klassenbewusstsein entsteht allerdings nicht nur im Betrieb, es entsteht auch in den Kämpfen gegen die zahlreichen Angriffe auf den Sozialstaat: gegen die Privatisierung, den Rentenraub, die Verwahrlosung des Gesundheitssystems und der Bildungseinrichtungen usw. Hier ist es manchmal leichter, die Mobilisierung auf breite Füße zu stellen, die die Pläne der Herrschenden herausfordern.

Mehr denn je ist die internationale Organisierung der Lohnabhängigen nötig – nicht nur parteipolitisch, sondern vor allen Dingen auf der Ebene der unmittelbaren Interessenvertretung. Diese Organisierung voranzubringen ist heute die wichtigste Aufgabe einer revolutionären Internationale.

Reformistische oder revolutionäre Orientierung

Wie kann eine systemverändernde Kraft entstehen und an welcher Grundausrichtung können wir positiv anknüpfen?

Hegemonial zu werden bedeutet, die zwei, drei Punkte oder Lösungen herauszufinden, um die herum ein potenziell systemsprengender Massenkonsens gebildet werden kann. So etwas entwickelt sich nicht am Schreibtisch, sondern in Massenkämpfen. Dazu sind breite, zielgerichtete Bündnisse notwendig, die je nach Zielsetzung in ihrer Bandbreite stark variieren können. Damit sie breit bleiben und ein Maximum an Bevölkerungsschichten in eine gesellschaftliche Auseinandersetzung hineinziehen, ist es nötig, alle erdenklichen Mittel aufzuwenden, um Masseninitiative zu fördern und Betroffene von passiven Zuschauer*innen zu aktiven Subjekten des gesellschaftlichen Wandels zu machen.

Für uns als revolutionäre Linke ist die Einheitsfront kein taktisches Instrument, das vorrangig dem Ziel des eigenen Organisationsaufbaus zu dienen hat. Sie ist die absolut notwendige Voraussetzung dafür, dass sich so etwas wie eine vorrevolutionäre bzw. eine revolutionäre Situation überhaupt entwickeln kann. Freilich unterscheiden sich revolutionäre Linke, die diesen Namen verdienen, von reformistischen Ansätzen u. a. darin, dass für sie die Entwicklung von Masseninitiative kein Mittel zum Zweck, sondern ein eigenständiges Ziel ist, die entscheidende Basis eines sozialistischen Gesellschaftsmodells.

Allerdings muss man zugeben, dass auch die radikale Linke nicht immer sehr erfolgreich ist im Finden von Wegen, wie plötzliche Massenproteste in Formen gelenkt

werden können, in denen sie sich erweitern und stabilisieren können. Für uns ist dies traditionell die politische Partei. Dieses Modell erlitt in den letzten Jahrzehnten allerdings einen Glaubwürdigkeitsverlust. Es ist daher der vielfache Anspruch von sozialen Bewegungen, selber eine im engeren Sinne politische Rolle zu spielen (z. B. durch NGOs). Teilweise reagiert die revolutionäre Linke auf die Kritik an der Parteiform sehr abweisend und mit Rückzug auf eine politische Identität, die aus früheren Jahrzehnten stammt. Sie muss aber ein aktiver Teil des Erneuerungsprozesses in der Debatte sein, wie die Parteiform an die heute bestehenden Erfordernisse und Bedürfnisse von Aktiven angepasst werden kann, wenn sie unter denen Gehör finden will, die heute die kapitalistischen Verhältnisse infrage stellen.

Unsere Arbeit in sozialen Bewegungen

Die Arbeiter*innenbewegung bildet nicht die Speerspitze des Kampfs, z. B. der Ökologischen Bewegung, der Antirassistischen Bewegung, des Kampfes der LGBTQI oder zur Frauenbefreiung. Diese Bewegungen sind jedoch darauf angewiesen, dass sich nicht nur die Konsum- und Verteilungsverhältnisse, sondern auch die Produktionsverhältnisse grundlegend ändern. Dafür ist aber die Teilnahme der Lohnabhängigen an den Kämpfen von zentraler Bedeutung.

Die radikalen Strömungen in diesen Bewegungen entwickeln oft einen Antikapitalismus, der von den konkreten Interessen und Forderungen der Arbeiter*innenklasse losgelöst ist. Dieser Antikapitalismus stellt zwar die Systemfrage, aber er kann die Macht des Kapitals nicht wirklich angreifen, weil er nicht von einer Kritik der Produktionsverhältnisse ausgeht und nicht die Eigentumsfrage stellt.

Gleichzeitig sind die Kämpfe in diesen Bereichen unverzichtbar, nicht nur um wesentliche Forderungen gegen die Kapitalinteressen durchzusetzen, sondern auch um den Kampf für den Sozialismus voranzubringen. Damit diese Forderungen sich nicht gegen die unmittelbaren Bedürfnisse und Interessen der abhängig Beschäftigten richten, müssen Verbindungslinien aufgebaut und das Verhältnis der beiden zueinander als eine widersprüchliche Wechselwirkung begriffen werden.

Wir treten in den sozialen Bewegungen für ihre Autonomie, die größtmögliche Breite und Pluralität und ihre demokratische Verfasstheit ein. Wir lehnen ihre Instrumentalisierung (etwa durch Parteien) ab und fordern Freiheit der Propaganda in ihren Reihen. Unseren Beitrag zu

ihnen sehen wir darin, wo immer möglich eine Verknüpfung zu den Kämpfen der Lohnabhängigen herzustellen.

Unser Verhältnis zu anderen Organisationen und Parteien

Die Zeiten, in denen die SPD als Teil der Arbeiter*innenbewegung zu verstehen war, sind vorbei. Unabhängig von exotischen Erscheinungen in ihren Reihen oder am Rande der Partei ist die SPD seit geraumer Zeit mit Haut und Haaren in der herrschenden Gesellschaftsordnung verankert, nicht zuletzt mittels der hunderttausendfachen materiellen Einbindung, Beteiligung und dem aktiven Mittragen der kapitalistischen Verhältnisse durch ihre Mandatsträger*innen, Amtsträger*innen, hohen Verwaltungsbeamt*innen usw.

Über Jahrzehnte hinweg ist die SPD immer nur weiter nach rechts gegangen und hat damit links von ihr einen freien Raum hinterlassen. Diesen Raum zu füllen hatten die radikal linken Kräfte in den vergangenen Jahrzehnten nicht vermocht. So kennzeichnete die Gründung der Linkspartei das Ende der ideologischen Hochphase des Neoliberalismus vor allem auf massenmedialer Ebene.

Gegenüber den letzten Jahrzehnten und ganz besonders im Vergleich zu den 1990er Jahren bot und bietet sich hiermit wieder die Möglichkeit, mithilfe und in dieser Partei eine weitflächig vernehmbare Propaganda für progressive gesellschaftsverändernde Ziele zu verbreiten. Und durch ihre parlamentarische Präsenz und die darüber eingeholten Informationen bekommt die oppositionelle Bewegung (in Sachen Gewerkschaftsrechte, Bürgerrechte, Sozialstandards, Umweltschutz usw.) nützliche Instrumente für ihre politische Arbeit an die Hand. Deswegen haben wir zu dieser Partei kein „neutrales Verhältnis“, sondern pflegen zu ihr ein besonderes, ein solidarisches, aber kritisches Verhältnis.

Die Partei Die Linke ist im engeren Sinne keine Arbeiter*innenpartei, denn sie versteht sich nicht vorrangig als Klassenpartei und versucht nicht, vorrangig unter den abhängig Beschäftigten programmatisch wie auch sozial ihre Basis auszubauen. Sie versteht sich als linkes Korrektiv im bürgerlich parlamentarischen System und strebt mehrheitlich mit aller Macht eine Koalitionsregierung aus SPD, Grünen und Linken an. Dabei hat sie – in ihrer großen Mehrheit und vor allem in den bestimmten Kreisen ihrer Führungsschicht – nicht die geringste Scheu, genau dieses System mitzuverwalten und damit auch Mitverantwortung für die letztendliche Durchsetzung kapitalistischer Interessen zu übernehmen.

Aus diesen Gründen schätzen wir die Partei Die Linke nur bedingt als eine sozialistische Partei ein. Gerade im Osten und in Berlin ist sie durch die Mitverwaltung des Kapitalismus fast völlig degeneriert. Im Westen trifft dies nicht zu, hier gibt es viele erfreuliche Ansätze. Ihr Gesamtcharakter und ihre praktische Politik ist aber darauf ausgerichtet, den Kapitalismus zu reformieren. Ihn zu überwinden, ist schon seit einiger Zeit kein wirklich erklärtes Ziel mehr, auch wenn das im Parteiprogramm steht.

Da aber die Existenz der Partei Die Linke sowie ihre Vertretung oder ihre Abwesenheit in den Parlamenten nicht folgenlos für die politischen Gesamtverhältnisse wie auch für die Arbeitsmöglichkeiten radikaler Sozialist*innen ist, ist es uns nicht gleichgültig, was in und mit dieser Partei geschieht.

Es ist für uns durchaus sinnvoll, in dieser Partei für eine andere Politik zu streiten als die heute von ihr praktizierte. Innerparteiliche linke Strömungen zu stärken und inhaltlich weiterzuentwickeln, gehört für uns zu dieser Arbeit. Insbesondere unterstützen und stärken wir die am weitesten gediehene, uns politische nahestehende und lebendigste Strömung, die Antikapitalistische Linke. Wir nehmen nicht an, mit der Arbeit von einigen Hundert radikal linken Sozialist*innen ließe sich der Charakter dieser Partei verändern. Aber punktuell andere Positionierungen sind – zumindest auf Landes- oder Kreisebene – zu erreichen und können damit der außerparlamentarischen Bewegung eine Hilfe sein. Deswegen werden sich Mitglieder unserer Organisation auch weiterhin innerhalb der Partei Die Linke engagieren, wohl wissend, dass wir damit keine Berge versetzen können.

Das werden aber nicht alle unsere Mitglieder tun, sondern nur diejenigen, die in einer gegebenen Gliederung der Partei bestimmte Möglichkeiten sehen. Der Schwerpunkt unserer Aktivitäten liegt in jedem Falle außerhalb der Parlamente. Auch die Arbeit unserer Mitglieder in der Partei Die Linke konzentriert sich auf die Förderung und den Aufbau einer breiten außerparlamentarischen Bewegung für solidarische Lösungen der drängenden Probleme der Gegenwart.

Die Spaltung der revolutionären Linken überwinden

Spontane Revolten werden nicht in der Lage sein, die Bourgeoisie zu entmachten und eine solidarische, menschliche, ökologische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung durchzusetzen. Dazu braucht es die Organisation in räteähnlichen Strukturen. Um breite ge-

sellschaftliche Mehrheiten für eine solche Orientierung zu gewinnen, ist der Aufbau einer antikapitalistischen, sozialistischen Massenpartei (bzw. Parteien) unumgänglich. Nur sie kann die Überzeugungsarbeit dafür leisten, dass die Bourgeoise entschädigungslos zu enteignen ist, dass es einer demokratisch geplanten Wirtschaft bedarf, usw.

Auf der abstrakten und allgemeinen Ebene sprechen sich viele systemoppositionelle Kräfte für ein Zusammengehen der linken Organisationen aus. Aber damit kommt noch lange nicht ein solcher Prozess tatsächlich in Gang.

Eine größere Vereinigungsbereitschaft und bessere reale Möglichkeiten werden sich erst auf der Grundlage gemeinsamer Kämpfe und gemeinsam gemachter Erfahrungen entwickeln. Und diese wiederum werden am ehesten dann befördert, wenn sich generell die Klassenkampfaktivitäten entwickeln.

Gelingen kann ein Zusammengehen der revolutionären Kräfte nur mit Bescheidenheit der beteiligten Gruppen. Alleinvertretungsansprüche sind genauso schädlich wie die Selbstüberschätzung einer politischen Organisation. Eine Vorhut in den realen Kämpfen entsteht nicht durch Selbstproklamation, sondern durch aktive und maßgebliche Beteiligung an den Auseinandersetzungen, politische Offenheit, Kooperationswillen und die ständige Bereitschaft, auch die eigene organisatorische Selbstständigkeit zur Disposition zu stellen, wenn es die Möglichkeit für größere, wirksamere Zusammenschlüsse gibt.

Heute geht es nicht einfach nur um den Zusammenschluss der Organisationen und organisierten Strömungen, die den Anspruch erheben, revolutionär-marxistisch, revolutionär-sozialistisch oder trotzkistisch zu sein. Die Zusammenführung der konsequent antikapitalistischen Kräfte innerhalb wie außerhalb der Partei Die Linke und der Interventionistischen Linken (IL) ist unser weiter gefasster Horizont im Rahmen der Prozesse, die wir mit vorantreiben wollen.

Das Ziel muss es sein, eine revolutionäre Partei mit Masseneinfluss aufzubauen, und dies wird nicht einzig über das geradlinige Wachstum heute bestehender Organisationen zu machen sein, sondern auch das Zusammengehen bestehender Gruppen (Umgruppierung) erforderlich machen.

Verabschiedet auf der Bundeskonferenz der ISO, Juni 2018



4. KONFERENZ
GEWERKSCHAFTLICHE ERNEUERUNG

**AUS
UNSEREN
KÄMPFEN
LERNEN**

**15.-17. FEBRUAR 2019
BRAUNSCHWEIG**

GILETS JAUNES

Die Bewegung der Gelben Westen in Frankreich hat die Herrschenden in ganz Europa in Aufregung versetzt. Denn dass die sozialen Ursachen, die zu den Aktionen geführt haben, in allen Ländern gleichermaßen bestehen, ist unübersehbar und in einigen von ihnen flammen ebenfalls die Proteste auf. Daher schweigen auch – ganz anders als zu Italien – die (deutschen) Gralshüter der Maastricht-Kriterien, wenn Frankreich die Neuverschuldungsschwelle reißt, um die Bevölkerung vorerst zu befrieden. Die folgenden Artikel liefern einen Überblick über die Ereignisse bis Redaktionsschluss und erste Analysen. **Léon Crémieux**

„GELBWESTEN“ – DIE HERAUSFORDERUNG EINER VOLKSBEWEGUNG

Am 17. November wurden in allen Regionen Frankreichs mindestens 2500 Straßenkreuzungen und Autobahnmautstellen blockiert, an denen laut Polizei mindestens 300 000 Demonstrant*innen in gelben Warnwesten teilnahmen – der obligatorischen Ausrüstung aller Fahrzeuge und zugleich Erkennungsmerkmal der Bewegung.

Auch in der Woche danach hielten sich viele Blockaden rund um kleinere Städte und in ländlichen Gebieten. Am vergangenen Samstag, dem 24. November, fanden wieder viele Aktionen statt mit mehr als 100 000 Teilnehmer*innen, darunter mindestens 8 000 in Paris auf den Champs Elysées, und 1600 Blockaden im gesamten Land.

Ausgangspunkt dieser Bewegung waren weder Parteien noch Gewerkschaften, sondern alleinig soziale Netzwerke, deren gemeinsames Anliegen in der Ablehnung der Steuererhöhungen für Treibstoffe liegt: eine Erhöhung

der CO₂-Steuer auf Kraftstoffe im Rahmen der Inlandsverbrauchssteuer auf Energieprodukte (TICPE, ehemalige Mineralölsteuer), die für den 1. Januar 2019 vorgesehen ist: +6,5 Cent pro Liter Diesel und 2,9 Cent pro Liter Superbenzin. Schon einmal war 2018 die Dieselsteuer um 7,6 Cent erhöht worden; für jeden Liter Diesel, der zurzeit 1,45 € kostet, kassiert der Staat mittels der Steuern rund 60 % oder 85,4 Cent. Der Preis für Diesel ist wohl gemerkt binnen eines Jahres um 23 % gestiegen. Geplant ist sogar, die Steuer in den Jahren 2020 und 2021 jeweils um weitere 6,5 Cent pro Jahr zu erhöhen. Damit liegt die Dieselsteuer in Frankreich nach England und Italien an dritter Stelle in Europa, wobei Dieselfahrzeuge im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern in Frankreich sehr stark verbreitet sind und 80 % des Kraftstoffverbrauchs ausmachen.

Eine Online-Petition gegen diese Steuererhöhungen, die in einem Artikel der größten Boulevardzeitung des Landes, *Le Parisien*, zitiert wurde, hat bis Mitte Oktober Hunderttausende und bis Anfang November über eine Million Unterschriften erhalten. Auf dieser Basis wurden Hunderte von Facebook-Gruppen im ganzen Land eingerichtet, Videos gegen die Steuer millionenfach aus dem Internet heruntergeladen (darunter eines von einem lokalen Vertreter der rechtsextremen Partei „Frankreich, steh auf!“).

Ein LKW-Fahrer hatte einen Aufruf gestartet, am 17. November die Pariser Stadtautobahn zu blockieren. Dem schlossen sich Tausende von lokalen Initiativen an, um an diesem Datum zur Blockade von Straßen und Kreiseln aufzurufen – zahlenmäßig erfasst auf einem Internetportal, das zwei Aktivisten eigens dafür eingerichteten hatten. Die Medien (allen voran der private Nachrichtensender *BFM TV*) griffen das Thema auf und sorgten damit für eine noch größere Verbreitung. Ausgehend von einer einfachen Online-Petition verbreitete sich die Bewegung wie ein Lauffeuer.

Welche Art von Bewegung?

Diese Bewegung hat die Regierung, aber auch die Spitzen in den Gewerkschaften und politischen Organisationen hart getroffen! Zu groß war der Kontrast zwischen der Beteiligung der einfachen Bevölkerung, der breiten Unterstützung auch und insbesondere in den Betrieben, und der beeindruckenden Popularität (70 % Zustimmung am Vorabend des 14. November) einerseits und der verzerrten Wahrnehmung in vielen linken Kreisen andererseits, wo flugs die Fuhrunternehmer und die extreme Rechte unterschiedslos als Rädelsführer ausgemacht wurden. In Wahrheit jedoch haben alle Fuhrunternehmerverbände die Blockaden verurteilt und die Regierung aufgefordert, diese zu räumen; was die extreme Rechte betrifft, so ist es richtig, dass Nicolas Dupont Aignan, Führer der Bewegung „Frankreich, steh auf!“, seit Mitte Oktober in den Medien trommelt und demonstrativ seine gelbe Weste zeigt. Ebenso signalisierte der Rassemblement National (vormals Front National) von Marine Le Pen seine Unterstützung, distanzierte sich jedoch von den Straßenblockaden. Das Gros der Organisatoren der Bewegung geht jedoch eindeutig auf Distanz zu diesen unliebsamen Unterstützern.

Die Republikaner und die Sozialistische Partei gaben diskret ihre Sympathie mit der Bewegung zu verstehen. Die Führer von La France Insoumise, wie J.-L. Mélenchon

oder François Ruffin, sowie Olivier Besancenot von der NPA haben in mehreren Fernsehbeiträgen ihre Unterstützung für die Bewegung bekundet, wohingegen sich alle großen Gewerkschaftsorganisationen – nicht nur die CFDT und FO, sondern auch die CGT und Solidaires – weigerten, die Demonstrationen zu unterstützen, da sie von der extremen Rechten und den Fuhrunternehmern gesteuert würden.

Tatsächlich ist die „Gelbwesten-Bewegung“ Ausdruck tief reichender Sorgen der einfachen Bevölkerung. Tagtäglich müssen 17 Millionen Beschäftigte zu ihrem Arbeitsplatz pendeln, also zwei Drittel aller Berufstätigen; und von diesen zwei Dritteln nutzen 80 % dazu ihr eigenes Auto. Die steigenden Benzinpreise berühren also breiteste Bevölkerungsschichten, ob im Großraum Paris oder in der Provinz, wobei selbst im Großraum Paris nur fünfzig Prozent der Beschäftigten öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Insofern ist die große Mehrheit der Lohnabhängigen von den Steuererhöhungen betroffen. Sie sind, besonders wenn sie Familie haben, gezwungen, immer weiter weg von den Städten zu wohnen, und mit wachsender Prekariät wächst die Entfernung zum Arbeitsplatz. Im Großraum Paris gehören die 50 % der Beschäftigten, die mit ihrem Auto zur Arbeit fahren müssen, meistens zu denjenigen, die am Stadtrand wohnen oder unregelmäßige Arbeitszeiten haben.

Die Fahrtkosten mit dem Auto und besonders mit Dieselfahrzeugen haben enorm zugenommen, während die offizielle (niedrige) Inflationsrate als Argument gegen Lohnerhöhungen herhalten muss. Es gibt einen starken Unmut in der Bevölkerung in puncto Kaufkraft, Löhne und Renten, den die Gelbwesten jetzt zuspitzen. Zu diesem Unmut gehört auch eine weit verbreitete Wut über die Unglaubwürdigkeit der Regierung und die zahlreichen Einschnitte bei Löhnen und Renten, während die Reichen und die Unternehmer immer mehr entlastet werden. Der Glaubwürdigkeitsverlust betrifft auch die politischen Parteien, die in ihren jeweiligen Regierungszeiten diese soziale Situation verantwortet haben. Hatte Macron bei seiner Wahl diese Stimmung noch für sich nutzen können, so schlägt sie mittlerweile gegen ihn zurück.

Dank der Steuerreformen (Abschaffung der Vermögenssteuer, niedrige Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkommen) steigt beim reichsten 1 Prozent das Einkommen 2019 um 6 %, beim reichsten 0,4 Prozent die Kaufkraft um 28 300 € und beim reichsten 0,1 Prozent um 86 290 € pro Jahr. Gleichzeitig sinken die Einkommen bei den 20

Prozent der ärmsten Haushalte infolge stagnierender Sozialleistungen, Wohngeldreformen und Rentenkürzungen bei zugleich steigenden Preisen.

Unbeliebtheit und Regierungskrise

Dem Gros der Bevölkerung gilt Macron als Präsident der Reichen und Superreichen. Die Erhöhung der Benzinsteuern, die die Geringverdiener am härtesten trifft, während die Reichsten entlastet wurden, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Seit dem Sommer hat sich die Regierungskrise zugespitzt, in die Macron wegen seiner kapitalfreundlichen Politik und seines schwindenden Rückhalts geraten ist. Die Affäre um Alexandre Benalla, den persönlichen Sicherheitsberater von Macron, der wegen tätlicher Angriffe auf Demonstranten am 1. Mai dieses Jahres verurteilt wurde, hat ein Schlaglicht auf die Praktiken des Präsidenten geworfen. Der Missbrauch staatlicher Dienste für persönliche Belange und die Sonderrechte für die Mitarbeiter des Präsidenten erinnern in gewisser Weise an den Skandal um den republikanischen Präsidentschaftskandidaten Fillon.

Auf den Skandal um Benalla folgte der Rücktritt von Nicolas Hulot, der nach der Fülle gebrochener umweltpolitischer Versprechen nicht länger als ökologisches Feigenblatt fungieren wollte. Der nachfolgende Rücktritt auch des Innenministers Collomb, der Macron von Anfang an unterstützt hatte, warf ein Schlaglicht auf die aufeinanderfolgenden inneren Krisen, die zunehmende Abnutzung dieser Regierung und die Schwäche ihrer politischen und sozialen Basis. Macrons Popularität hat sich demnach noch schneller verbraucht als seinerzeit bei François Hollande.

Worum geht es den Gelbwesten ...

In den Verlautbarungen der Gelbwesten in den sozialen Netzen oder bei den Blockadeaktionen geht es immer um die Forderung nach Rücknahme der Benzinsteuernerhöhung, aber auch um die steigenden Lebenshaltungskosten und es wird die Wiedereinführung der Vermögenssteuer gefordert und oftmals sogar unumwunden der Rücktritt von Macron.

Um die Benzinsteuern vor der Bevölkerung zu rechtfertigen, hat sich die Regierung auf die Bekämpfung des Klimawandels und die gebotene Absenkung der Treibhausgas- und Feinstaubemissionen berufen. Regierungssprecher Benjamin Grivaux spekulierte auf die Zustimmung der linken Umweltbewegung, indem er auf diejenigen eindrosch, „die Zigaretten rauchen und Diesel fahren“. Aber selbst unter den Grünen-Wähler*innen stieß

die Steuererhöhung auf Ablehnung und die arrogante Haltung der Regierung steigerte nur den Widerwillen.

Hauptgrund dafür ist, dass die bisherige Politik der Regierung und all ihrer Vorgängerinnen die dringend erforderlichen Umweltschutzmaßnahmen einfach ignoriert haben: Dem Auto und namentlich dem Diesel galt die Priorität und die öffentlichen Verkehrsmittel auf dem Land und in den Stadtrandbezirken wurden nicht ausgebaut, während zugleich die Lohnabhängigen und sozial Schwachen aus den Städten abgeschoben wurden und immer weitere Wege zu ihren Arbeitsplätzen und in die Städte in Kauf nehmen müssen. Insofern steckt schon eine unerträgliche Arroganz hinter der Regierungsentscheidung, ausgerechnet diejenigen zur Kasse zu bitten, die nicht einfach auf ein anderes Verkehrsmittel umsteigen oder sich gar ein neues Auto kaufen können.

Durch die Einschnitte bei der Bahngesellschaft SNCF will Macron noch mal über 11 000 Schienenkilometer abbauen, während der Güterverkehr auf der Schiene bereits weitgehend zugunsten des LKW-Transports eingedampft worden ist. Zugleich wird der Ölkonzern Total von jeglichen Steuern befreit und bekommt grünes Licht zur Exploration neuer Ölfelder. Daneben hat sich in der Haushaltsdebatte für 2019 herausgestellt, dass über 500 Millionen Euro aus der Benzinsteuernicht für die Energiewende verwendet werden, sondern Haushaltslöcher stopfen sollen, die durch die Abschaffung der Vermögenssteuer entstanden sind.

Über Wochen hinweg haben Regierung und Medien versucht, die Bewegung als „hinterwäldlerisch“ zu diskreditieren, als Aufstand von unzivilisierten Ignoranten, die keine Ahnung vom Klimawandel haben.

... und warum schweigt die organisierte Arbeiterbewegung?

Die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen waren an der Gründung der Gelbwestenbewegung nicht beteiligt. Dies zeigt zum einen ihren schwindenden Einfluss in vielen Regionen und unter den Lohnabhängigen. Zum anderen ist dies auch eine Folge der Niederlagen, die die sozialen Bewegungen in den letzten Jahren erlitten haben. Die Bereitschaft zu Straßenblockaden und direkten Aktionen spiegelt die Ablehnung der traditionellen „Latschdemos“ wider, greift aber zugleich die Kampfformen auf, die in den vergangenen Jahren von den kämpferischen sozialen Bewegungen entwickelt worden sind.

Daneben machen es die Denk- und Vorgehensweise der Gewerkschaftsführungen und ihre schwache Ver-

ankerung in solch einer sozialen Bewegung nicht eben einfacher. Als Vorwand dienen die Instrumentalisierungsversuche durch die extreme Rechte oder die dezidiert „unpolitische“ Haltung unter den Anhängern der Bewegung. Vertreter von ATTAC und der Stiftung Copernic sehen dies so: „Man kann dieses Misstrauen und die Instrumentalisierung durch die extreme Rechte oder das Abgleiten in den „Antifiskalismus“ (Verweigerung der Steuerzahlungen, ein klassisches Instrument der extremen Rechten in Frankreich) nicht bekämpfen, indem man einfach fernbleibt oder Schuldgefühle unter den Demonstrant*innen erzeugt. Man muss im Gegenteil versuchen, innerhalb der Bewegung zu wirken, und dort für eine kulturelle und politische Hegemonie kämpfen gegenüber der extremen Rechten und den prokapitalistischen Kräften, die die Bewegung dominieren wollen.“

Freilich gab es etliche Gewerkschaftsgliederungen und Gewerkschafter*innen, die die Aktionen der Gelbwesten spontan unterstützten und dafür mobilisierten. Beispiele dafür waren die CGT der metallverarbeitenden Industrie, die Industriegewerkschaften der SUD oder die Transportgewerkschaft der FO. Daneben gab es regionale Aufrufe von Gewerkschaften auf der Grundlage gemeinsamer Forderungen etwa nach Lohnerhöhungen oder höherer Besteuerung der Reichen statt indirekter Steuern, die vor allem die unteren Schichten treffen. Oftmals richteten sich diese Aufrufe eindeutig gegen die Benzinsteuernerhöhung und plädierten stattdessen für eine wirkliche Umweltpolitik entgegen den Interessen der Mineralölkonzerne und für den Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und des Güterverkehrs auf der Schiene statt auf der Straße.

Innerhalb der sozialen Netze und auch in der Presse belegen alle Berichte, dass diese Bewegung von unten ausgeht und vorwiegend von Lohnabhängigen und Rentner*innen und auch von freien Mitarbeitern oder Kleinunternehmern getragen wird, von Menschen also, die aufgrund ihrer geringen Einkommen in besonderer Form unter den einschneidenden Maßnahmen der Regierung leiden. Die Genoss*innen der NPA, die an den Blockaden teilgenommen und auch Flugblätter verteilt haben, berichten von einer positiven Resonanz auch und gerade zu den Forderungen nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer und gegen weitere Steuergeschenke für die Reichsten.

Die Perspektiven der Bewegung

Unabhängig vom künftigen Verlauf der Bewegung geht es hier um wichtige politische Herausforderungen. Entschei-

dend ist z. B. – bei aller gebotenen Zurückhaltung – darauf hinzuwirken, dass sie sich demokratische Strukturen verschafft und auf diejenigen Organisationen der Arbeiterbewegung zugeht, die einen gemeinsamen Kampf führen und in eine umfassende Konfrontation mit den Machthabenden eintreten wollen.

Die Regierung setzt darauf, dass die Gelbwesten ein vorübergehender Störfall bleiben und anschließend wieder politische und soziale „Normalität“ einkehrt. Auch die Medien kaprizierten sich nach dem 17. November unisono auf die Ausschreitungen, die Verletzten an den Straßensperren und der toten Demonstrantin, die von einem Autofahrer überfahren wurde. Ansonsten galt der Tenor den – nicht hinnehmbaren, aber eher marginalen – rassistischen und homophoben Tönen, die unter den Demonstrant*innen zu hören waren. Kurzum, die Bewegung sollte diskreditiert werden.

Die Regierung hält sich zwar mehr zurück als bei den vorangegangenen Protesten der sozialen Bewegungen, ging aber hart gegen die Straßenblockaden der vergangenen Tage vor und besonders gegen die Demonstration letzten Samstag (24. 11.) auf den Champs Élysées. Da sie über wenig Erfahrung mit Demonstrationen und erst recht mit Straßenschlachten haben, waren viele Gelbwesten vom Ausmaß der Gewalt schockiert, was aber ihrer Entschlossenheit und ihrer Bereitschaft zu weiteren Blockadeaktionen keinen Abbruch tut.

Die Mächtigen hoffen, dass die Bilder von den Ausschreitungen und die bevorstehenden Feiertage dazu führen, dass sich die Bewegung totläuft. Die Arbeiterbewegung hingegen wäre gut beraten, genau diese Fehleinschätzung nicht zu teilen. Denn die extreme Rechte steht zwar momentan noch am Rande der Bewegung, liegt aber auf der Lauer und drängt darauf, dass nicht eine antikapitalistische Perspektive die Oberhand gewinnt und wegweisend wird.

Uns Antikapitalist*innen muss die Erinnerung an die Bewegung der „Forconi“ 2013 in Italien, die gewisse Ähnlichkeiten mit der Gelbwestenbewegung hat, in wachsender Erinnerung sein. Denn wir wollen, dass der Zorn in der Bevölkerung und der soziale Unmut nicht bloß eine Absage an die Regierung der Reichen bleiben, sondern in eine antikapitalistische Offensive mit einer emanzipatorischen Stoßrichtung übergehen.

26. November 2018

MACRON IN DER DEFENSIVE

Seit Mitte November erlebt die Gelbwestenbewegung mit ihren Protestaktionen immer stärkeren Auftrieb, weil sich andere Gesellschaftsschichten anschließen. Die Auseinandersetzungen auf den Champs Élysées in Paris wurden zwar zum Symbol für die Ereignisse dieses Tages erklärt, aber in den anderen Städten (Toulouse, Marseille etc.) erreichten die Zusammenstöße ein deutlich höheres Ausmaß als zuvor, auch wenn die Beteiligung an den Protesten nicht höher als in der Vorwoche war. In Le Puy en Velay brannte gar das Verwaltungsamt des Departments. Nicht nur die Protestformen wurden radikaler, sondern auch die Parolen, in denen unisono der Abtritt von Macron gefordert wurde. Bilder gingen um die Welt, auf denen die Polizei vom Arc de Triomphe verjagt wurde, der von den Gelbwesten angesprüht und besetzt wurde, und wurden zum Ausdruck der politischen Krise und der schwindenden Akzeptanz Macrons in der Bevölkerung.

Bereits zuvor war schon deutlicher geworden, dass mit dieser Bewegung eine Polarisierung zwischen den Klassen zum Ausdruck kommt, wo sich die unteren Schichten und die Wohlhabenden und Großstädter gegenüberstehen. In einer Reihe von Städten haben sich Teile der Gewerkschaftsbewegung den Protesten der Gelbwesten angeschlossen und es kam zu – wenigstens teilweise – gemeinsamen Kundgebungen mit Demonstrationsteilnehmer*innen, die dem schon lange feststehenden Aufruf der CGT zur Verteidigung der Rechte von Erwerbslosen gefolgt waren. Daneben hatten aber auch Gewerkschaftsgliederungen verschiedener staatlicher und privater Unternehmen direkt zur Teilnahme an den Protesten der Gelbwesten aufgerufen.

So hat sich inzwischen auch das Zerrbild von der angeblichen „Braunfärbung“ der Gelbwesten aufgeweicht, das anfänglich in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung, der radikalen Linken und den sozialen Bewegungen kursierte. Allmählich beinhalten die Forderungen mehr soziale Substanz und die Aktiven entstammen vorwiegend der Unterschicht, wenngleich die soziale Zusammensetzung gemischt ist. Insofern sind die Trennlinien aufgebrochen und ein Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung ist perspektivisch in Reichweite gerückt, was die Kräfteverhältnisse natürlich beeinflussen wird.

Die Frage der schwindenden „Kaufkraft“ der unteren Schichten wird nicht mehr nur in Zusammenhang mit der Erhöhung der Mineralölsteuer gesehen, sondern im Lichte der gesamten Fiskalpolitik der Regierung, die durch indirekte Steuern die Armen benachteiligt und durch den Wegfall der Reichensteuer und mit anderen Steuergeschenken die Oberen bevorzugt. Inzwischen wird in zahlreichen Erklärungen und Parolen der Gelbwesten explizit die Frage nach der Verteilung des Reichtums gestellt. Auch sind Themen wie die Kürzungen der Renten und Pensionen, die niedrigen Löhne und der Mindestlohn in den Vordergrund gerückt, womit die Verbindung zu dem Forderungskatalog der Arbeiterbewegung hergestellt werden kann.

Bereits vor dem 1. Dezember folgte die Gelbwestenbewegung einer Klassendynamik, in der die extreme Rechte an den Rand gedrängt war – zwar nicht, was ihr Gehör unter einem Teil der Gelbwesten angeht, aber was die Durchschlagskraft der klassisch rechten Parolen angeht: die Einwanderung als Wurzel allen Übels, die „erdrückende Steuerlast“ [die den Mittelstand ausblutet], die Gleichbehandlung aller direkten und indirekten Steuern zulasten der Unterschichten wie auch der Unternehmer*innen oder die Demagogie gegen die „privilegierten“ Beamten.

Seit dem 1. Dezember herrscht eine tiefgreifende politische Krise, in der Macron und die Parlamentsabgeordneten seiner Partei (LREM) mit dem Rücken zur Wand stehen und ihnen auch noch der letzte Rest an Sympathie unter der Bevölkerung wegschmilzt und sie stattdessen gleichsam als „das letzte Aufgebot“ der Besitzenden dastehen. Macron ist angezählt und sieht, dass sein Image als Präsident des Volkes auf internationaler Ebene ramponiert ist, während im eigenen Land die Gelbwesten trotz der Ausschreitungen unverändert populär sind. Es war daher Ausdruck purer Panik, als Premierminister Edouard Philippe unmittelbar nach dem 1. Dezember die Erhöhung der Kraftstoffsteuer zunächst um 6 Monate verschoben und dann für das gesamte kommende Jahr aufgehoben hat.

Aber, wie die Presse schreibt, „dies kommt zu spät und ist zu wenig“, denn statt zufrieden über diese ersten Zugeständnisse zu sein, fühlen sich die Gelbwesten eher zum Weitermachen ermutigt. Und auch andere Bevölkerungsschichten, die seit mindestens zwei Jahren von der Sparpo-

litik betroffen sind und sich mangels Koordination nicht erfolgreich wehren konnten, sehen jetzt die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen: Bauern, LKW-Fahrer*innen, Hafenarbeiter*innen usw.

Die Regierung hat – parallel zu ihrem Zurückrudern – versucht, die Lage zu dramatisieren und drohendes Chaos oder gar einen Staatsstreich und das Gespenst des Rechts-Extremismus an die Wand gemalt, um so der Bewegung die Unterstützung seitens der Bevölkerung zu entziehen und ein Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung am 8. Dezember zu verhindern. Im Vorfeld des 8. Dezember hat sich Macron zurückgehalten, um der allgemeinen Unzufriedenheit keinen Vorschub zu leisten, hat aber versucht, all die „zwischengeschalteten Instanzen“ einzubinden, die er bis dahin eher ignoriert hatte: Abgeordnete und Senatoren, Bürgermeister und Gewerkschaftsspitzen. Die sollten für ihn den Job übernehmen, den „sozialen Dialog“ zu propagieren und die Gelbwesten zur Raison zu rufen. Mit Ausnahme der Basisgewerkschaften Solidaires haben sich die Gewerkschaftsführungen zu einer schändlichen gemeinsamen Erklärung hinreißen lassen, in der sie zur „Ordnung“ aufrufen, wobei zahlreiche Untergliederungen der CGT auf Branchen- und Regionalebene ihrem Dachverband widersprochen haben. Zugleich musste die CGT auf Druck ihrer Basis zu einem Aktionstag aufrufen, allerdings sinnigerweise ... für Freitag, den 14. Dezember.

Macrons Taktik vor dem 8. Dezember ging indes in die Hose. Nicht nur, dass die Zugeständnisse als Ermütigung aufgefasst wurden, sondern in den Städten und Regionen kam es zu gemeinsamen Aktionen mit Teilen der Gewerkschaftsbewegung, die dann am 8. Dezember in gemeinsame Demonstrationen einmündeten. Die Teilnehmerzahlen waren so hoch wie am 1. Dezember und in vielen Städten marschierten Demonstrationsblöcke der Gelbwesten buntgemischt mit Blöcken der sozialen Bewegungen. In vielen Städten schlossen sie sich oftmals auch den Kundgebungen an, die die Klimabewegung für diesen Tag organisiert hatte.

Durch diese Entwicklung erfuhr die Gelbwestenbewegung eine Radikalisierung hin zu sozialen Forderungen, wodurch auch der Einfluss der extremen Rechten, die weiterhin in der Bewegung präsent sind, in Zaum gehalten wurde. Parallel traten unmittelbar vor dem 8. Dezember die Schüler*innen von 100 bis 200 Gymnasien in Streik- und Blockadeaktionen, um wieder ihrem Protest gegen die Zugangsbeschränkungen zu den Universitäten und die gleichgelagerten Reformen der Abitursprüfungen Nachdruck zu verleihen.

Am 8. Dezember kam es zu zahlreichen Auseinandersetzungen in den Städten, deren Schauplatz zumeist die Kreisverwaltungen als Symbole des Staates waren. Demgegenüber setzte die Polizei auf massive Gewalt und Repression. Über 1000 Verhaftungen, darunter viele als „Präventivmaßnahme“, und systematischer Einsatz von Tränengasgranaten und Gummigeschossen gegen die Demonstrationen und Kundgebungen der Schüler*innen mit Hunderten von Verletzten. Insgesamt belief sich das Polizeiaufgebot gegen die Demonstranten auf 85 000 Einsatzkräfte mit gepanzerten Fahrzeugen.

Was wir momentan erleben, ist eine in dieser Form noch nicht dagewesene weit verbreitete Gegenwehr gegen die Austeritätspolitik und die Regierung und gegen das ganze Spektrum von Sozialabbaumaßnahmen, denen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit und Lohnerhöhungen gegenübergestellt werden. Und die Proteste richten sich unmittelbar gegen Macron. Zum ersten Mal seit dessen Wahl, genau genommen seit 1995, beginnen die Kräfteverhältnisse ernsthaft zu kippen und all die Bevölkerungsschichten, die jahrelang Einschnitte hinnehmen mussten und einzeln in ihren Abwehrkämpfen geschlagen wurden, erkennen, dass die Gelegenheit zur erfolgreichen Gegenwehr gekommen ist. Paradox ist jedoch, dass die organisierte Arbeiterbewegung und auch die Lohnabhängigen als Belegschaften in den Betrieben bis heute noch immer nicht die Stafette aufgegriffen haben und in den Streik getreten sind, obwohl die vor ihnen stehende Bewegung ganz überwiegend von der einfachen Bevölkerung getragen wird und sich viele Lohnabhängige als Einzelpersonen daran beteiligen.

Am 10. Dezember hat Macron sein Schweigen gebrochen und sich in Demut versucht – ausgerechnet er, der 18 Monate lang den puren Standesdünkel kultiviert hat – um so der Mobilisierung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei hat er drei spektakuläre Maßnahmen angekündigt, um die Kaufkraft zu stärken: eine sogenannte Erhöhung des Mindestlohns (SMIC) um 100 Euro, die Befreiung von Renten unter monatlich 2000 Euro von der jüngsten Erhöhung der Sozialabgaben und die Befreiung der Überstunden von Steuern und Sozialabgaben. Die Erhöhung des Mindestlohns ist jedoch Augenwischerei, tatsächlich ist sie nur ein Vorschuss auf eine zusätzliche Aktivitätsprämie an die Betroffenen, und auch nur, wenn der Staatshaushalt dies hergibt.

Wirklich bemerkenswert an diesem Vorgehen ist, dass die Regierung ihre Klassenpolitik unvermindert beibehält und weder die 40 Milliarden an Steuer- und Abgabener-

leichterungen für die Unternehmen noch die zahlreichen Steuervergünstigungen für die Superreichen zurücknimmt. Die Umverteilung der Reichtümer von unten nach oben, gegen die die Gelbwesten und dabei die von der Sparpolitik am härtesten betroffenen Bevölkerungsschichten auf die Straßen gehen, bleibt unangetastet.

In den kommenden Tagen steht viel auf dem Spiel. Die Regierung hofft darauf, die Proteste eingedämmt zu haben, und setzt dabei auf ein Abbröckeln der Bewegung und ihre Isolierung. Daher hängt alles davon ab, ob einerseits die Mobilisierung aufrechterhalten und eine basisdemokratische Struktur geschaffen werden kann und andererseits andere Bevölkerungsschichten in den Wohnvierteln, Betrieben und sozialen Bewegungen angesprochen und in die Mobilisierung eingebunden werden können. Es geht also darum, die Mobilisierung beizubehalten und sich nicht auseinanderdividieren zu lassen, trotz des eingesetzten Trommelfeuers der Medien und obwohl die Gewerkschaftsführungen schweigend danebenstehen, weil sie von diesem Ausmaß der sozialen Bewegung einfach überrollt wurden. Es geht also darum, gegen Macron und seine Politik so breit wie möglich in die Offensive zu kommen.

11.12.2019

■■■■■ **Léon Crémieux** ist Mitglied der *Nouveau Parti Anticapitaliste* (NPA) und Leitungsmitglied der IV. Internationale.

■ *Übersetzung: MiWe*



Neu bei ISP



Daniel Tanuro
**Klimakrise
und Kapitalismus**
181 Seiten,
kartoniert, € 19.80

ISBN 978-3-89900-146-4

Das Buch zeigt auf, dass auf der Basis der kapitalistischen Wachstums- und Profitwirtschaft die notwendige Reduktion von Treibhausgasen nicht erreicht werden kann.

Neuer ISP Verlag GmbH
Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe
Tel.: (0721) 3 11 83
neuer.isp.verlag@t-online.de
www.neuerispverlag.de

GELBWESTEN UND KLIMASCHUTZ – EIN LEHRSTÜCK

Im Kampf gegen den Klimawandel setzt der Kapitalismus auf Pseudoreformen, die die Reichen immer noch reicher machen, während er die Lasten auf die Arbeiter*innen in Form von Steuern abwälzt, die ihnen den „rechten Weg“ weisen sollen. Die Gelbwestenbewegung aber zeigt uns, dass viele Arbeiter*innen genug haben von diesen Moralvorschriften, mit denen der Kapitalismus den Klimawandel vermeiden will. **Andreas Malm**

Wenn es noch einer Lektion bedürfte, wie man den Klimawandel nicht eindämmen kann, muss man sich bloß Macron anschauen. Erst die Reichen von der Steuer entlasten und dann die Benzinsteuern erhöhen – so stellt man sich selbst ein Bein auf dem Weg in eine grünere Zukunft. Die kapitalistische Umweltpolitik hat natürlich bereits in den letzten beiden Jahrzehnten glänzende Beispiele für solche Pseudoreformen geliefert, die Illusionen schürten und zugleich kontraproduktiv waren. Dabei haben sie es immer geschafft, die tatsächlichen Lasten letztlich den Armen aufzubürden, sei es, dass sie Ackerland für die Erzeugung von Biosprit umwidmeten und so die Nahrungsmittelpreise nach oben trieben oder dass sie als Kompensation für zu hohe CO₂-Emissionen in Uganda oder in einem anderen fernen Land Bäume pflanzen und dafür die einheimischen Bauern von ihrem Land vertreiben ließen. Oder aber den einfachen Verbrauchern im eigenen Land zu erzählen, dass sie selbst für den zu hohen CO₂-Ausstoß verantwortlich seien und sie daher ihre Konsumgewohnheiten ändern (und dafür zumeist mehr Geld ausgeben) müssten. Die neueste Wunderwaffe heißt Geo-Engineering und ist geeignet, das ohnehin schon gefährdete Leben von Millionen von Menschen gänzlich zu zerstören, nur um noch ein Weilchen länger business-as-usual betreiben zu können.

Der jüngste Held in dieser traurigen Geschichte kapitalistischer Klimapolitik heißt Macron. Als selbsternannter Hüter des Pariser Abkommens hat er sich eine Aura als letzter Gralshüter auf der Welt verschafft, der die Kosten für geringere Emissionen im Auge behält. Aber damit kommt er zu spät, weil die Art von Regierungspolitik, die er so sehr schätzt, schon längst ihren Offenbarungseid geleistet hat. Dafür mussten erst die Gelbwesten auftauchen, um ihn – zumindest für den Moment – aus seinen Träumen zu wecken: Der Klimawandel lässt sich nicht bekämpfen, indem man den Reichen noch mehr freie Hand lässt, sich weiter zu bereichern, und dann der lohnabhängigen Bevölkerung die Quittung serviert, damit sie, als einzige Klasse in dem System, den rechten Weg ergreift. Das hat so noch nie funktioniert und wird es auch weiterhin nicht.

Leider hält sich diese Illusion noch immer unter der tonangebenden bürgerlichen Strömung der Umweltschutzbewegung: Grüne Lobbyisten auf dem COP24 nahmen Macrons Entscheidung, die „Ökosteuer“ auf Benzin auszusetzen, konsterniert zur Kenntnis. „Wenn Frankreich die CO₂-Steuer bremst, dann bremst er die Energiewende und sendet ein ungutes Signal aus“, meinte Pierre Cannet, der Verantwortliche für Klima- und Energiepolitik bei WWF in Frankreich (wobei der Verband wohl später – so wie Macron – bemerkte, dass er auf dem Holzweg war, und sich in einer Pressemitteilung von dieser Steuer distanzierte).

Maxime Combes von Attac Frankreich hat sehr überzeugend dargelegt¹, dass diese Steuer völlig ungeeignet ist, so etwas wie eine „Energiewende“ auf den Weg zu bringen. Frankreichs Automobilflotte wäre dadurch nicht frei von Abgasschwaden geworden, sondern nur die ärmsten unter den Verbraucher*innen hätten dies in ihrem Portemonnaie zu spüren bekommen, weil sie sich nicht einfach ein neues, „sauberes“ Auto kaufen können.

Nichtsdestotrotz müssen die Autos dringend aus den Straßen verschwinden – bloß wie? Indem wir zunächst den öffentlichen Personenverkehr in den Städten und auf dem Land massiv ausbauen, alternative Transportmittel

(E-Bikes, Car-Sharing mit Elektroautos) auf breiter Ebene bereitstellen, private Benziner und Diesel in den Städten verbieten, die Arbeitsplätze und Gewerbegebiete wieder in die Stadt zurückholen, um eine weitere Zersiedelung zu vermeiden und die dann noch notwendigen Fahrzeuge schnell auf Elektroantrieb umstellen. Kurzum, öffentliche Investitionen und Planungsschritte, die in Höhe und Zeitrahmen der drohenden Klimakatastrophe angemessen sind. Dabei wäre es schon hilfreich, in Frankreich und woanders die Autoindustrie zu zwingen, ihre Produktion nach den Erfordernissen dieses Strukturwandels umzustellen, so wie dies im II. Weltkrieg der Fall war, als die US-Industrie Panzer statt Autos produzieren musste.

Alle diese Maßnahmen erfordern keinerlei Opfer an Arbeitsplätzen oder Lebensstandard unter der arbeitenden Bevölkerung, sondern können beides sogar verbessern, wobei den Superreichen natürlich die Flügel gestutzt werden müssten. Nun macht Macron nicht gerade den Eindruck, als würden ihn solche Gedanken beim abendlichen Zubettgehen plagen. Der Präsident der Reichen lässt lieber andere bis zum Abwinken für die Sünden der Besitzenden büßen. Aber die Zeiten sind vergangen, in denen derlei Maßnahmen auch nur den Eindruck erwecken könnten, sie würden am Klimawandel etwas ändern. Mit anderen Worten: Die Zeit ist um, wo man die kapitalistische Klasse noch in Frieden lassen kann. Jeder Schritt dorthin, den totalen Klimakollaps zu vermeiden, erfordert nunmehr, dass wir ihre Paläste stürmen.

Darin besteht die zweite und nutzbringendere Lektion der vergangenen Wochen, nämlich wie wir dafür kämpfen können. Jeder Fortschritt an der „Klimafront“ läuft nur über den Kampf, sei es dass der Verkehr blockiert oder der Schulunterricht bestreikt wird, Hauptverkehrsstraßen besetzt oder die umweltschädlichsten aller Konsumformen frontal angegangen werden, nämlich die demonstrative Verschwendung und die Luxusorgien der Reichen. Oder – und warum eigentlich nicht – die Autos in Brand stecken. Da weder Macron noch irgendein anderer Präsident eines kapitalistischen Staates dazu bereit ist, das zu tun, was getan werden muss, müssen diese Staaten eben dazu gezwungen werden, durch genau solche Aktionen, mit denen die Gelbwesten die Macht der Straße gezeigt haben.

Natürlich gibt es auch Umweltbewegungen, die in diesem Sinne aktiv sind, namentlich „Ende Gelände“, von denen sich Ende Oktober 2018 etwa 6000 Aktivist*innen (darunter etliche aus Frankreich) zu den Eisenbahnschienen aufmachten, auf denen Stein- oder Braunkohle, diese

schädlichsten aller fossilen Brennstoffe, von den Bergwerken zu den Kraftwerken im Zentrum der deutschen Industrie transportiert werden. Dort befördern die Schornsteine zweierlei: endlose CO₂-haltige Abgasschwaden und ordentliche Profite für die Besitzer. Dem war nicht mehr so, als die Aktivist*innen die Gleise besetzten und so mit ihren Körpern den Kohletransport verhinderten, um dadurch den Druck auf Angela Merkel, Macrons Vorgängerin als Schutzpatronin kapitalistischer Umweltpolitik, zu erhöhen, die Bergwerke ein für allemal zu schließen.

Als basisorganisierte Initiative hat „Ende Gelände“ ohne polizeiliche Genehmigung und in weißen Overalls statt in gelben Westen zwar nicht solche Massen mobilisiert und auch nicht den Aufstand so weit vorangetrieben wie die Gelbwesten, aber dies ist nur ein Grund mehr, von diesen zu lernen. Im Zentrum von Paris konnte man umgekehrt unter den Losungen bei den Protesten als Graffiti auf den Mauern auch die folgende lesen: Die Klimakrise ist ein Krieg gegen die Armen. Dabei könnte man sich wünschen, dass unter den Gelbwesten mehr Umweltaktivist*innen offensiv vertreten wären. Das genau ist dringend geboten – ein Zusammengehen der bestehenden Kämpfe.

Ungeachtet des Ausgangs lässt sich bereits eine Lektion aus der Gelbwestenbewegung ziehen: Wenn mehr Völker als nur das französische eine solche Protestkultur hätten und zu kämpfen verstünden, dann würden wir heute nicht auf einem so fürchterlich heißen Planeten leben.

■ *Übersetzung: MiWe*

■ **Andreas Malm** ist Mitglied in der schwedischen Sektion der IV. Internationale und Dozent für Humanökologie an der südschwedischen Universität Lund.

1 ESSF (article 47100), France – Yellow vests: Macron's fuel tax was no solution to climate chaos.

EIN SCHELM, WER BÖSES DABEI DENKT

Ausgerechnet die polnische Regierung hat sich zum Auftakt des Klimagipfels in Kattowitz zum Fürsprecher des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in Sachen sozial gerechter Energiewende aufgeschwungen. Was steckt hinter diesem Manöver?

■ **Daniel Tanuro**

Wie breit in der Presse berichtet, hat die polnische Regierung gleich zu Beginn des Klimagipfels eine Resolution zur Verabschiedung vorgelegt, in der es um den „gerechten Übergang“ beim Klimaschutz geht. „Andrzej Duda legte großen Wert darauf, dass ein sozialer Konsens die Vorbedingung für das Gelingen jeder Umweltpolitik ist“, berichtet *Le Monde*. Unter Bezug auf die Demonstrationen der französischen Gelbwesten rät er Macron, „sich auf die Erklärung einer gerechten Energiewende zu berufen, um auf diesem Wege eine Ausgewogenheit zwischen sauberer (also CO₂-armer) Wirtschaft, neuen Arbeitsplätzen und Lebensqualität herzustellen“.

Dass dieser Vorstoß von polnischer Seite nackte Heuchelei ist, steht außer Zweifel. Polens Präsidenten Duda, ein ausgewiesener Leugner des Klimawandels und neoliberaler Nationalist, geht es dabei nur darum, in demagogischer Absicht die Sorge der Arbeiter*innen und ihrer Gewerkschaftsorganisationen auszuschlachten. Sein eigentliches Ziel liegt auf der Hand, nämlich die Reduktion der Treibhausgasemissionen, die ihm auferlegt werden könnte, maximal zu bremsen und die Energie- und namentlich Bergbaukonzerne zu schonen. Immerhin stammen 80 % der Elektrizität in Polen aus der Kohleverbrennung.

Was die Presse jedoch verschweigt und was zugleich den wirklichen – nämlich geringen – Eigenwert dieser „Schlesischen Erklärung zu solidarischer und gerechter

Energiewende“ zeigt, ist, dass die Initiative dazu gar nicht von den polnischen Behörden ausgegangen ist, sondern von der Führung des IGB. Dessen Generalsekretärin Sharan Burrow äußert sich in dem vom IGB im November 2018 hierzu veröffentlichten Dokument „Wichtige Forderungen der Gewerkschaften an die COP24“ dazu schwarz auf weiß: „Die Regierungen können ihr Engagement zu erkennen geben, wenn sie die schlesische Erklärung über die solidarische und gerechte Energiewende unterzeichnen. Die weltweite Gewerkschaftsbewegung hat einen Text vorgelegt und die polnische Regierung hat sich dieser Initiative angeschlossen.“

Warum dieses Manöver und warum wendet sich der IGB ausgerechnet an die polnische Regierung, eine ausgewiesene Verächterin der Arbeiter*innen und der Umwelt, um ihre Vorstellungen von einer „gerechten Energiewende“ zu vertreten? Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es eines Rückblicks auf den IGB-Kongress 2010 in Vancouver und der dort verabschiedeten Erklärung zu diesem Thema.

Als „gerechte Energiewende“ wird dort nämlich nicht bloß begriffen, dass die Arbeiter*innen nicht die Kosten für den ökologischen Umbau tragen dürfen, sondern sie bedingt auch, dass dieser Umbau „nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gefährdet und die Staatshaushalte nicht überfordert“ (Art. 5). Die neoliberale Orientie-

zung dieses Dokuments liegt also auf der Hand und bei der Respektierung der Wettbewerbsfähigkeit wird noch nicht einmal eine Einschränkung hinsichtlich der fossilen Energien gemacht, die Klimakiller Nr. 1 sind.

Unter dem Deckmäntelchen der „gerechten Energiewende“ und der angeblichen Sorge um die Umwelt betreibt die IGB-Führung in Wahrheit eine Politik der Klassenkollektoralaboration. Ihr Hauptanliegen ist, die eigenen bürokratischen Apparate zu schützen und deren Rolle als Vermittler zwischen Bossen und Lohnabhängigen zu wahren. Man begreift also, warum der IGB mal aufs Gas, mal auf die Bremse tritt, wenn es um die Energiewende geht. Aber schauen wir uns dies einmal näher an.

Seit Vancouver sieht sich die IGB-Führung ganz allgemein dem ominösen Ziel eines „grünen Kapitalismus“ verpflichtet, der angeblich dazu in der Lage ist, Millionen von sauberen und angemessen bezahlten Arbeitsplätzen zu schaffen. Dafür arbeitet sie namentlich mit der Internationalen Unternehmerorganisation im Rahmen der „Green Job Initiative“ (unter der Ägide der UN) zusammen, deren Berichte ellenlang erklären, dass die „gerechte Energiewende“ hin zu einer „nachhaltigen Entwicklung“ eine harmonische Gesellschaft hervorbringen werde, in der sich die Lohnabhängigen unter Wahrung der Gleichheit zwischen den Geschlechtern frei entfalten können. Da muss man nicht breit erklären, dass derlei wirklichkeitsfremde Papiere komplett über die gnadenlose Offensive hinwegsehen, die die Kapitalisten – egal ob grün oder nicht – gegen die Arbeiterklasse betreiben.

Die Generalsekretärin des IGB verkörpert derlei Politik, denn sie ist Mitglied der Weltkommission für Wirtschaft und Klima, ein äußerst einflussreicher und von Nicholas Stern gegründeter Thinktank des „grünen Kapitalismus“. Da ihr das strategische Interesse, die IGB-Strukturen eng einzubinden, bewusst ist, hat die Weltkommission das Konzept der „gerechten Energiewende“ aufgegriffen, das der IGB stolz vor sich her trägt. Das ist noch nicht alles: Im Januar 2018 war Burrow unter den sieben Frauen, die in den Vorsitz des Wirtschaftsgipfels in Davos gewählt worden sind und dessen Abschlusserklärung sie mit redigiert hat. An ihrer Seite: die IWF-Vorsitzende Christine Lagarde, die IBM-Präsidentin Ginni Rometti, die Chefin von Engie (vormals GDF) Isabelle Kocher etc. Lauter Vertreterinnen der illustren neoliberalen Geschäftswelt, weit weg von der Arbeiterklasse!

Bis dahin lief alles gut in der besten aller kapitalistischen Welten. Probleme gab es erst, als gewisse Politiker die „Klimaziele nach oben anpassen“ wollten, damit die

Emissionsminderungen mit dem 1,5-Grad-Ziel vereinbar wären. So ein Vorsatz kann der Geschäftswelt nicht gefallen, am allerwenigsten den schmutzigen Kapitalisten, aber auch nicht den grünen. Die halten sich lieber an Nicholas Stern, der in seinem berühmten Bericht über die Kosten des Klimawandels von 2006 geschrieben hatte: „Man darf nicht zu weit vorgehen und nicht zu schnell.“

Dies haben auch die Unternehmer, besonders die der Automobilindustrie, kürzlich der Politik zu verstehen gegeben, als im EU-Parlament über die Ziele für 2030 abgestimmt wurde. Und auf diskretere Weise lassen sie dies auch die Gewerkschaftsführungen wissen, und zwar täglich. Nach dem Motto: „Sagt euren Freunden in der Politik, nicht zu weit und nicht zu schnell vorgehen in der Klimapolitik, sonst schadet dies den Arbeitsplätzen“.

So hat die IGB-Führung auch geschwind nach ihrer Rückkehr aus Davos Einkehr gehalten und sich dann dem Nationalpopulisten, Klimawandelleugner und Trump-Spezl Duda zugewandt, dessen Regierung Neonazi-Auftritte duldet, um ihn zu bitten, sich auf dem Klimagipfel für eine „gerechte Energiewende“ einzusetzen.

Angesichts dieser Farce kann es nicht verwundern, dass die Gewerkschaftsbewegung in der Krise steckt und ihre Mitglieder ratlos sind. Die Lohnabhängigen haben etwas Besseres verdient, nämlich eine ökosozialistische Organisation, die zugleich gegen soziale und ökologische Verheerungen kämpft.

■ *Übersetzung: MiWe*

Nachbemerkung des Übersetzers: Nichts ist so schlimm, dass es nicht noch schlimmer kommen könnte, wobei in diesem Fall die klerikal-reaktionäre Gewerkschaft Solidarnosc die Hauptrolle spielt. Sie unterzeichnete ein gemeinsames Abkommen mit dem Heartland Institute, einer rechtsradikalen Denkfabrik zur Klimaleugnung, die von der Tabak- und Erdölindustrie gesponsert wird. Darin heißt es: „Die Schlesische Solidarnosc-Gruppe, das Sekretariat von Bergbau und Energie von Solidarnosc und das Heartland Institute verleihen ihrem Skeptizismus Ausdruck hinsichtlich der Erklärung des Weltklimarates, wonach die Welt am Rande einer Klimakatastrophe stehe. Solidarnosc und das Heartland Institute betonen gemeinsam, dass es keinen wissenschaftlichen Konsens gibt hinsichtlich der Hauptgründe und der Folgen des Klimawandels“ (zitiert nach einer Übersetzung des EIKE-Instituts, dem hiesigen Pendant der Klimaleugnerszene).

COP24 – EIN TRAUERSPIEL

Dass der Deutsche Industrie- und Handelskammertag die Ergebnisse von Kattowitz als „gute Nachricht für die deutsche Wirtschaft“ begrüßt und die Ergebnisse als „solide und fair“ bezeichnet, sagt eigentlich genug über den Wert der dort getroffenen Vereinbarungen.

■ **Daniel Tanuro**

Die 24. Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP24) ist im polnischen Kattowitz zu Ende gegangen. Statt an den kürzlich vorgelegten Sonderbericht des Weltklimarates anzuknüpfen und die dringendsten erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimaerwärmung unterhalb der 1,5 °C-Grenze gegenüber dem 18. Jahrhundert zu halten, hat es die Konferenz mit Ach und Krach geschafft, die Regeln festzulegen, nach denen die einzelnen Staaten ihre Treibhausgasemissionen ab 2020 erfassen sollen. Der Weltklimarat soll weiter seine wertvollen Studien betreiben, die „Verschärfung der Zielvorgaben“ wird auf später vertagt und die „Entwicklungsländer“ sollen sich mit vagen Versprechungen zu dem Grünen Klimafonds zufriedengeben.

Von wegen Notfall

Der Pariser Gipfel (COP21) hatte als Ziel vorgegeben, „die Erderwärmung gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter auf weit unter zwei Grad Celsius zu begrenzen und sich weiterhin darum zu bemühen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.“ Infolge dieser Entscheidung war der Weltklimarat (IPCC, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) beauftragt worden, einen Sonderbericht über das 1,5-Grad-Ziel vorzulegen. Dieser im Oktober 2018 veröffentlichte Bericht kam insbesondere zu dem Ergebnis, dass der Menschheit noch höchstens zwölf Jahre blieben, um einer gewaltigen Katastrophe zu entgehen. Daher seien tiefgreifende Veränderungen in

allen gesellschaftlichen Bereichen erforderlich, um die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 % zu reduzieren und sie bis 2050 gänzlich zu stoppen.

In Kattowitz haben die USA mit der Unterstützung Russlands, Saudi-Arabiens und Kuwaits alles darangesetzt, um zu verhindern, dass die übrigen Regierungen dem Alarmruf der Wissenschaftler*innen Rechnung tragen. Tatsächlich konnten sie sich damit durchsetzen, denn die Konferenz hat sich am Ende damit beschieden, dem Weltklimarat für das rechtzeitige Vorliegen des Berichts zu danken [statt diesen zu begrüßen]. Die achtseitige Abschlusserklärung geht nicht einmal im Mindesten auf die absolute Dringlichkeit der Maßnahmen ein, die der IPCC überzeugend dargelegt hat. Obwohl die Klimaschutz-Zusagen der Länder (Intended Nationally Determined Contributions, INDC) eine katastrophale Erwärmung von 2,7 bis 3,7 °C erwarten lassen, hat kein Staat Maßnahmen ergriffen, seine Verpflichtungen zu intensivieren. Es wird sich zeigen, wie die Kluft zwischen den wortreichen Versprechungen in Paris und den tatsächlichen Maßnahmen der Regierungen überwunden werden kann, wenn sie denn überhaupt überwunden wird.

Zur besonderen Verantwortung der Industrieländer

Der Ausgang des Klimagipfels ist nicht nur deswegen empörend, weil er die Warnungen des IPCC ignoriert. Die Klimarahmenkonvention von Rio 1992 (United Nations Framework Convention on Climate Change,

UNFCCC) schreibt fest, dass die Erderwärmung auf einer „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“ beruht. Daraus ergeben sich dann auch unterschiedlich starke Verpflichtungen, da die „Industrieländer“ die historisch Hauptverantwortlichen für die Erwärmung sind. Diese für die Länder des globalen Südens essentielle Klausel geht den reichen Ländern und besonders den USA schon seit Beginn der Verhandlungen gegen den Strich. Insofern markiert die COP24 unter dem vorgeschobenen Argument, die Emissionen müssten nach einem einheitlichen Standard erfasst werden, einen qualitativ neuen Sprung in dem fortwährenden Bemühen, diese Klausel in Vergessenheit geraten zu lassen.

Denn in Kattowitz wurde entschieden, dass die CO₂-Emissionen eines reichen Landes – das problemlos ohne Verzögerung mit der Stromerzeugung aus der Kohleverbrennung aufhören könnte – gleichbehandelt werden müssen wie die eines armen Landes, das weder über die finanziellen noch technologischen Mittel verfügt, umweltfreundliche Alternativen zu entwickeln. Diese Gleichsetzung wäre sicherlich gerechtfertigt, wenn die Industrieländer den Ländern des Südens bei der Energiewende eine tatsächliche, substantielle, bedingungslose und der historischen Verantwortung gemäße Unterstützung leisten würden. Aber dies ist nicht der Fall. Die jährlich 100 Milliarden des „Grünen Klimafonds“, die für die Zeit ab 2020 versprochen worden sind – und die an sich schon nicht ausreichen, die Wende und die Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel zu finanzieren – stehen überwiegend bloß auf dem Papier. Denn die reichen Länder stellen sich taub, wenn die ärmsten eine Entschädigung fordern für die Verluste und Schäden, die bei ihnen durch immer heftigere Wirbelstürme und andere Extremwetterereignisse angerichtet werden.

Diese Zyniker, vorneweg Donald Trump, bestreiten, dass es einen anthropogenen Klimawandel gibt, obwohl sie die Hauptverantwortlichen dafür sind, und schrecken andererseits nicht davor zurück, dringliche Klimaschutzmaßnahmen gegen die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit auszuspielen. Soziale Gerechtigkeit muss nicht nur zwischen den Ländern des Südens und des Nordens herrschen, sondern auch zwischen den Armen und Reichen in beiden Regionen. Die Gelbwestenbewegung zeigt eindeutig, dass die Klimakrise nicht durch eine neoliberale Politik gelöst werden kann, die einerseits die Reichen im Namen der „Wettbewerbsfähigkeit“ mit Geschenken ausstattet und andererseits die Armen im Namen des „Umweltschutzes“ mit Steuern straft. Aber

genau diese heuchlerische und ungerechte Politik wollen die Regierungen im Namen der Klimarettung noch auf die Spitze treiben, indem sie die CO₂-Emissionen weltweit bepreisen – vorerst noch auf einen der nächsten Klimagipfel verschoben – und neue „Marktmechanismen“ installieren, um Ökosysteme mithilfe tauschfähiger Emissionsrechte zur beliebigen Ware zu degradieren.

An einem Wachstum um den Preis der Klimakatastrophe ...

In der Bewertung über den Ausgang des Klimagipfels sind sich die meisten Beobachter*innen darüber uneins, ob das Glas halbvoll oder halbleer ist. Beklagt wird die langsame Umsetzung des „an sich guten“ Pariser Abkommens. Diese Zögerlichkeit liegt aber nicht nur daran, dass die Konferenz durch das Gastgeberland Polen schlecht geführt worden ist, weil dieses von den Interessen der Bergbauindustrie gesteuert wird (die polnischen Kohlekonzerne traten als Sponsoren der COP24 auf) oder weil der Bösewicht Trump sich vom Multilateralismus als Gestaltungsmodell der Weltpolitik verabschiedet hat. Die Zögerlichkeit rührt vielmehr daher, dass die Klimafrage nicht gelöst werden kann, ohne mit der Wachstumslogik des Kapitalismus zu brechen. Insofern muss man sich vielmehr mit dem beschäftigen, was auf der COP21 ungesagt geblieben ist, um die Schattenseiten dieses „an sich guten“ Pariser Abkommens zu erkennen.

Klimarettung setzt voraus, die Wachstumslogik zu durchbrechen. Vereinfacht geht es darum, weniger zu produzieren und mehr zu teilen, wozu der Kapitalismus absolut nicht in der Lage ist. Mit anderen Worten besteht ein tiefgreifender Widerspruch zwischen der Lösung der Klimafrage und der kapitalistischen Akkumulationslogik. Seit einem Vierteljahrhundert drehen sich die Klimakonferenzen um dieses zentrale Dilemma: Wachstum oder Klima? Jesus oder Barabbas? Das Pariser Abkommen hatte – dem Anschein nach – eine Lösung dafür gefunden, aber letztlich war dies bloß eine Absichtserklärung, ein Taschenspielertrick also. Denn hinter den Kulissen lag dem „guten Abkommen“ ein ebenso wahnsinniges wie kriminelles kapitalistisches Projekt zugrunde: die Gefahrenschwelle der Erderwärmung sollte „zeitweise“ überschritten werden dürfen. Barabbas kommt frei, Jesus wird geopfert und Pontius Pilatus wäscht seine Hände in Unschuld.

... ändern auch die Zauberlehrlinge nichts

Folgende Idee wird dabei verfolgt: Die 1,5-Grad-Schwelle wird 2030/2040 überschritten sein – profitgetriebenes

Wachstum geht schließlich vor! – aber durch „negative Emissionstechnologien“ und Geo-Engineering kann das Klima in der zweiten Jahrhunderthälfte wieder abgekühlt werden. Die Menschheit kann also beruhigt schlafen, alles ist unter Kontrolle! War dieses Szenario im Pariser nur indirekt enthalten, so ist es jetzt in den wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die den Verhandlungsführer*innen in Sachen Klima als Grundlage dienen, einschließlich der Publikationen des Weltklimarates ganz explizit beinhaltet.

Dieses Ziel der „zeitweisen Überschreitung“ entspricht den Künsten eines Zauberlehrlings, denn erstens sind die infrage kommenden Technologien hypothetisch und obendrein ökologisch *und* sozial gefährlich und zweitens könnten in dem betreffenden Intervall irreversible Katastrophen auftreten, etwa ein Abschmelzen der Polkappen, das zu einem Anstieg der Meeresspiegel um mehrere Meter führt. Aber die Zauberlehrlinge finden das Gehör der Herrschenden, da man mit ihrer „Lösung“ das Dilemma der Wachstumslogik scheinbar auf spätere Zeit aufschieben könnte. Die fossilen Energiekonzerne und die kreditgebenden Banken hätten somit die erforderliche Zeit für die Amortisation ihrer enormen Investitionen in Kohle, Erdöl und Gas. Faktisch also diktiert die Allianz aus diesen Energiekonzernen und der Hochfinanz Rhythmus und Formen der Energiewende.

In ihrer vollständigen Hörigkeit gegenüber der Logik des Profits und der Wettbewerbsfähigkeit (zwischen den Konzernen, aber auch zwischen den Staaten, die „ihre“ jeweiligen Konzerne schützen) erwarten die Verhandlungsführer*innen, dass man bloß daran glaubt, dass der Gott der Technologie ihrer Marktwirtschaft und ihrer logischen Konsequenz, dem endlosen Wachstum, zu Hilfe kommen wird. Deswegen lässt sie die stattfindende Katastrophe gleichgültig und deswegen glauben sie – oder wollen vielmehr uns glauben machen – voller Freude oder gar Aufrichtigkeit, dass sie in Kattowitz wieder einmal mehr ein „historisches Ergebnis“ erzielt hätten. Inmitten der Katastrophe spielt man weiter Komödie.

Keine Klimagerechtigkeit ohne soziale Gerechtigkeit

Nach diesem Klimagipfel sollte uns eine Sache absolut klar sein, nämlich dass wir nichts, aber rein gar nichts von den Regierungen, den Vereinten Nationen, dem „Dialog von Talanoa“, der „High Ambition Coalition“ etc. zu erwarten haben. Wir müssen uns vielmehr radikal von jeder Illusion verabschieden, dass man all diese für das Chaos Verantwortlichen, wer immer sie auch seien, davon überzeugen

könne, sie sollten doch „die Vorreiterrolle übernehmen“ und „die selbst gesteckten Ziele hochsetzen“, indem sie einen „gerechten Strukturwandel“ hin zu einer „nachhaltigen Entwicklung“ einleiten etc. pp. Das interessiert sie einen feuchten Kehrriech. Dieses ganze Geschwätz und dieses ganze Schauspiel verfolgen bloß einen Zweck: die betroffenen Menschen einzuschläfern, sie am Nachdenken zu hindern und ihre Organisationen zu lähmen. Dies ist die Strategie der Spinne: zusammenzuarbeiten, heißt, sich freiwillig in ihre Fänge zu begeben.

In Belgien wurde überdeutlich, in welche Sackgasse eine solche Kollaboration der Umweltorganisationen und der sympathisierenden Gewerkschaftsverbände führt. Anfang Dezember demonstrierten in Brüssel 75 000 Menschen für den Klimaschutz und die „Klimakoalition“ und „Climate espress“ baten die rechte Regierung, bei den Verhandlungen nicht umzufallen. Greenpeace flehte gar den König an, die Politiker*innen von der Dringlichkeit der Klimakrise zu überzeugen. Natürlich hatten sie alle keinen Erfolg damit. Liegt es denn nicht auf der Hand, dass so ein Vorgehen in die Sackgasse führt? Wenn alle irdischen Mittel ausgeschöpft sind, bleibt bloß noch der Beistand von oben ...

In eine ganz ähnliche Sackgasse sind die Gewerkschaftsführungen Ende 2014 hineingerannt, als sie die Protestaktionen ihrer Basis unterbrachen, „um der konzertierten Aktion eine Chance zu geben“. Wie es dann gekommen ist, weiß man: Die Rechtsregierung hat die Initiative zurückerlangt und zahlreiche sozialen Errungen nacheinander abgeschafft.

Ob es um soziale oder Umweltbelange geht, so ist die Schlussfolgerung immer dieselbe: Die Herrschenden verstehen nur eine Sprache und das ist die der Stärke. Daher muss ein entsprechendes Kräfteverhältnis aufgebaut werden und dafür gibt es nur ein Mittel: den Schulterchluss zwischen der Umweltbewegung und den sozialen Protestbewegungen auf der Basis einer antikapitalistischen Perspektive.

■ Übersetzung: MiWe



ZUR LAGE IN BRASILIEN

Unter dem Titel „Den Widerstand in Brasilien und internationale Solidarität gegen die Regierung des neofaschistischen Bolsonaro organisieren“ hat die IV. Internationale die hier ins Deutsche übersetzte die folgende Resolution verfasst.

Alle Solidarität mit den Arbeiter*innen, Schwarzen, Frauen, Jugendlichen, Einheimischen, Bauern, Landlosen und Obdachlosen, der LGBTI-Gemeinschaft, Lehrer*innen, Professor*innen, Wissenschaftler*innen und Künstler*innen, denen die Angriffe der „ultra“-neoliberalen, konservativen und autoritären Politik des neuen Amtsinhabers im Präsidentenpalast gelten werden. Mit dieser politischen Ultra-Rechtswende im größten lateinamerikanischen Land sind die sozialen und demokratischen Errungenschaften der letzten zwei Jahrzehnte in Lateinamerika mehr denn je gefährdet. Die Situation erfordert eine breite Mobilisierung aller politischen und sozialen Kräfte in der Welt, die sich für Demokratie, den Kampf für die Umwelt, gegen Unterdrückung und Ungleichheit aller Art einsetzen.

Das Endergebnis der Präsidentschaftswahlen in Brasilien von Oktober 2018 katapultierte den Abgeordneten und ehemaligen Armeehauptmann Jair Messias Bolsonaro an die Macht. Bis vor knapp einem Jahr galt er als Außenseiter im Wettstreit um das Amt und blieb in den Umfragen unter 10 %, obwohl er 28 Jahre im Parlament war. Tatsächlich war der nun gewählte Präsident Brasiliens mit seiner Haltung der unverhohlenen Verteidigung der Militärdiktatur (1964–1985) und der Folter, seiner vehementen Verteidigung der „Todesschuss“-Gangster und der Masseninhaftierungen als Lösung für städtische Gewalt, seiner plumpen fanatischen Ablehnung von Feministinnen und Frauen im Allgemeinen, seinem massiven Vorurteil gegen Schwule, Lesben, Transsexuelle und alle Marginalisierten sowie seiner Geringschätzung für grundlegendes Sozial-, Umwelt- und Arbeitsrecht sowie Verhaltensnormen eine fast schon folkloristische Figur.

Aber diese ultrarechte Persönlichkeit, die von der Viehzuchtindustrie, einem Teil des Finanzsystems, dem Großteil der evangelikalischen Neopfingstler, der Mehrheit der reichen städtischen Mittelschicht und großen Teilen der einfachen Bevölkerung unterstützt wurde, wird am 1. Januar 2019 als 38. Präsident der Föderativen Republik Brasilien sein Amt antreten. Mit 55 % der Stimmen kam Bolsonaro nach dem polarisierendsten und gewalttätigsten Wahlkampf in der Geschichte jenes politischen Systems, das 1985 mit dem Ende der letzten Militärdiktatur begann, der sogenannten Neuen Republik, an die Macht. Es war auch die am massivsten durch manipulierte Nachrichten in den sozialen Medien geprägte Wahl in Brasilien, in die sich höchstwahrscheinlich Persönlichkeiten und ausländische Unternehmen einmischten.

Es waren keine Wahlen wie sonst. Das Umfeld vor den Wahlen stand bereits im Zeichen eines politischen Attentats und der Verfolgung einer Person, die in den Umfragen ganz vorne war. Es war ein weiteres erschreckendes Kapitel im Thriller des institutionellen Putsches von 2016, der die PT-Regierung stürzte. Die Morde vom 14. März an Marielle Franco, einer feministischen, schwarzen Stadträtin von Rio und LGBT-Aktivistin der PSOL, und dem Fahrer Anderson Gomes sind noch immer nicht aufgeklärt. Es ist eine makabre Botschaft der reaktionärsten Kräfte an alle Schwarzen, alle Favela-Aktivist*innen, alle Feministinnen, alle LGBTs, in einer beispiellosen institutionellen Form. Die Verfolgung, betrieben von den Obersten Richtern, den traditionellen Parteien und dem Kongress sowie von bolsonearistischen Basisgruppen (die im Süden des Landes sogar einen Konvoi des ehemaligen Präsidenten beschos-

sen), galt Lula, dem PT-Führer. Mit der am 7. April nach einem höchst fragwürdigen Prozess erfolgten Verhaftung Lulas wurde der Putsch konsolidiert.

Anfang September wurde Bolsonaro auf Wahlkampf-tournee in der Stadt Juiz de Fora (Minas Gerais) von einem Einzelgänger mit einem Messer angegriffen. Er musste dreimal operiert werden, schwebte in Lebensgefahr, was ihm die Aura eines überlebenden Helden gab und dennoch den notwendigen Vorwand bot, Debatten zu vermeiden, die – wie sich bereits gezeigt hatte – für ihn schwierig sind. Die Polarisierung hat seit dieser Episode ein in Brasilien unbekanntes Niveau erreicht.

Die ersten Umfragen für den zweiten Wahlgang deuteten auf einen überwältigenden Sieg des kandidierenden Hauptmanns hin. Letzten Endes fiel er weniger spektakulär aus, weil sein Sieg im ersten Durchgang die Mehrheit der linken und demokratischen Kräfte sowohl zur Einheit als auch zur Mobilisierung zwang. An den Einheitsaktionen beteiligten sich Millionen von Aktivist*innen, viele Menschen, die zum ersten Mal „für einen anderen Wahlausgang“ auf die Straße gingen. Einen Auftrieb erhielt die Mobilisierung für Haddad in den letzten zwei Oktoberwochen, als die Zeitung *Folha de S. Paulo* enthüllte, dass Bolsonaro mit illegalen Geschäftsfinanzierungen gefälschte WhatsApp-Nachrichten gekauft hatte – eine Praxis, die derjenigen ähnelt, die Donald Trump bereits 2016 bei Facebook genutzt hat. Viele Bolsonaro-Wähler entschieden sich, nicht abzustimmen oder ihre Stimme zurückzuziehen. Aber die faschistische Kampagne flaute nicht ab: Der Kandidat reagierte in einer Rede auf der Avenida Paulista und versprach, „die Roten“ und die größte Zeitung des Landes von der Karte zu löschen. Das politische Klima war geprägt von körperlicher Aggression gegen Pro-Haddad-Aktivist*innen, Vergewaltigung und sogar der Ermordung eines Capoeira-Meisters in Salvador (Bundesstaat Bahia im Nordosten Brasiliens).

Dennoch gewann Bolsonaro schließlich mit einem erheblichen Vorsprung von 10 Millionen Stimmen auf Haddad (55 % bis 45 %), siegte in den meisten Bundesstaaten mit Ausnahme des Nordostens und Pará (Amazonas). Im Abgeordnetenhaus konnte die PT jedoch eine Mehrheit halten (56 Abgeordnete gegen 52 für die PSL von Bolsonaro) und mit ihren Verbündeten blieb sie im gesamten Nordosten in den Regierungen. Gleichzeitig eroberte die extreme Rechte mit Rio, São Paulo und Minas Gerais die Regierungsgewalt über den reichen, strategisch bedeutenden Südosten. Der harte Kern von Bolsonaros reaktionärer

Koalition kam auf 90 Abgeordnete, sein weiteres Bündnis auf über 200 der insgesamt 534 Sitze.

Wie wurde Bolsonaro möglich?

Um den Aufstieg von Jair Bolsonaro zu verstehen, muss man einige Jahre zurückblenden und die wichtigsten Merkmale und Ereignisse in Erinnerung rufen, die die 13 Jahre der durch den institutionellen Putsch von 2016 gestürzten PT-Regierungen geprägt haben.

In der Bundesregierung profitierte die PT zwischen 2003 und 2013 vom globalen Boom bei den Rohstoffexporten. Auch wenn diese exportorientierte Politik die Deindustrialisierung des Landes weiter vorantrieb, erlaubte sie den Regierungen unter Lula (2003–2010) und der ersten Regierung unter Dilma (2011–2014), dem Finanzkapital und der Agrarwirtschaft außerordentliche Gewinne zu sichern und große kapitalistische Gruppen in den Bereichen Bauwesen, Bergbau, Telekommunikation und Fleischproduktion mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren.

Dennoch förderten die PT-Regierungen in begrenztem Maß auch eine Politik der Umverteilung – mit spürbaren Auswirkungen auf die am stärksten gefährdeten städtischen und ländlichen Bevölkerungsgruppen. Sie hoben den Mindestlohn über den Inflationsausgleich hinaus an, führten das Programm Bolsa Família ein (monatliche Zahlung an Familien unterhalb der Armutsgrenze, sofern die Kinder die Schule besuchen), setzten zahlreiche Maßnahmen der positiven Diskriminierung um (Quoten für arme, schwarze und indigene Student*innen an Universitäten und Fachschulen), errichteten neue öffentliche Universitäten und Schulen und vergaben Stipendien für private Universitäten. Diese Maßnahmen, gepaart mit einer ausgedehnten Förderung des Binnenkonsums durch vereinfachte Geldbeschaffung bei staatlichen Banken, ermöglichten es einem breiten Spektrum von Lohnabhängigen, ein Haus zu kaufen und zum ersten Mal in ihrem Leben in den Massenkonsummarkt einzusteigen.

Dennoch begann das Ansehen der PT bereits ab 2005 mit dem Skandal um den Stimmenkauf im Parlament durch die Regierung Lula („mensalão“) zu sinken. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Partei, die längst jeden Klassendiskurs aufgegeben hatte, keine Maßnahmen und keine Politik ergreifen würde, um die Beteiligung der Bevölkerung und aktiver Bürger*innen am öffentlichen Leben zu fördern. Um die Regierungsfähigkeit der Koalitionsregierung zu gewährleisten, machte die PT stattdessen große Zugeständnisse, um im Kongress Gruppen evangelikaler Kirchen wie die „Universalkirche

des Reiches Gottes“ und Sektoren der Assembly of God (die 2018 für den Sieg von Bolsonaro entscheidend sein würden) als Basis zu halten.

Diese Zugeständnisse an Landbewohner*innen, Pfingstgemeinden und an die „Kugel-Gruppe“ (Polizisten und Vertreter von Waffenherstellern) führten dazu, dass die PT nichts unternahm, um feministische Richtlinien wie z. B. zur Entkriminalisierung und Legalisierung von Abtreibungen voranzutreiben; dass sie die Abgrenzungen von indigenen Ländern lähmte und große Infrastrukturprojekte sowie Großereignisse beschloss, die zur Vertreibung von Indígenas und Bewohner*innen von Flussregionen von ihrem Land führten. Die PT unternahm nichts, um in der Diskussion über eine tiefgreifende Reform des Justiz-, Polizei- und Gefängnisystems oder eine Beendigung des Drogenkriegs, der Masseninhaftierung und des Völkermords an Schwarzen (insbesondere der Jugend der Favelas) vorwärtszukommen.

2013 ging dann unter Dilma der politisch-ideologische Niedergang der PT mit Ausbrüchen sozialer Unzufriedenheit einher. Inmitten der gigantischen Demonstrationen für Bildung, Gesundheit und besseren städtischen Nahverkehr gingen rechte Gruppen auf die Straße, um mit der Linken zu kämpfen und die Bewegung umzulenken auf Proteste gegen die Korruption, gegen alle politischen Parteien und insbesondere gegen die PT. Entgegen der PT-Darstellung war der Juni 2013 beileibe kein reaktionärer Aufstand. Zweifellos zeigte er einem Teil der Elite aber, dass sich die PT nicht mehr als so nützlich erwies wie bisher, um die Massen „passiv“ zu halten. Dieses Mal setzten die Rechten und die Ultrarechten auf die entscheidende Unterstützung der Mainstream-Medien im politischen und ideologischen Kampf für die Massenmobilisierungen, die wir 2015 und 2016 erlebt haben.

Die Rolle des Lava-Jato-Skandals und der wirtschaftlichen Stagnation

Die politische und soziale Unzufriedenheit mit der Regierung verschärfte sich im Zuge der langen wirtschaftlichen Stagnation, die ab 2014 zu einem Einkommensrückgang für die Sektoren führte, die Lulas Anhängerschaft bildeten, und einen Ausbruch von Gewalt in den Städten und auf dem Land hervorrief. Es war ein entscheidender Beitrag zu Dilmas tiefer Diskreditierung, dass sie in ihrem zweiten Präsidentschaftswahlkampf (August bis Oktober 2014) mit einem linken Programm antrat und dann in weniger als zwei Monaten ein Wirtschaftsprogramm umzusetzen begann, das all ihren Versprechen

zuwiderlief – mit einem Minister aus den Reihen ihrer Gegner, dem neoliberalen Joaquim Levy, der dann auch in Bolsonaros Regierung als Minister eingetreten ist.

Die Absetzbewegung von der PT beschleunigte sich durch den – gemessen an den involvierten Summen und dem Grad der Verwicklung des gesamten politischen Systems – größten Korruptionsskandal und seine Folgen für das Bewusstsein der Arbeiter*innen: den durch die Operation Lava Jato aufgedeckten Petrobras-Skandal. Dabei geht es um ein Geflecht aus Bestechungen in Millionenhöhe, in die praktisch alle Parteien der Republik verwickelt sind. Irgendwann zwischen Ende 2014 und Anfang 2015 (eher, als Dilma Levy entließ), als die Rechte Hunderttausende von „Gelb-Grünen“ – in den Landesfarben also – gegen „Korruption“ mobilisieren konnte, brachen wesentliche Sektoren des brasilianischen Kapitals mit der Unterstützung, die sie dem Klassenkooperationsprojekt der PT bislang geboten hatten, und schlossen sich der Verschwörung in Form des Putsches an.

Nach Dilmas Anklage zwischen April und September 2016 verlor die PT zunehmend Wähler*innen, Aktivist*innen und Mitglieder (als Antwort fiel ihr nichts anderes ein, als ihre Verfolgung zu beklagen), während die Rechten und Ultrarechten in der Gesellschaft Zulauf erhielten. Desolate Fraktionen der Bourgeoisie und ein großer, traditionell eher reaktionärer (rassistischer, frauenfeindlicher, homophober, sich vor den sozial fortschrittlichen Sitten der jüngeren Generationen fürchtender) Sektor der Bourgeoisie schlossen sich der extremen Rechten an.

Die Verfolgung der PT war real: Die Justiz und die Bundespolizei gingen selektiv vor. Die Amtsenthebung von Dilma war politisch und rechtlich nicht zu rechtfertigen. Lula wurde ohne eindeutige Beweise angeklagt und später ohne ein faires Verfahren verurteilt. Die putschenden Kräfte setzten in den Strafverfahren missbräuchlich Prozessabsprachen ein. Medien veröffentlichten die Anhörungen von Lula und Dilma ohne offizielle Genehmigung. Richter verhafteten ohne offensichtliche Notwendigkeit mehrere PT-Führer. Allerdings übte die Partei nie Selbstkritik an den „schlechten Taten“ (um den Ausdruck von Dilma zu verwenden) so vieler ihrer führenden Mitglieder. Die offizielle Ausrichtung der Führung bestand darin, einen Sieg von Haddad im Wahlkampf 2018 zu verhindern. Die PT-Leitung sah das Problem in einer Reihe von „Fehlern“ Einzelner – die zum großen Teil heute im Gefängnis sitzen. Kein Wort über die Regierungsführung der PT, die sich den Regeln des politischen

Systems so sehr angepasst hatte, dass die Partei von ihren Partnern aus der Oligarchie die schlechtesten Gewohnheiten übernahm.

So griff in weiten Teilen der brasilianischen Gesellschaft eine starke Ablehnung der PT um sich. In den mehr oder weniger verarmten Sektoren, die von den Lula-Jahren profitiert hatten, konnte sich diese negative Haltung nicht festigen. Unter den besser informierten und aktiveren Jugendlichen und linken Sektoren der Arbeiterklassen kam diese Infragestellung der PT vermutlich Ciro Gomes, Marina Silva und der PSOL zugute. Aber in weiten Teilen der reichen städtischen Mittelschicht, insbesondere in den besseren Schichten (und vor allem im Südosten und Süden) mündete diese Kritik dank Medien, Lava Jato und der rechten Parteien in einem blinden Hass auf die PT. Einem blinden Hass auf die Linke, auf Sozialpolitik, auf die Idee von Menschenrechten, die für alle gelten, auf die Idee der Solidarität mit den Enteigneten, die Vorstellung von der Zugehörigkeit zur Welt, zur Wissenschaft und zur Wahrheit. Ein Hass, der sich auf die Farbe Rot, auf Kuba, Venezuela, auf Feminismus, Homosexuelle, Trans und Umweltschutz und alles erstreckte, was jenseits des rein egozentrischen Individualismus liegt, der sich auf die Theologie des Wohlstands, den Glauben an den „Gott des freien Marktes“, an Chancen für alle und die Verachtung der anderen stützt.

Diese Kombination aus reaktionärer Ablehnung der PT und berechtigter Enttäuschung von Millionen von Arbeiter*innen über die Partei, die so viele Illusionen zerstört hatte, führte schließlich zur Wahl von Präsident Bolsonaro.

Bolsonaro war keine wirkliche Überraschung

Obwohl Michel Temer am Ende seiner Amtszeit ausgesprochen unbeliebt und nicht in der Lage war, die Wirtschaft aus der Stagnation herauszuführen, hat er die Grundlagen für das Kapital gelegt und der Wahl von Bolsonaro in die Hände gespielt. Das radikale Programm zur Einfrierung öffentlicher Investitionen und zur Aufhebung der Arbeitsrechte, das Temer, der unter Dilma Vizepräsident war, durchgeführt hat, verschärfte die Wirtschaftskrise. Die explosive Mischung aus dieser Krise und einer starken konservativen, patriarchalen und autoritären Sklavenbasis, die in dem Land, das weltweit als letztes die Sklaverei abgeschafft hat, stets latent vorhanden ist, gab einen fruchtbaren Nährboden für das Wachsen der extremen Rechten. Jedenfalls setzten die wichtigsten Sektoren der brasilianischen Bourgeoisie nicht auf Bolsonaro, sondern auf Geraldo Alckmin (PSDB von

São Paulo). Die Sektoren, die von Anfang an auf Bolsonaro gesetzt hatten, waren die Waffenindustrie, der Einzelhandel und die Mehrheit der Agrarindustrie.

Nicht vergessen werden darf auch, dass es einen regelrechten politisch-ideologischen Kreuzzug gegen die Korruption gab, betrieben von einer „heiligen Allianz“ aus Richtern und Staatsanwälten des Lava Jato, Mainstream-Medien und – wie inzwischen bekannt ist – einem großen Teil der Streitkräfte. Diese vierjährige Kampagne hatte einen entscheidenden Einfluss auf den Überdruß mit dem politischen System, den alten Parteien und den führenden Köpfen und auf die illusionäre Hoffnung der Öffentlichkeit in einen vermeintlich antisystemischen „Retter“ in der Person von Bolsonaro. Die traditionellen Regierungsparteien PSDB und MDB wurden als Vertreter des altmodischen Systems angesehen und mussten bei den Wahlen mit 34 bzw. 29 Abgeordneten eine Niederlage einstecken. Alckmin wäre nie gewählt worden.

Internationalisierte Medienmanipulation

Die erfolgreiche Manipulation von WhatsApp-Gruppen in Bolsonaros Wahlkampf ist Ausdruck einer gefährlichen Internationalisierung der brasilianischen Wahlen und kündigt einen weltweiten Trend an. Vermutlich fand eine internationale Kampagnenberatung durch Marketingfirmen statt, die mit Steve Bannon, dem Strategen von Trump, verbunden sind. Bannon beschäftigt sich mit der Organisation einer „Internationale“ des ultrarechten „Populismus“. Das hat die ausländische Einmischung in den brasilianischen Wahlprozess geprägt, wobei anzumerken ist, dass die Produktionszentren der digitalen Daten, die in diesem Überwachungskapitalismus auf die Wahlen Einfluss nehmen, im Normalfall in den USA angesiedelt sind – ein weiteres Zeichen für den Rückgang nationaler Souveränitäten.

Der rechtsextreme Kandidat surfte auf den hohen Wellen der Unzufriedenheit mit der korrupten, unbeliebten Regierung von Temer, mit der Rezession und der Erwerbslosigkeit, der traditionellen Politik und der PT, sodass es Bolsonaro gelang, sich ein „Anti-System“-Image zu geben. Sein Aufstieg passt daher perfekt zum Szenario der Unberechenbarkeit und der allgemeinen Unregierbarkeit, wie dies in „Capitalist Globalization, Imperialisms, Geopolitical Chaos and Its Implications“ beschrieben ist, einem Dokument, das auf dem letzten Kongress der Vierten Internationale verabschiedet wurde. Selbst ziemlich globalisierte brasilianische Kapitalektoren wie die Banken, die Versicherungen und die Agrarindustrie haben die „Vermittlung“ im Umgang mit dem demokratischen Regime und den unteren Klassen

völlig aufgegeben und sich für eine Alternative entschieden, die ihnen umfassendere Möglichkeiten bietet, ihre Überausbeutung und Plünderung fortzusetzen.

Zurzeit ist eine umfassende kapitalistische Umstrukturierung im Gang, bei der alle öffentlichen Mittel sowie alle Gemeingüter, Land, Energie und Wasser vom System genutzt werden sollen. Kein solches Projekt kann durchgesetzt werden, ohne dass die offene gesellschaftliche Diskussion beendet wird. Es ist derselbe Kontext, in dem rassistische, fremdenfeindliche und nationalistische Gruppen in den Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Indien zunehmen oder in Ungarn und auf den Philippinen an die Macht kommen. Die Schwierigkeiten, wieder Gewinnraten zu erzielen, wie dies bis 2007, also vor dem Finanz-Tsunami von 2007/08, der Fall war, veranlassen die weltweite Bourgeoisie zu Folgendem:

1 Verfolgung eines globalen Projekts zur fortschreitenden Entrechtung der Arbeiterklasse und der Menschen des „globalen Südens“, inklusive der (erneuten) Einforderung absoluter Rechte an dem, was eigentlich Gemeingut sein sollte: Land, Wasser (Grundwasser, Flüsse, Ozeane), Bodenschätze, Energiequellen.

2 Das erklärt auch die verstärkten Angriffe auf die nationale Souveränität und bürgerlich-demokratische Regierungsformen, gelten diese doch zunehmend als Hindernis bei der Umsetzung der neoliberalen, vom System und seinen internationalen Organisationen geforderten Projekte wie Strukturanpassungs- und Sparprogramme, Privatisierungen, Verschuldung und Zugriff auf Land und Güter.

3 Zumindest teilweise Verfolgung einer rechtsextremen Politik mit nationalistisch-protektionistischen Zügen in den Industrieländern und einer ultraliberalen Wirtschaft im globalen Süden. Typisch für diese Politik sind auch ein äußerst konservativer Diskurs in der Zollpolitik mit Strafzöllen, die Ablehnung von Menschenrechten und ein blutiger Krieg gegen illegalen Handel und Banditentum.

Turbulente Zeiten im Kampf um den Regimewechsel

Für die Ausgebeuteten und Unterdrückten in Brasilien zeichnen sich nicht nur düstere und schwierige, sondern auch sehr turbulente Zeiten ab.

Obwohl die Wahl einer neofaschistischen Regierung in Brasilien eine harte Niederlage für die sozialen und demokratischen Bewegungen in Lateinamerika und der Welt bedeutet, handelt es sich nicht um eine historische Niederlage. Der Sprung von den aktuellen reaktionären Verhältnissen zu einer offen konterrevolutionären Situation ist nicht erfolgt und wird unter Umständen auch nicht erfolgen: Das

hängt vom Resultat der noch zu führenden Auseinandersetzungen und Kämpfe ab. Die Radikalisierung der politischen Situation in Brasilien wird von der Entwicklung der Weltwirtschaftskrise und ihren Auswirkungen auf die brasilianische Wirtschaft bestimmt sowie von der Fähigkeit Bolsonaros und seiner Regierung, die internen Widersprüche im Block seiner Unterstützer aufzulösen und den Widerstand der brasilianischen Arbeiter*innen und Unterdrückten zu brechen.

Der harte Kern der Regierung verfolgt ein Projekt, das zur Abschottung des Regimes führt, zu einem politischen System, das für den Druck aus der Bevölkerung weniger durchlässig ist. Eine weitere Frage ist, ob das Kräfteverhältnis, das für einen solchen Wandel des politischen Systems erforderlich ist, zurzeit existiert und in welchem Tempo Bolsonaro und sein Führungsstab ihr Projekt durchsetzen können. Die Regierung ist im Wesentlichen autoritär, rassistisch, frauenfeindlich, LGBT-feindlich, militaristisch und antilinks. Außerdem ist sie nicht an demokratischen Institutionen interessiert und scheint einer Logik zu folgen, sich innere und äußere Feinde zu schaffen. Mit einem Wort: Sie ist neofaschistisch. All dies steht im Dienst eines ultraliberalen Programms mit Privatisierungen und dem Abbau von Rechten, eines Programms, das dem protektionistischen Nationalismus des klassischen Faschismus widerspricht.

Neben dem militärischen und ultraliberalen Kern umfasst der Block, der die neue Regierung unterstützt, ultraliberale religiöse Fundamentalisten (insbesondere die „Universale Kirche des Reiches Gottes“), Teile der Justiz (wie Sergio Moro), die Agrarindustrie, Ökonomen und ultraliberale Bankiers der Chicago School sowie Politiker, die sich von den traditionellen Parteien abwenden – ein wichtiger Teil des Blocks, der für den Putsch von 2016 verantwortlich war. Die Agenden und Projekte dieser Sammlung von Kräften sind zum Teil widersprüchlich. Deshalb wird die Zukunft der Regierung davon abhängen, wie gut es ihrem Kern gelingt, diesen Block in ihr politisches Projekt einzubinden.

Je nachdem, wie sich diese internen und externen Faktoren entwickeln, wird der harte Kern der Regierung das Projekt eines weniger demokratischen politischen Systems besser oder schlechter umsetzen können. 2019 stehen dazu bereits einige Probeläufe an.

Woher die Angriffe kommen: die „Testläufe“ des Neofaschismus

Die internationalen Rahmenbedingungen für ein erneutes Wachstum der brasilianischen Wirtschaft scheinen nicht

vielfersprechend zu sein. Für das Jahr 2019 wird eine weltweite Rezession erwartet. Und Bolsonaro kündigt nicht nur eine verworrene Ausrichtung auf US-amerikanische und israelische Interessen an (mit dem dummen Vorschlag, die brasilianische Botschaft nach Jerusalem zu verlegen), sondern er will sich auch Piñeras Chile anbieten, zum Nachteil Argentiniens und des ganzen Mercosur.

Diese Ausrichtung destabilisiert die Beziehungen mit den für den Aufschwung entscheidenden Wirtschaftspartnern. China ist der bedeutendste Handelspartner Brasiliens, wobei die Handelsbilanz für Brasilien stark positiv ist. Wichtige Direktinvestitionen in Brasilien wie zum Beispiel im Elektrizitätssektor stammen von chinesischen Unternehmen. Arabische Länder sind der Hauptabnehmer von Hühner- und Rindfleisch aus der Agrarindustrie. Wenn man sich in diesem ungünstigen globalen Kontext in der Ausrichtung der internationalen Politik täuscht, kann das die Chancen auf einen minimalen Ausgleich der öffentlichen Finanzen und auf einen funktionierenden Industriesektor zunichtemachen.

Das Projekt „Schule ohne Parteien“ will kontrollieren, was im Klassenzimmer gesagt wird – mit besonderem Augenmerk auf Geschlechterfragen, Sexualunterricht und Kritik an der Regierung. Der gewählte Präsident ruft Eltern und Schüler*innen über soziale Netzwerke auf, Lehrer*innen zu denunzieren, die im Unterricht Geschlechterfragen thematisieren und historische Fragen unter politischen Gesichtspunkten behandeln. Der älteste Sohn des gewählten Präsidenten, Eduardo Bolsonaro, Bundesabgeordneter von São Paulo, hat bereits einen Gesetzentwurf angekündigt, der auch die „Verteidigung des Kommunismus“ unter Strafe stellen will.

Im Bildungsbereich steht zudem ein brutaler Angriff auf die staatliche freie Bildung bevor, insbesondere auf den höheren Stufen. Außerdem will er sich direkt in die Wahl der Rektor*innen einmischen. Gleichzeitig preist er die Vorteile des Fernunterrichts, auch für die Grundstufen (die fünf ersten Jahre!). Weiter schlägt er vor, in Brasilien das Gut-scheinmodell einzuführen, das der Bevölkerung wie in Chile Zugang zu Privatschulen verschafft, evtl. auch einen Weg, öffentliche Gelder privaten Schulen zukommen zu lassen.

Der zweite Test wird die Kriminalisierung der Landlosen- und Obdachlosenbewegung (MST und MTST) sein. Die Grundlage dafür liefern „Anpassungen“ des Antiterrorismusgesetzes, die von den neuen reaktionären Gruppen schon nach kurzer Zeit vorgeschlagen wurden (tragischer- und ironischerweise hatte Dilma dieses Gesetz als Reaktion auf die Ereignisse von 2013 erlassen).

Ein weiterer wichtiger Test, der täglich vom „Gott des freien Marktes“ und von den rasch zum Bolsonarismus konvertierten Medien gefordert wird, ist die Reform des Sozialversicherungssystems. Der gewählte Präsident hat bereits mit Temer ausgehandelt, dass es in diesem Jahr zu keiner Abstimmung über Änderungen im Sozialversicherungssystem kommt. Paulo Guedes, Chicago Boy und Superwirtschaftsminister, verspricht bis 2019 eine noch radikalere Reform, die auf den Regeln der Pinochet-Sozialversicherung basiert (alle Arbeitenden sparen individuell für ihren Ruhestand). Wie aus unabhängigen Nachrichten bekannt, hat diese Reform in Chile zu einer sozialen Katastrophe geführt. Die Debatten und Kämpfe zeugen davon.

Im brasilianischen Hinterland wird es zu einer Intensivierung des Kriegs gegen Drogen und Arme kommen, das heißt, die neue Regierung wird den Genozid an der schwarzen Bevölkerung verstärken. Ermöglicht wird dieser Angriff durch die allgemeine Erlaubnis, Waffen zu tragen, und dadurch, dass die brutalen militärischen und kommunalen Sicherheitskräfte grünes Licht bekommen, im Zweifelsfall Menschen zu töten und weiterhin Massenverhaftungen durchzuführen. Dieses Maßnahmenpaket könnte auch die Arbeit von Gewerkschaften, Verbänden und Parteien behindern (Bolsonaro und seine Anhänger haben einen Krieg gegen die Führungen von PT und PSOL angekündigt) sowie die Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheit einschränken.

Darüber hinaus stellt Bolsonaro auch eine große Bedrohung für die globale Umwelt dar. Trump folgend will er die fragile Pariser CO₂-Emissionsvereinbarung brechen. Außerdem plant er, die Programme zur Abgrenzung von indigenen Gebieten zu beenden, ein deutliches Signal an die Rinderbesitzer (aber auch an die Produzenten von Sojabohnen und anderen Feldfrüchten an der Agrargrenze im Amazonasgebiet), dass sie grünes Licht für die Zerstörung des Regenwaldes erhalten. Zwar war der große Regenwald schon unter dem Ausbeutungsregime der PT bedroht, doch unter dem Taktstock dieses Freundes von Motorsägen und dem Agrobusiness würde es noch viel schlechter um die „Lunge der Welt“ und die Gewährleistung eines gewissen klimatischen Gleichgewichts in Südamerika stehen.

Internationalen Widerstand und Solidarität organisieren

In Brasilien besteht die grundlegende Aufgabe darin, den Widerstand gegen die Angriffe der neuen Regierung auf

die demokratischen Freiheiten und die sozialen Rechte der Menschen zu organisieren. Dazu braucht es einen gemeinsamen Kampf, an dem sich alle beteiligen, die die Demokratie, die Rechte und die Errungenschaften verteidigen wollen, die der Neofaschist angreifen wird. Die Aktivist*innen und Sympathisant*innen der Vierten Internationale werden in diesen Kämpfen, die sich für die Demokratie und die sozialen und sonstigen Rechte der Menschen einsetzen, dabei sein.

Wir werden in den organisierten Bewegungen und Gruppen von Jugendlichen, Schwarzen, Frauen, LGBTs, Ureinwohner*innen und anderen Bevölkerungsteilen mitkämpfen und uns mehr denn je an Arbeitsplätzen, in armen Stadtvierteln, an Universitäten, in Schulen und in Kulturgruppen von prekär lebenden, radikalisierten Jugendlichen engagieren und Besetzungsaktionen von Armen und Landlosen unterstützen. Für besonders wichtig halten wir zudem die Bewegung junger Frauen, die seit Frühjahr 2016 aktiv ist und mit der Aktion #EleNãO („er nicht“) allen viel beigebracht hat.

In Lateinamerika, wo die Wahl von Bolsonaro große Auswirkungen haben wird, muss klar sein, dass jeder kleine Kampf, jeder noch so sektoral begrenzte Sieg, sei es gegen Macri, Duque, Piñera oder gegen Ortega und seine Pläne, auch ein Sieg im Widerstand gegen Bolsonaro ist. Keinen Schritt zurück! Der Widerstand in Brasilien hängt auch von der Beharrlichkeit ganz Lateinamerikas und dem Fortschritt der Kämpfe in der ganzen Welt ab.

Deshalb ist es wichtig, dass wir in Europa, den Vereinigten Staaten, in Asien, Afrika und Ozeanien alles tun, um eine breite Kampagne gegen die Angriffe zu führen, die die neue brasilianische Regierung gegen Demokratie, Gesetze und internationale Umweltabkommen (der Regenwald des Amazonas ist stark bedroht!) sowie die sozialen und politischen Rechte der Arbeiter*innen unternehmen wird.

Die Vierte Internationale ruft alle Kämpfenden und alle, die sich für die Umwelt und Demokratie einsetzen, dazu auf, ihre Kräfte zu vereinen, um sich mit folgenden Forderungen gegen Bolsonaros Regierung zu stellen:

■ Hände weg von den Landlosen und Obdachlosen in Brasilien! Für eine internationale Kampagne gegen das Antiterrorgesetz und seine makabren Neuerungen! Solidarität mit der MST und der MTST und allen Aktivist*innen.

■ Hände weg vom Amazonas-Regenwald! Hände weg vom Land der Ureinwohner*innen! Für die Beibehaltung

der Gesetze, die die Abgrenzung der indigenen Gebiete garantieren. Kein Austritt Brasiliens aus dem Pariser Abkommen!

■ Finger weg von den Rechten der brasilianischen Arbeiter*innen auf soziale Sicherheit! Keine Reform des Rentensystems ohne vorhergehende gründliche Prüfung und Bekanntmachung von Unternehmen mit ausstehenden Sozialversicherungsbeiträgen!

■ Hände weg von den staatlichen brasilianischen Hochschulen! Hände weg von der akademischen Freiheit! Keine Einmischung in die Wahl der Rektoren (Dekane).

■ Nieder mit der „Schule ohne Parteien“! Keine Handys im Klassenzimmer! Beibehaltung des Bildungsbudgets und der Präsenzsicherung in der Grund- und Sekundarstufe.

■ Schluss mit dem Krieg gegen Drogen und Arme! Keine Liberalisierung der Bewilligungen zum Tragen von Waffen. Nein zur Senkung der Strafmündigkeit, die der zukünftige Minister Sérgio Moro vorgeschlagen hat. Jugendliche brauchen Schulen, keine Gefängnisse. Für die Legalisierung von Marihuana. Für das Bemühen der Justiz, die Verfahren gegen die 200 000 Gefangenen, die ohne Verurteilung inhaftiert sind, mit vereinten Kräften zu beschleunigen.

Der Wahlsieg von Bolsonaro ist ein weiterer Ausdruck des Wiedererstarkens autoritärer Regime, die die demokratischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte rückgängig machen: Putin in Russland, Orban in Ungarn, das PiS-Regime in Polen, Erdoğan in der Türkei, Duterte auf den Philippinen, Trump in den Vereinigten Staaten, Netanjahu in Israel und rechtsextreme Regierungsparteien in Österreich und Italien ... Es braucht eine internationale antiautoritäre und antioligarchische Bewegung, denn die Situation erfordert eine breite Mobilisierung aller politischen Kräfte, die sich für demokratische Rechte, Arbeitnehmer- und Frauenrechte, Umwelt- und Klimaschutz und für die Bewegungsfreiheit der Menschen, kurz gesagt gegen jegliche Unterdrückung einsetzen. Der Aufbau einer solchen globalen Bewegung ist dringend nötig.

■ Übersetzung: A. W., Birgit Althaler



DIE TÜRKEI IM ZEICHEN DER KRISE

Die Wirtschaftskrise wird sich aller Voraussicht nach verschärfen, was die Fortführung der Arbeiterproteste erschweren wird.

DIE OFFENSIV- KRAFT SCHMILZT DAHIN ...

Wenn es um die Opposition in der Türkei geht, denken die meisten Leute gewöhnlich an Akademiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen oder politische Aktivist*innen, und das zurecht. Aber tatsächlich fürchtet Erdoğan nicht sie am meisten, denn nicht sie haben ihn in der Vergangenheit am meisten in Gefahr gebracht. **Metin Feyyaz**

Als Ende Mai 2013 die historische Mobilisierung zur Verteidigung des Gezi-Parks neben dem zentralen Taksim-Platz begann¹, äußerte Muharrem Güler, der damalige Gouverneur von Istanbul, Erdoğan befürchte, dass diese Bewegung sich zu einer Aktion wie die Protestcamps der Tabakarbeiter*innen in Ankara entwickeln könnte: „Er hat Angst, dass es wie bei Tekel sein wird, er hat Angst, dass sie kommen und den Platz besetzen und nicht mehr weggehen.“ 2010 hatten Tausende

Tabakarbeiter*innen aus dem ganzen Land das zentrale Viertel Ankaras über zwei Monate lang besetzt, um gegen die Privatisierung ihrer Betriebe zu protestieren.² Dabei protestierten sie auch gegen ihre eigene Gewerkschaft, Türk İş, weil diese sie nicht unterstützte. Deshalb begann die Besetzung auch vor dem Sitz der Gewerkschaft. Es war wahrscheinlich das erste Mal, dass Erdoğan sich bedroht gefühlt hat. Er versuchte die Arbeiter*innen einzuschüchtern, aber das fruchtete nicht. Diese Arbeiter*innen, die in ihrer großen Mehrheit AKP wählten, protestierten gerade gegen die Partei, die sie unterstützten hatten.

Generell hat Erdoğan von der auf Lifestyle-Werten basierenden kulturellen und politischen Polarisierung des Landes profitiert. Eine radikale Arbeiteraktion, die womöglich dieser künstlichen Polarisierung ein Ende setzt, wurde als beträchtliche Bedrohung der Regierung betrachtet. Aus diesem Grund sah sich die Regierung gezwungen, einen Kompromiss zu schließen. Als Tausende junge Menschen den größten Platz von Istanbul besetzten und die Besetzer*innen des Tahrir-Platzes in Kairo zum Beispiel nahmen, war Erdoğan's erste Reaktion, an die Demonstrationen der Tekel-Arbeiter*innen von vor drei Jahren zu erinnern.

Wilde Streiks und Selbstorganisation

Aber Tekel ist nicht das einzige Beispiel derart großer, spontaner Erhebungen der türkischen Arbeiterklasse. Im

Mai 2015 hatte sich ein weiterer wilder Streik, ausgehend von den Renault-Werken in Bursa, auf die gesamte Automobilindustrie des Landes ausgedehnt; bei Fiat, Ford und vielen Zulieferbetrieben kam es zu Arbeitsniederlegungen und Betriebsbesetzungen. Diese Aktionen gingen nicht von einer Gewerkschaft oder von anderen Organisationen aus. Die Beschäftigten der verschiedenen Betriebe, die sich nie zuvor gesehen hatten und Hunderte Kilometer voneinander entfernt waren, beteiligten sich auf einen Schlag an landesweiten Streiks und Betriebsbesetzungen. Dafür gibt es wahrscheinlich nicht allzu viele Beispiele in der Geschichte der internationalen Arbeiterklasse. Zur gleichen Zeit wollte die Regierung vor den anstehenden Wahlen keine Spannungen mit diesen Arbeiter*innen schaffen, weshalb die Polizei die Demonstrationen nicht angriff. Nach den Wahlen erhöhte die Regierung den Mindestlohn um 30 Prozent, um die Arbeiter*innen zu beruhigen. Als aber erkennbar wurde, dass einige Kämpfe in bestimmten Fabriken isoliert werden konnten, kam es zu Polizeiangriffen und massenhaften Entlassungen der Streikführer*innen.³

Das jüngste Beispiel dieser Art wilder Streiks fand beim Bau des neuen Flughafens in Istanbul statt. Über zehntausend Bauarbeiter protestierten auf ausgesprochen militante Weise gegen ihre Arbeitsbedingungen, nachdem ein Arbeitertransportbus verunglückt war. Ihre Forderungen waren ganz einfach und elementar: Essen, Schlafen und Arbeiten unter korrekten Bedingungen. Aber am nächsten Morgen, um 4 Uhr, griff die Polizei die Barracken an, in denen die Arbeiter untergebracht waren; 500 Arbeiter wurden festgenommen, einige wurden sogar des Terrorismus beschuldigt. Özgür Karabulut, der Vorsitzende der Bauarbeitergewerkschaft in dem Dachverband DISK, ist immer noch im Gefängnis. Auch zu dieser Aktion hatte keine Gewerkschaft oder Organisation aufgerufen. Es war ein Wutausbruch der Arbeiter nach einem Busunfall.⁴

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Türkei ist sehr niedrig. Nur 10 Prozent der Beschäftigten sind Mitglied einer Gewerkschaft, nur 6 Prozent haben kollektiv ausgehandelte Tarifverträge. Der Hauptgrund dafür sind die extrem restriktiven Gewerkschaftsgesetze, die in den 1980er Jahren von der Militärjunta erlassen wurden. Damit eine Gewerkschaft in einem Betrieb die Belegschaft vertreten kann, muss sie über die Hälfte der Belegschaft organisieren; die Mitgliedschaften sind auf einer Webseite der Regierung zu registrieren. Legale Streiks sind nur unter sehr restriktiven Bedingungen und nur während der Tarifauseinandersetzungen möglich.

Deshalb sind „illegale“ Streiks so häufig. Wenn von „wilden Streiks“ die Rede ist, denken die meisten Menschen wohl an China, aber die Türkei steht höchstwahrscheinlich gleich danach an zweiter Stelle.

Die Arbeiterklasse der Türkei ist gewerkschaftlich schwach organisiert, sie hat aber sehr reichhaltige Erfahrungen mit der Selbstorganisation. Während der Streiks bei Renault hatte jede Arbeitseinheit ihre eigenen Sprecher, die die Sprecher ihrer Abteilungen und dann die Sprecher ihrer Schicht wählten. Somit kopierten sie in ihrem Kampf das Schema der Arbeitsorganisation des Unternehmens und bauten ihre Organisation darauf auf.

Mit Ausnahme des Falls Tekel ging es bei diesen Aktionen um die Erlangung von Rechten und vor allem um Lohnerhöhungen. In gewisser Weise waren die Arbeitenden im letzten Jahrzehnt dank eines relativ starken Wirtschaftswachstums in der Offensive. Seit 2008 hat sich die Anzahl der Beschäftigten in der türkischen Autoproduktion beinahe vervierfacht. Die Türkei ist der größte Autoexporteur in die EU und der achtgrößte Stahlproduzent der Welt geworden. Aber die Lohnabhängigen haben von diesen Produktivitätssteigerungen nicht profitiert. Der Mindestlohn, für den fast die Hälfte der gesamten Lohnabhängigen des Landes arbeitet, liegt immer noch bei 230 Euro im Monat. Und auch für die Facharbeiter*innen, die in Autofabriken wie Renault, Fiat usw. am Montageband arbeiten, beträgt der durchschnittliche Stundenlohn 1,80 Euro.

Die Löhne und die Arbeitsbedingungen halten nicht Schritt mit dem wachsenden Wohlstand der Bourgeoisie. Das ist den Arbeitenden nicht entgangen und folglich haben sie ihren Anteil am Wohlstand verlangt. Aber wahrscheinlich geht diese Ära zur Neige.

Wirtschaftskrise

Das Wachstum der türkischen Ökonomie in den vergangenen zehn Jahren wurde hauptsächlich dadurch möglich, dass es leicht war, günstige Kredite zu bekommen. Kurz nach der Krise von 2008 überschwemmten viele Zentralbanken die Weltwirtschaft mit Geld, manche von ihnen boten sogar negative Zinsraten an, und türkische Unternehmen gehörten zu den größten Kunden dieser Billigkredite. Die Verschuldung des Privatsektors hat 247 Milliarden US-Dollar erreicht, wovon 123 Milliarden aus kurzfristigen Schulden bestehen. Ein bedeutender Teil dieser Schulden ist in gewaltige Bauprojekte geflossen. Somit ist die türkische Bourgeoisie hochgradig abhängig von der Auslandsverschuldung, und jetzt ist die Ära der billigen Kredite vorüber.

Erdoğan's Streit mit Trump hat dazu geführt, dass die Auswirkungen dieser aufkommenden Krise früher spürbar wurden. Die Inflationsrate hat 26 Prozent erreicht. Viele Unternehmen haben den Bankrott erklärt oder um eine Umstrukturierung ihrer Schulden gebeten. Dieser Trend wird sich wahrscheinlich noch verschärfen. Die Regierung sieht dies auch und versucht, die Auswirkungen der kommenden Krise durch Anpassungen abzuschwächen. Jüngst änderte sie das Gesetz über „kurzzeitige Beihilfen“, das sich auf einen Hilfsfonds für den Fall von Krisen oder Katastrophen (Erdbeben, Überschwemmungen usw.) bezieht. Dieses Gesetz erlaubt nun Unternehmen, ihre Beschäftigten in Kurzarbeit zu schicken, wobei die Differenz des Lohns gegenüber einer Vollanstellung von der Arbeitslosenversicherung gezahlt wird. Mit der Änderung des Gesetzes wird es für die Unternehmen leichter, diesen Hilfsfonds in Anspruch zu nehmen.

Natürlich haben jetzt, wo die Krise vor der Tür steht, die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler*innen bereits damit angefangen, ihre Austeritätsmaßnahmen zu präsentieren, Maßnahmen, die darauf abzielen, die bestehenden Rechte der Arbeitenden abzuschaffen. Über viele Fernsehkanäle versuchen sie, die öffentliche Meinung dafür zu gewinnen, dass die „bitteren Pillen“ des Internationalen Währungsfonds (IWF) das einzige Heilmittel für die Behandlung der Erkrankung durch die kommende Krise ist. Wenngleich die AKP-Regierung noch zögert, an die Tür des IWF zu klopfen (vor allem aufgrund ihrer demagogischen Kritik am IWF), haben sie bereits einen Ausweg gefunden: Sie haben einen neuen Wirtschaftsplan eingeführt, der den IWF-Bericht⁵ zur Türkei vom April 2018 buchstäblich kopiert. Und sie sind auf der Suche nach einer privaten Beratergesellschaft, die über den Fortschritt dieses Prozesses berichten und zu weiteren „kostensparenden“ Maßnahmen raten soll. Selbstverständlich sind mit Kosten hier Gesundheit, Bildung, soziale Rechte, die Existenzmittel von Millionen von Menschen gemeint. Der IWF schlägt in seinem Bericht ebenfalls viele unmittelbare Einschnitte in die Rechte der Arbeitenden vor – u. a. die Beibehaltung eines sehr niedrigen Mindestlohns, die Bildung eines Entschädigungsfonds für Entlassene mit gleichzeitig reduzierten Abfindungen, weitere Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeit, die Beschränkung der Lohnerhöhungen der öffentlich Bediensteten.

Natürlich wird sich jetzt unter den Bedingungen der Krise und infolge vieler Angriffe auf die Rechte der Arbeitenden auch der Charakter der Aktivitäten der Arbeitenden ändern. Statt offensiver Aktionen, die auf die

Erlangung neuer Rechte abzielen, werden wir wahrscheinlich mehr defensive Aktionen erleben, wenn die Arbeitenden versuchen, ihre bereits gewonnenen Rechte zu verteidigen, oder gegen Betriebsschließungen oder für die Zahlung ausstehender Löhne zu kämpfen etc.

Herausforderung für die Linke

Leider sind die meisten Aktionen dieser Art von Beginn an verloren, sie werden nicht das Selbstvertrauen der Arbeitenden stärken – im Gegenteil, die Krise zerstört das Selbstvertrauen der Arbeitenden und ihre Fähigkeit zu handeln. So versuchen die meisten gewöhnlich, ihre Jobs zu retten, ohne zu versuchen, ihre Rechte auszudehnen. Dies gilt besonders für einen politischen Kontext, in dem die Linke politisch abwesend ist. In der öffentlichen Debatte kommt keine linke politische Alternative in der Krise vor. Auch während der erwähnten massiven Mobilisierungen war die Linke nicht fähig, sich mit diesen Arbeiter*innen zu verbinden oder bei ihren Mobilisierungen irgendeine Rolle zu spielen. Dies ist hauptsächlich das Resultat der strukturellen Schwäche der Linken in der Türkei und ihres Widerstrebens, eine politische Alternative aufzubauen.

Fragt man heute in einer öffentlichen Diskussion, welche Vorschläge die Linken haben, wird niemand eine Antwort geben können. Während die sozialistischen Kräfte in der Türkei die Chance verpasst haben, während dieser wilden Streiks Verbindungen zu radikalisierten Sektoren der Arbeiterklasse aufzubauen, verpassen sie eine weitere Gelegenheit, die Gesellschaft gegen mögliche, mit der Krise begründete Angriffe zu mobilisieren und offensive Forderungen für mehr Rechte zu propagieren (wie die Erhöhung der Sozialausgaben, die Verstaatlichung bankrotter Fabriken, die Nichtzahlung der Auslandsschulden usw.).

Da eine linke politische Alternative zur Krisenpolitik fehlt, werden die Angriffe auf die Arbeiterrechte und die Sparmaßnahmen sich verschärfen. Schließlich können die von dieser Politik geschaffene Unzufriedenheit und die Folgen der Krise zu einer Stärkung der extremen Rechten führen, die als politische Alternative auftritt. Die traditionelle faschistische Bewegung der Türkei (die Grauen Wölfe) hat sich vor den Wahlen vom Juni 2018 gespalten, und jetzt sind beide Fraktionen der Faschisten im Parlament. Beide zusammen erhielten 21 Prozent der Stimmen – der historisch höchste Anteil der Bewegung. Eine der beiden Fraktionen, die MHP, ist de facto politischer Partner von Erdoğan. Ihre Stimme wird viel stärker gehört

werden. Dies kann dazu führen, dass die Unzufriedenheit in Angriffe auf in der Türkei lebende syrische Flüchtlinge oder auf die kurdische Bevölkerung in ärmeren Stadtteilen gelenkt wird. In den letzten Monaten haben wir bereits Beispiele für diese Art von Pogromen erlebt, die anlässlich geringfügiger Probleme in verschiedenen Vierteln aufgekommen sind.

Aus diesem Grund ist es heute umso wichtiger, eine politische Alternative angesichts der Krise aufzubauen, die von einer vereinigten Linken getragen wird. Die Linke in der Türkei ist damit spät dran, aber hoffentlich noch nicht zu spät. Die sektiererische Tradition der radikalen Linken der Türkei in der Vergangenheit hat dazu beigetragen, hier ein politisches Vakuum zu erzeugen. Sollte die Notwendigkeit, diese sektiererischen Haltungen zu überwinden und eine breitere linke politische Alternative in der Türkei aufzubauen, ignoriert werden, könnte das zu noch schlimmeren und dramatischeren Resultaten führen.

■ *Aus dem Französischen übersetzt von Hans Günter Mull*

■ **Metin Feyyaz** ist Aktivist der sozialen Bewegungen und Verfasser von Artikeln in *Yeniyo!l*, der Zeitschrift der türkischen Sektion der Vierten Internationale.

1 Siehe Sungur Savran, „Gezi Park Evacuated, Istanbul and Turkey Explode“, *International Viewpoint*, Nr. 461, Juni 2013, <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article3016>.

2 Zu den Kämpfen bei der früher staatlichen Monopolfirma für Tabak und Brauereiprodukte Tekel siehe http://www.nikolaus-brauns.de/Arbeiterbewegung_Turkei.htm

3 Eine Analyse dieser Bewegung: Metin Feyyaz, „Trouble in paradise: A cautionary tale for big capital in Turkey“, *International Viewpoint*, Nr. 484, Mai 2015, <http://internationalviewpoint.org/spip.php?article4056>.

4 Weitere Informationen: Metin Feyyaz, „Turquie: la colère des ouvriers du chantier de l'aéroport“, <https://npa2009.org/actualite/international/turquie-la-colere-des-ouvriers-du-chantier-de-laeroport> (3.10.2018); Uraz Aydın, „Turquie. Retour sur la grève dans le chantier du nouvel aéroport d'Istanbul“, <https://alencontre.org/asie/turquie/turquie-retour-sur-la-greve-dans-le-chantier-du-nouvel-aeroport-distanbul.html> (19.10.2018).

5 Der IWF-Bericht ist hier zu finden: <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2018/04/30/Turkey-2018-Article-IV-Consultation-Press-Release-Staff-Report-and-Statement-by-the-45822>.

WAHLEN UNTER DEM VORZEICHEN DER KRISE

Trotz vier Wahlen, einem Verfassungsreferendum und einem Putschversuch innerhalb von lediglich drei Jahren, die Erdoğan jedes Mal nutzte, um seine Macht zu festigen, herrscht in dem Land – gelinde gesagt – eine instabile Situation. **Uraz Aydın**

Die Kommunalwahlen im März 2019, bei denen die regierenden und die oppositionellen Parteien aufeinandertreffen werden, gelten auf beiden Seiten als weiterer Stimmungstest in der Bevölkerung, zumal das Land in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, die sich wohl weiter zuspitzen wird.

Rückblick auf die Wahlen im Juni 2018

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen vom Juni 2018, die gleichzeitig und im Ausnahmezustand stattgefunden haben, führten zur Wiederwahl von Recep Tayyip Erdoğan als Staatsoberhaupt und zum Sieg des konservativ-nationalistischen Blocks aus AKP und MHP, der klassischen Partei der extremen Rechten der Türkei. Während Erdoğan mit 52,5 % der Stimmen gewann, erhielt der Block – die sog. „Volksallianz“ – 53,7 % und sicherte sich damit eine Mehrheit im Parlament. Dieser Sieg besiegelte zugleich den bereits durch das Referendum im April 2017 bestätigten Übergang von einem parlamentarischen Regime zu einem Präsidialregime, das Erdoğan zum alleinigen Führer mit ganz erheblichen Vollmachten macht.

Überraschend waren die Stimmenzahlen für die MHP von Devlet Bahçeli innerhalb dieses Blocks, was letztlich auch den Ausgang der Wahl beeinflusste. Waren zuvor alle Prognosen davon ausgegangen, dass die MHP als Juniorpartner unter Erdoğan eine Abfuhr zugunsten der IYI-Partei, die aus einer laizistischen und oppositionellen Abspaltung der MHP hervorgegangen war, erleiden würde, konnte sie ihre Stimmzahl mit 11,1 % jedoch

halten. Zwar verlor die MHP zwei Drittel ihrer Wähler an die İYİ-Parti, kompensierte dies aber durch unerwartete Stimmengewinne von der AKP. Die „von der AKP enttäuschten Wähler*innen“, auf die die Opposition hoffte, um Erdoğan's diktatorisches Regime in Zaum zu halten, verliehen ihrer Unzufriedenheit lieber Ausdruck durch eine Verschiebung der Stimmenverhältnisse innerhalb des Blocks: Sie votierten für Erdoğan's Verbleib im Amt, schwächten aber die AKP und zwangen sie, mit der MHP zusammenzugehen, so dass diese zum Zünglein an der Waage im Parlament wurde.

Nationalismus im Höhenflug

Die eigentlich für 2019 vorgesehenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen wurden aus verschiedenen Gründen um fast neun Monate vorgezogen. Zunächst, weil Erdoğan die nationalistische Stimmung ausnutzen wollte, die er durch den Überfall auf die kurdische Enklave Afrin in Nordsyrien, die von der PYD, der Schwesterorganisation der PKK verwaltet wird, ausgelöst hatte. Diese mit massiver Beteiligung der dschihadistischen „Freien Syrischen Armee“ (FSA) geführte Offensive wurde als Befreiungsaktion terroristisch besetzter Gebiete präsentiert und von den Oppositionsparteien nahezu einhellig (mit der einzigen Ausnahme der HDP) begrüßt. Dass es dagegen keinen ernsthaften Widerstand seitens des syrischen Regimes und von Putin oder Trump gab, konnte obendrein noch als Sieg gegenüber diesen Mächten und als Bestätigung verbucht werden, wieder als gleichwertige Regionalmacht mitmischen zu können. Damit war eine militaristisch und nationalistisch aufgeheizte Stimmung entstanden, die Erdoğan nicht ungenutzt verstreichen lassen wollte.

Ein weiterer Grund für die Vorziehung der Wahlen und die Verkürzung des Wahlkampfes auf bloß zwei Monate war sicherlich auch, den verschiedenen Oppositionsströmungen keine Zeit dafür lassen zu wollen, sich zu sammeln, und damit hauptsächlich der İYİ-Parti eine Kandidatur zu erschweren. Die galt nämlich damals sowohl der Opposition als auch dem nationalistisch-konservativen Block als ernsthaftes Risiko für einen Erfolg der MHP. Nun ist es aber aus den genannten Gründen so gekommen, dass zwei rechtsextreme Parteien mit zusammen 21 % vertreten sind, ganz zu schweigen von der AKP, die aufgrund ihrer politischen Praxis als weiter rechts eingestuft werden kann als so manche rechtsextreme Partei in Europa. Insofern sind Nationalismus und Militarismus zur Grundstimmung in der gegenwärtigen türkischen

Politik geworden, hinter der sich die herrschenden und die oppositionellen Parteien wiederfinden können.

Eine Strukturkrise

Der letzte und wichtigste Grund war zweifellos, diese Wahlen abzuhalten, bevor sich die seit mehreren Monaten schwelende Wirtschaftskrise verschärft und Erdoğan deswegen abgestraft wird. Denn die wirtschaftliche Situation ist wohl seit Jahresbeginn im Sinkflug, aber im August kam es zu einem regelrechten Absturz. Ausgelöst durch die Spannungen mit dem Weißen Haus und insbesondere mit dem Tweet von Donald Trump, dass die Zölle auf Stahl und Aluminium verdoppelt werden sollten, verfiel der Kurs des türkischen Pfund und verlor im August 16 % seines Wertes gegenüber dem Dollar und insgesamt 40 % im Jahr 2018.

Während von Seiten der Opposition der Einbruch der Wirtschaft als Folge von Erdoğan's autoritärem Regime und seiner geopolitischen Entscheidungen interpretiert wurde, witterten die Machthaber wie stets dahinter eine internationale Verschwörung. „Sollen sie ihren Dollar haben, wir haben Allah“, tönte Erdoğan. Um eventuelle Proteste infolge der Wirtschaftskrise zu kanalisieren, machte der Ra'is (der Herrscher oder „Duce“) die „Zinslobby“, und damit mehr oder weniger direkt die USA, verantwortlich. Damit war der Startschuss gegeben für eine „antiimperialistische“ Propaganda seitens der Medien, die zu 80 % unter der Fuchtel des Autokraten stehen, wobei sich Erdoğan als Vorreiter des „Antiimperialismus“ auführte.

Dabei liegt es auf der Hand, dass diese Krise, die erst am Anfang steht und doch bereits mehrere Dutzend Konkurse und Massenentlassungen verursacht hat, struktureller Natur ist. Ursächlich sind die besonderen Umstände der Integration der türkischen Wirtschaft in den Weltkapitalismus (wie die massive Verschuldung des Privatsektors in Fremdwährung), weswegen ein enger Zusammenhang mit der Krise des Akkumulationsprozesses besteht, die 2008 in ihre erste Phase getreten war. Die globale Krise erfasst die aufstrebenden kapitalistischen Länder wie die Türkei und Argentinien, die wahrscheinlich nicht die letzten sein werden.

Zwischen Diplomatie und Repression

Gegenwärtig scheinen sich die Spannungen zwischen Washington und Ankara nach der Freilassung des im Zuge der anti-gülenistischen Hexenjagd der letzten beiden Jahre unter dem Vorwurf der Spionage inhaftierten amerikani-

schen Pastors Andrew Brunson gelegt zu haben, obwohl im Gegenzug dem, Auslieferungsantrag von F. Gülen nicht stattgegeben wurde. Daneben hat sich Erdoğan mit seiner Intervention nach der obskuren Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Khashoqgi (sprich: chaschokdschi) im saudi-arabischen Konsulat in Istanbul eine Reputation als „verantwortungsbewusster Ansprechpartner“ verschaffen können, der in Zusammenarbeit mit den Westmächten gegenüber seinem wichtigsten regionalen Gegner Riad agiert. Diese halbe Aussöhnung mit Washington hindert Ankara jedoch nicht daran, kurdische Stellungen in Rojava zu bombardieren, dem syrischen Teil von Kurdistan, das mit Washington verbündet ist, um zu unterstreichen, dass es sich nicht mit der Etablierung einer autonomen kurdischen Region an seiner Grenze unter der Führung seines inneren Feindes, der PKK, abfinden wird.

Zugleich wird im Lande selbst die Repressionsschraube immer weiter angezogen und es finden breit angelegte Hausdurchsuchungen und Sammelverhaftungen statt, auch wenn nach wenigen Tagen nur ein paar der Festgenommenen in Untersuchungshaft genommen und die meisten freigelassen werden. Unter den Dutzenden von Beispielen seien hier nur zwei besonders herausragende Fälle genannt. Mitte September streikten etwa zehntausend Arbeiter gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen auf der Baustelle des „weltweit größten Flughafens“ in Istanbul – einem Prestigeprojekt des Präsidenten, wo bereits 32 Arbeiter ums Leben gekommen sind. Nach mehrstündigen Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitern und der Militärpolizei wurden fast 600 Arbeiter im Zuge einer gewaltsamen Razzia in den Wohnheimen inhaftiert. Nach wenigen Tagen kam die Mehrheit von ihnen wieder frei, aber 34 Arbeiter und Gewerkschafter wurden in Untersuchungshaft genommen. Seither wird die Baustelle wie ein Arbeitslager geführt.

Das jüngste Beispiel ist die Verhaftung von 13 Personen, darunter Akademiker und ONG-Mitarbeiter, denen vorgeworfen wird, mit Osman Kavala unter einer Decke zu stecken und die Revolte im Gezi-Park mithilfe eingeschleuster „Unruhestifter“ aus dem Ausland angefacht zu haben. Der Geschäftsmann Kavala gilt als „türkischer Soros“ und befindet sich seit über einem Jahr ohne Anklageschrift in Haft. Am Ende wurden alle noch in derselben Nacht oder am Folgetag freigelassen bis auf einen, der unter dem Vorwurf, an der Vorbereitung von zivilem Ungehorsam beteiligt zu sein, inhaftiert wurde. So grotesk die Anschuldigen auch sind, verfolgen sie doch einen bestimmten Zweck, nämlich der Bevölkerung eine ständige

Bedrohungslage zu suggerieren, sei es durch Terror, Staatsstreich, „Wirtschaftskrieg“ oder – wie im jüngsten Fall, wo die Ereignisse vom Gezi-Park nach fünf Jahren wieder aufgerollt werden – durch eine „bunte Revolution“.

Die Oppositionsparteien

Den Oppositionskräften muss man zuallererst kreditieren, dass sie das Manöver des AKP-MHP-Blocks mit Bravour durchkreuzt haben, sie durch die kurzfristig anberaumten Neuwahlen auf dem falschen Fuß zu erwischen, und umgehend Kandidat*innen aufgestellt und ihren Wahlkampf organisiert haben. Die CHP, die IYI-Parti und die Saadet Partisi haben sich zu einer Allianz zusammengeslossen, um zu verhindern, dass die beiden kleineren Parteien wegen der 10%-Hürde den Einzug ins Parlament verpassen.

Die zweifellos größte Überraschung dieses Wahlkampfes ging von Muharrem Ince aus, dem Kandidaten der CHP, den die Parteiführung nur widerwillig nominiert hatte, weil er ein Rivale des Parteivorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu ist. Durch seine Wortgewandtheit und seine Debattenfestigkeit gelang es ihm, nicht nur die AKP-hörige Presse auszuspielen und Erdoğan zu provozieren und aus der Fassung zu bringen, sondern auch die laizistische Wählerschaft richtiggehend zu mobilisieren und die Hoffnung auf eine Stichwahl zu wecken. Dabei plädierte er allenfalls für eine „Normalisierung“ statt für eine Demokratisierung, wich in der Frage einer Rückkehr zum parlamentarischen System aus und sprach sich nicht eben enthusiastisch für die Aufnahme syrischer Flüchtlinge aus.

Da er auf die Stimmen der Kurden in einem möglichen zweiten Wahlgang angewiesen gewesen wäre, sprach sich Ince öffentlich dafür aus, den Schulunterricht in der jeweiligen Muttersprache (also u. a. auf Kurdisch) abzuhalten. Und er besuchte Selahattin Demirtaş im Gefängnis, den früheren Ko-Vorsitzenden und Präsidentschaftskandidaten der HDP, was angesichts der beispiellosen Kriminalisierung dieser immerhin im Parlament vertretenen Partei als sehr mutig angesehen wurde.

Aber obwohl Hunderttausende auf Massenveranstaltungen mobilisiert werden konnten, erreichte Ince mit bloß 30,6 % nicht die Stichwahl. Immerhin gaben ihm ein Drittel aller Wähler der IYI-Parti und ein Viertel aller HDP-Wähler ihre Stimme – wodurch er ein um 8 % besseres Ergebnis als seine Partei erzielte – aber das reichte nicht aus. Die CHP wiederum verlor einen Teil ihrer früheren Wähler*innen an die IYI-Parti und in geringem Ausmaß auch an die HDP.

Der IYI-Parti sind wohl mit ihren 10 % der Durchbruch und eine dauerhafte Etablierung in der politischen Parteienlandschaft gelungen, wobei sie ein Viertel ihrer Stimmen dem rechten Rand der CHP-Wählerschaft und den Rest der MHP abgejagt hat. Die Ergebnisse der Saadet Partisi hingegen blieben unterhalb ihrer Erwartungen: Lediglich zwei Abgeordnete, die sie obendrein noch über das offene Listenkontingent der CHP statt über ihre eigene Liste erzielt hat. Dies zeigt, dass ein Zusammengehen mit der laizistischen CHP von ihrer Wählerschaft abgestraft wird, v. a. aber, dass eine islamistische politische Ausrichtung in Kombination mit einer Verteidigung sozialer und demokratischer Rechte weniger verfangt als der islamisch-nationalistische Populismus des „Deal-Makers“ Erdoğan.

Eine ungewisse Zukunft für die kurdische Bewegung

Trotz der vielen Rückschläge, die die HDP infolge der Verhaftungswellen gegen ihre Führung, Abgeordneten, kommunalen Ratsvertreter und tausende Mitglieder erlitten hat, konnte sie ihr Ergebnis gegenüber den Vorwahlen im November 2015 von 10,76 % auf 11,7 % verbessern. Dabei war sie nicht einmal in die „Allianz der Nation“ eingebunden, da zwar CHP und die Saadet Partisi (natürlich die HDP selbst auch) offen dafür waren, aber Meral Aksener von der IYI-Parti es abgelehnt hat, mit der von Erdoğan in eine kriminelle Ecke gestellten und als verlängerter Arm der PKK denunzierten HDP ein Wahlbündnis einzugehen. Daher war die Partei auch darauf angewiesen, die 10 %-Hürde alleine zu stemmen, was ihr in erster Linie durch ihren von Selahattin Demirtaş vom Gefängnis aus geführten Wahlkampf gelungen ist. Demirtaş kandidierte auch zu den Präsidentschaftswahlen, erhielt aber dort nur 8,4 %, da ein Teil seines Wählerpotentials bereits im ersten Durchgang lieber für Ince stimmte. Da verfiel die Losung „Für die HDP bei den Parlamentswahlen und für Ince bei den Präsidentschaftswahlen“, die unter der jüngeren Protestgeneration und Teilen der CHP-Linken verbreitet war.

Die HDP führte diesmal ihren Parlamentswahlkampf unter vorwiegend wahlarithmetischen Vorzeichen, um den Einzug ins Parlament sicherzustellen und so der Allmacht der AKP entgegenzutreten zu können. Folglich gingen keine klare politische Botschaft oder Forderungen von ihr aus und sie fiel weit hinter die Losung der Wahlen im Juni 2015 zurück, als Demirtaş Erdoğan mit den Worten „Wir werden verhindern, dass Du Präsident wirst“ herausgefordert hat. Der Wahlkampf wurde vielmehr auf

die Persönlichkeiten zugespielt, die auf den Listen der HDP für das Parlament kandidierten: ein frisch aus dem Gefängnis entlassener Journalist, Vertreter anderer revolutionärer Strömungen, Akademiker, die wegen ihres friedenspolitischen Engagements ausgesäubert worden waren, Exponenten des Widerstands gegen den Ausnahmezustand etc.

Bemerkenswert ist, dass die HDP in allen großen westlichen Städten wie Istanbul, Ankara und Izmir Stimmen hinzugewonnen hat und in diesen drei Städten 30 % ihrer Gesamtwählerschaft leben. Auf der anderen Seite sind die Stimmen in den kurdischen Städten zurückgegangen. So ging die HDP in Şırnak von 84 % auf 70 % zurück, in Hakkari von 84 % auf 72 %, in Diyarbakır von 72 % auf 67 % und ebenso in Mus, Bitlis, Siirt etc. Diese Ergebnisse lassen sich nicht allein mit der herrschenden Repression und der Verlegung mehrerer Wahllokale erklären. Dass die AKP in dieser Region ihre Ergebnisse teils halten, teils sogar leicht verbessern konnte, lag daran, dass es zwar Wählerwanderungen – hauptsächlich unter den türkischen und arabischen Wähler*innen und dem vor Ort stationierten Polizei- und Militärapparat – von der AKP zur MHP gab, diese aber durch die Abwanderung konservativer Kurden von der HDP zur AKP kompensiert wurden.

Abgesehen von einigen kurdenfeindlichen Strömungen rief die radikale Linke mehrheitlich zur Wahl von Demirtaş und der HDP auf. Zum dritten Mal seit 2015 gab es eine unabhängige und gemeinsame Kampagne zugunsten von Demirtaş und der HDP, die u. a. von Yenyol, der türkischen Sektion der IV. Internationale, initiiert worden war. Diese Initiative unter dem Namen „Einen Schritt weiter“ trat neben dem Wahlauftrag für die Freilassung von Demirtaş und damit für faire Wahlen ein und unterstützte auch die wirtschaftspolitischen Forderungen der HDP angesichts der Krise.

Die HDP wurde immerhin zur drittstärksten Kraft im Parlament, noch vor den rechtsextremen Strömungen, aber trotz dieses beachtlichen Ergebnisses gibt es innerparteiliche Spannungen, die langsam nach außen dringen. Eine dieser Konfliktlinien betrifft das Verhältnis zwischen Demirtaş und der aktuellen Parteispitze. Deutlich wurden diese Differenzen anlässlich der Kandidatur von Demirtaş, als dieser die Partei aufforderte, aus ihrer Lethargie zu erwachen und wieder im Alltag aktiv zu werden, oder in dem zum sechsjährigen Bestehen der HDP veröffentlichten Video, wo Demirtaş nahezu nicht vorkommt.

Überwiegend resultieren diese Probleme aus der

Gleichsetzung der Partei mit Selahattin Demirtaş, dessen Charisma und seriöses Auftreten den Wahlerfolg der HDP im Juni 2015 weitgehend ermöglicht haben. Insofern macht sich die Parteispitze Sorgen, dass sich die lange Abwesenheit von Demirtaş, der seit zwei Jahren in Haft sitzt, nachteilig auswirken könnte, und versucht daher, diese Personalisierung der Partei zu durchbrechen. Aber das Problem wird nicht dadurch gelöst, dass Demirtaş' Bild in der Außerdarstellung der Partei verschwindet oder seine Verdienste relativiert werden. Der tiefere Grund ist die Krise, in die die Partei infolge der Repression und des dadurch erheblich eingeschränkten Aktionsradius im Parlament und auf der Straße geraten ist. Zudem hat sich die PKK nie damit abfinden können und dies auch wiederholt zum Ausdruck gebracht, dass die HDP relativ autonom agiert hat, als Demirtaş noch eine zentrale Position innehatte. Also nutzt sie die Gunst der Stunde, um die Partei wieder enger unter Kontrolle zu bringen.

Der zweite Grund für die innerparteilichen Spannungen liegt darin, dass die HDP in den Augen eines Teils der kurdischen Bevölkerung ihren Charakter als „Kurdenpartei“ zunehmend einbüßt und sich der türkischen Linken annähert. Diese Wahrnehmung kommt in mehreren Zeitungsartikeln der letzten Wochen zum Ausdruck und ist sicher zum Teil berechtigt, etwa weil die meisten ihrer Abgeordneten Türk*innen sind. Andererseits war dies die Gründungsidee der HDP, zur Partei der gesamten Türkei zu werden, und gerade Abdullah Öcalan, der seit 20 Jahren inhaftierte historische Führer der PKK, hat dies propagiert.

Dies also ist der Hintergrund, vor dem sich die politischen Akteure auf die Kommunalwahlen vorbereiten und ihre Bündnispolitik gestalten. Die Opposition steht hierbei unisono vor dem Problem, dass ihr die Mobilisierung zunehmend schwerer fällt. Denn die wahrarithmetische Übermacht der AKP führt zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Institutionen, der weniger in einer Radikalisierung als vielmehr in einer Entpolitisierung zum Ausdruck kommt.

■ **Uraz Aydın** ist Redakteur von *Yeni Yol*, der Zeitschrift der türkischen Sektion der IV. Internationale. Zugleich war er Mitunterzeichner einer Friedenspetition zugunsten des kurdischen Volkes, aufgrund derer zahlreiche Wissenschaftler*innen anhand des Notstandsgesetzes aus den Universitäten ausgesäubert wurden.

■ Übersetzung: MiWe

40 JAHRE REVOLUTIONÄRER MARXISMUS

Vor 40 Jahren wurde die erste türkische Sektion der IV. Internationale gegründet. Anlass für einen kurzen Rückblick auf die bewegten Ereignisse. **Uraz Aydın**

Noch in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts galt „Trotzkismus“ in der Türkei als Beleidigung und Verrat oder bestenfalls als Exotikum. Zu dieser Zeit dominierten die stalinistischen Strömungen verschiedener Spielart die radikale Linke, die – wiewohl dezidiert antifaschistisch – von heftigen Konflikten durchzogen war und selbst vor Mord als Mittel der Auseinandersetzung nicht zurückschreckte. In diesem Kontext wurde 1978 *Sürekli Devrim* (Permanente Revolution) als erste revolutionär-marxistische Zeitschrift der Türkei gegründet. Natürlich war Trotzki unter den türkischen und kurdischen Revolutionären kein Unbekannter. Neben der Flut von Publikationen gegen „den konterrevolutionären Geist“ des Trotzkismus waren auch die dreibändige Trotzki-Biographie von I. Deutscher oder Werke von Trotzki wie *Mein Leben*, *Permanente Revolution* oder *Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen* veröffentlicht worden. Aber erstmals gründete sich damals eine revolutionär marxistische Strömung als Organisation in dem Land des Dichters Nazim Hikmet.

Gelebter Internationalismus ...

Im Unterschied zu allen anderen Strömungen der radikalen Linken ging *Sürekli Devrim* (SD) nicht aus der Türkischen Kommunistischen Partei hervor, sondern entstand unabhängig vom Stalinismus und seinen maoistischen oder pro-albanischen Spielarten als Teil einer internationalen Bewegung mit einer jahrzehntelangen Tradition von Kämpfen gegen die bürokratische Degeneration der Sowjetunion und die sektiererische und klassenversöhnlerische Politik der Komintern und ihrer Sektionen. Daher lag auch eine der ersten Herausforderungen für die SD und ihr Nachfolgeorgan *Ne Yapmalı* (Was tun) darin, gegen den historischen Verrat und die falsche Politik der stalinis-

tischen Führungen anzuschreiben und die Nützlichkeit des revolutionären Marxismus unter Beweis zu stellen, indem sie sich mit den Fragen der bürokratischen Konterrevolution, der zweiten chinesischen Revolution, der Politik der „ultralinken“ Dritten Periode oder der nachfolgenden Volksfrontstrategie etc. befasste.

Eine andere zentrale Aufgabe bestand darin, eine marxistische und internationalistische Analyse der türkischen Geschichte zu liefern, die sich von dem in der türkischen Linken tief verwurzelten kemalistischen Nationalismus abgrenzte. So war auch die erste Ausgabe der Zeitung der nationalen Frage und dem Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes gewidmet. Dazu gehörte auch die Auseinandersetzung mit den stalinistischen oder zentristischen Strömungen, zu jener Zeit eine unvermeidliche Angelegenheit. Und natürlich war es eine internationalistische Pflicht, Position zu den damaligen Ereignissen auf der Weltbühne zu beziehen, wie den Revolutionen in Iran, Nicaragua und El Salvador, der russischen Intervention in Afghanistan oder den revolutionären Kämpfen in Peru und Bolivien.

Die Verbindung zur IV. Internationale wurde in diesen beiden Jahren, die mit dem Militärputsch vom September 1980 eine Zäsur erfuhren, durch die Genossen Livio Maitan, Pierre Rousset, dem Australier Jim Percy und natürlich François Bouée („Momo“) von der französischen LCR gehalten. Dieser war damals vollwertiges Mitglied der türkischen Sektion und versorgte auf seinen zahlreichen Reisen als Reiseführer zwischen 1977 und 1980 die Sektion mit Publikationen und Schulungsmaterial aus dem Ausland, die bei der politischen Ausrichtung der Organisation und angesichts der damals beschränkten Kommunikationstechniken unverzichtbar waren.

... statt nationaler Borniertheit

Eine politische Strömung wird in erster Linie durch ein gemeinsames Programm zusammengeschweißt. Daher veröffentlichte SD noch vor Erscheinen der ersten Ausgabe im Juli 1978 ein Manifest, in dem sie ihre Positionen zu den drei Sektoren der Weltrevolution, den Kräfteverhältnissen zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse, der Kurdenfrage, dem antifaschistischen Kampf, der Befreiung der Frau, der Studentenbewegung und der Einheit der revolutionären Kräfte darlegte. Zu diesem Manifest gehörte auch das Übergangsprogramm als Gründungsdokument der IV. Internationale. Wie Trotzki es ausdrückte, macht jede Organisation zu Beginn eine Propagandaphase durch, in der sie ihre Grundlagen verfestigt und sich von den anderen

Strömungen abgrenzt. Wichtig ist aber, bei dieser Etappe nicht stehenzubleiben und nicht zu einer Sekte zu werden, die ihre Aktivitäten auf das Hochhalten des Programms und die Verteidigung der heiligen Schrift beschränkt und dann Spaltungen entlang steriler Auslegungsdebatten erlebt.

Wahrscheinlich ist es eines der Hauptverdienste der Strömung Sürekli Devrim-Yeniyo (SD-YY) gewesen, nicht in diese verlockende Falle zu treten und zu erstarren und die Welt in ein Schema aus unerschütterlichen Wahrheiten zu pressen. Auf der zweiten Konferenz (1986), die in Amsterdam von den infolge des Militärputsches auf verschiedene europäische Länder versprengten Mitgliedern abgehalten wurde, wurde dies in folgende Worte gefasst: „Wir haben nie aufgehört, in den „Niederungen der Straße“ zu kämpfen. Wir haben uns am Klassenkampf beteiligt, nicht als Sektierer, sondern als überzeugte Revolutionäre mit der Absicht, unser Programm in eine konkrete politische Linie umzusetzen, um so die Arbeiterklasse zu einen.“ Ein konkretes Beispiel dieser Orientierung war unsere revolutionäre Tätigkeit in der Gewerkschaft der Forstindustriearbeiter ASIS, einer der oppositionellen Verbände in dem Dachverband DISK, wo unsere verstorbenen Genossen Alev Ateş und Rifat Kendirgil eine herausragende Rolle spielten.

Dass wir uns dem Programmfetischismus verweigern, liegt nicht an unserer individuellen Klarsichtigkeit, sondern ist Teil der politischen Kultur der IV. Internationale. Sicherlich gab es Zeiten, in denen es erforderlich und sinnvoll war, das Programm gegen alle Widerstände zu verteidigen, also die marxistische Analyse und die revolutionäre Orientierung gegen alle Arten des Reformismus. Aber dieser Glaube, über die alleinige Wahrheit in gefahrvoller Umgebung zu verfügen, barg auch das Risiko, in das argwöhnische Sektierertum der letzten Gralshüter zu verfallen.

Mit der Radikalisierung des Mai 68 und dem Kontakt zu einer neuen revolutionären Generation wurde die programmatische Basis im Lichte der neuen Fragestellungen aktualisiert. Denn nur durch den Kampf und die daraus entstehenden Fragestellungen wird das Programm erneuert, verjüngt und geschärft, sodass es nicht seinen subversiven Charakter verliert und seine Schärfe sich nicht abnutzt. So wurden zwischen Ende der 70er und Mitte der 80er Jahre zwei Texte diskutiert, der eine über die Bedeutung von Demokratie und Pluralismus im Sozialismus und in der revolutionären Partei, der andere über die Erfordernis einer unabhängigen Frauenbewegung, die beide zu den

zentralen programmatischen Errungenschaften in der politischen Orientierung der IV. Internationale gehören. Dasselbe gilt für das Manifest „Sozialismus oder Barbarei“ vor dem Hintergrund des Zerfalls der Comecon-Staaten und die beiden Texte zum Ökosozialismus und zum Kampf der LGBTI Anfang dieses Jahrtausends. Die Strömung SD-YY hat diese Debatten sorgfältig in den eigenen Reihen übermittelt (und natürlich auf Türkisch übersetzt) und ihre Mitglieder entlang dieser politischen Grundsätze geschult und ihre Aktivitäten daran ausgerichtet.

Für die Einheit der revolutionären Linken

Die durch den Zusammenbruch des Ostblocks und die sozialen und politischen Folgen der neoliberalen Offensive geprägte Wende der 90er Jahre führte zu einer Umstrukturierung der radikalen Linken auf internationaler Ebene. Auf jeweils ganz unterschiedliche Weise unternahmen unsere Genoss*innen den Versuch, pluralistische und vereinte linke Organisationen mit zu gründen, zunächst 1979 im Rahmen der brasilianischen PT und dann in Italien und Deutschland und anschließend im Lauf der 90er Jahre in Ländern wie Portugal, Uruguay, Dänemark oder erneut in Spanien und Italien.

In der Türkei, wo die linke durch mörderische Streitigkeiten zerrissen war, rief die SD seit ihres Erscheinens zur Bildung einer „revolutionären Einheitsfront“ auf: „Die Aufgabe der revolutionär marxistischen Strömung liegt darin, zwar ihr eigenes Programm offensiv zu vertreten, dabei aber verschiedene revolutionäre Strömungen auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform zusammenzuführen, über Differenzen hinweg Gemeinsamkeiten festzumachen und über eine Einheitsfront in der Aktion einen antifaschistischen Kampf mit einer antikapitalistischen Ausrichtung zu führen, um so ihre historische Mission zu erfüllen.“ Der Stil mag veraltet sein, aber die „Mission“ steht weiterhin auf der Tagesordnung.

Sürekli Devrim wurde mit der Verhängung des Kriegsrechts 1978 verboten. Anschließend wurde *Ne Yapmalı* im unverfänglicheren Taschenbuchformat herausgegeben, um dann ihrerseits nach sechs Monaten auch verboten zu werden. In den folgenden Jahren des Exils wurde die politische Kontinuität durch die in Paris veröffentlichte Zeitschrift *Enternasyonal* (Internationale) gewahrt, die in Konservendosen in die Türkei geschmuggelt wurde.

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre erschienen unter den Bedingungen einer relativen Demokratisierung zunächst die Zeitung *İlk Adım* (Erster Schritt) und dann

Sosyalist Demokrasi için Yenyol (Neuer Weg zu einer sozialistischen Demokratie), an denen auch unser verstorbener Genosse Necdet Saraç beteiligt war. Im Jahr 1994 wurde dann ein gemeinschaftliches Wahlbündnis, die Vereinigte Sozialistische Alternative (BSA) ins Leben gerufen, aus der dann die Vereinigte Sozialistische Partei hervorging, die Ernest Mandel 1994 in der Debatte mit der US-amerikanischen Spartacist Tendency lobend erwähnte.

Aus einem Annäherungsprozess dieser aus verschiedenen ehemals stalinistischen und zentristischen Strömungen gegründeten Partei und der größten guevaristisch-zentristischen Organisation der 70er Jahre *Devrimci Yol* (Revolutionärer Weg) entstand die ÖDP, die Partei der Freiheit und Solidarität, die ein sehr viel größeres Aktionsfeld für unseren Kampf um eine Einheitsfront bot, als das bisher möglich gewesen war. *Yenyol* verwandte seine ganze Energie auf den Aufbau dieser Partei – die zeitweise gemeinsam mit der italienischen PRC, der französischen LCR, dem portugiesischen Bloco etc. Mitglied der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) war – und begleitete sie kritisch durch alle Höhen und Tiefen hindurch. Nachdem *Yenyol* in den Jahren 2006/07 noch alles versucht hatte, durch die Mitarbeit in der Programmredaktion und der Parteizeitung die Organisation auf eine dezidiert antikapitalistische Orientierung zu drängen, verließ sie am Ende die Partei, die sich unter dem Einfluss ihres Mehrheitsflügels in eine zunehmend monolithische Organisation verwandelte.

In dieser Zeit erlebten auch die Sozialforen ihre Blüte, an denen *Yenyol* besonders aufgrund ihrer internationalen Verbindungen Anteil hatte. Nachdem die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung abgeflaut war, engagierte sich *Yenyol* in der Umwelt-, LGBTI- und Flüchtlingsbewegung und bei den gewerkschaftlichen Kämpfen im öffentlichen Dienst im Rahmen ihrer Kräfte. Als es 2010 zu einem politischen Umbruch kam, versuchte die Organisation, sich einerseits gegen die in der radikalen Linken vorhandene Tendenz zu laizistisch-republikanischen Positionen beim Kampf gegen die AKP zu stemmen, andererseits auch gegen liberale Ideologieversätze innerhalb der Linken (darunter auch der Ableger der IST), die in der AKP ein Instrument sahen, den Staat gegenüber dem Einfluss der Militärs und der kemalistischen Republikaner zu demokratisieren. [...]

Dabei ließ die Organisation niemals davon ab, für die Einheit der Linken einzutreten. So beteiligte sie sich bspw. an der Vereinigten Juni-Bewegung, die sich um die Aufrechterhaltung der Dynamik der Gezi- und Taksim-

Revolte bemühte. Leider aber erschöpfte sich diese breite Bewegung darin, die Einflussnahme der AKP in kulturellen und religiösen Belangen eindämmen zu wollen und bspw. für einen laizistischen Schulunterricht einzutreten, statt sich vorrangig im Klassenkampf zu engagieren. Ihr größter Fehler bestand freilich darin, selbst in so kritischen Phasen wie den Wahlen im Juni 2015, als ein Sturz der AKP möglich gewesen wäre, außen vor zu bleiben.

Unsere Organisation hat seit Beginn die demokratischen und revolutionären Forderungen und natürlich auch das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes verteidigt und seinen Kampf kritisch begleitet. Folgerichtig engagierte sie sich bei den jeweiligen Wahlen seit 2015 gemeinsam mit anderen Strömungen der radikalen Linken für eine gemeinsame Kampagne zur Wahlunterstützung zugunsten der aus der Kurdenbewegung hervorgegangenen HDP. Auch ist die Organisation Gründungsmitglied der Vereinigten Betriebskoordination, die für eine autonome und von der Gewerkschaftsbürokratie unabhängige Organisation der Klassenkämpfe eintritt und natürlich für eine klassenkämpferische Orientierung der Linken, die zwischen den beiden reformistischen Polen CHP und HDP (wobei letztere natürlich weiter links steht und unsere Solidarität gegenüber der Repression benötigt) gefangen ist.

In einem Artikel von *YeniYol* von 1999 heißt es unter der Überschrift „Nicht nachlassen“: „Dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaft wieder Glaubwürdigkeit zu verschaffen, ist keine kurzfristig lösbare Aufgabe. Nur wenn wir uns kontinuierlich und hartnäckig in den täglich stattfindenden Kämpfen der Arbeitermassen um ihre drängenden Probleme engagieren, können wir diese Massen langfristig für dieses Ziel gewinnen.“ In diesem Sinn wird unsere Strömung ihr Ziel wie seit 40 Jahren weiter verfolgen, nämlich die Arbeiter, Frauen und Jugendlichen für die einzig mögliche Perspektive zu gewinnen, die den Menschen ein würdiges Leben verschaffen (und ihre Umwelt erhalten) kann, nämlich einen selbstverwalteten, ökologischen, feministischen und internationalistischen Sozialismus.

■ *Übersetzung: MiWe*

Neu bei ISP



Enzo Traverso

Die neuen Gesichter des Faschismus

Postfaschismus, Identitätspolitik
Antisemitismus und Islamophobie
Gespräche mit Régis Meyran
138 Seiten, 14,80 Euro
2019, ISBN 3-89900-153-2

Fast überall in Europa sind neue rechtsradikale Bewegungen und Parteien entstanden, die teilweise über einen erheblichen Massenanhang verfügen. Da ihre Ideologie und Praxis im Unterschied zu ihren historischen Vorläufern weniger die gewaltsame Überwindung des Systems zum Ziel hat, sondern sie es von Innen autoritär umbauen wollen, reden die Medien häufig von Rechtspopulisten. Sie sind eine Sumpfpflanze der neoliberalen Globalisierung und der damit einhergehenden heftigen sozialen Erschütterungen. Als Feinde werden diesmal weniger die Juden als vielmehr die Migranten und Geflüchteten ausgemacht, zumal wenn sie aus muslimischen Ländern kommen. Überhaupt strukturiert die Islamfeindlichkeit die neuen europäischen Nationalismen.

Im zweiten Teil des Buches beschäftigt sich der Autor mit der Ideologie und Politik des Islamismus und des Islamischen Staates. Diskutiert wird die Frage, welche die Ähnlichkeiten und die Unterschiede zum Faschismus und zu den neuen rechtsradikalen Parteien und Bewegungen sind.

Ein Beitrag von Stephan Lessenich zur Soziologie der Alternative für Deutschland (AfD) rundet das Buch ab.

Neuer ISP Verlag GmbH

Belfortstr. 7, D-76133 Karlsruhe

Tel.: (0721) 3 11 83

neuer.isp.verlag@t-online.de

www.neuerispverlag.de

DER SCHEIN TRÜGT

Das Engagement Chinas in Afrika wirft viele Fragen auf: Welche Motive stecken dahinter, und ist die chinesische Präsenz für Afrikas Bevölkerung eher ein Segen oder bedeutet sie für den Kontinent bloß eine weitere Katastrophe?

■ Paul Martial

Die sechzig Milliarden an bedingungslosen Subventionen und Darlehen, die Xi Jinping Afrika gewährt hat, scheinen diese Frage positiv zu beantworten. Auch die westlichen Regierungen zeigen sich – eingedenk ihrer neoliberalen Gesinnung – scheinbar erfreut über das chinesische Engagement in Afrika, warnen jedoch gleichzeitig vor den zahlreichen Risiken, die damit einhergehen würden: Verschuldung, wirtschaftliche Abhängigkeit, Umweltzerstörung etc. Die chinesischen Behörden beharren demgegenüber darauf, dass dabei faire Handelsbeziehungen zum Wohle beider Seiten zu Grunde lägen und der Westen hingegen egoistische Motive verfolge. Das chinesische Parteiorgan *Renmin Ribao* drückt das so aus: „Was manche Länder gegenwärtig betreiben, lässt sich nur als Unilateralismus, Protektionismus und Handelshegemonie bezeichnen.“¹

Rohstofflieferant und Absatzmarkt ...

Kurzum kritisieren beide Seiten die Politik der Gegenseite mit ganz ähnlichen Argumenten, was logisch erscheint, da sich die chinesische Politik in Afrika faktisch und jenseits der Rhetorik kaum von der der westlichen Länder unterscheidet. Afrika ist für Pekings wirtschaftliche Expansion von zentraler Bedeutung, weil es einen erheblichen Teil der für Chinas Industrieproduktion erforderlichen Bergbau- und Erdölprodukte liefert. Zudem lassen sich auf diesem Weg die Bezugsquellen diversifizieren und Peking hängt dadurch nicht ausschließlich von den Erdöl exportierenden Ländern im Nahen Osten ab, die als

strategische Verbündete der USA gelten. Diese Vorsichtsmaßnahmen der chinesischen Planer sind infolge der starken wirtschaftlichen Spannungen zwischen diesen beiden Ländern durchaus gerechtfertigt.

China ist mittlerweile nicht nur zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt sondern auch zur führenden Wirtschaftsmacht in Afrika aufgestiegen, was die Handelsvolumina an Rohstoffimporten und Exporten von Industriegütern betrifft. Im Jahr 2017 belief sich das Volumen auf 170 Milliarden US-Dollar (vergleichsweise auf 48 Milliarden für Frankreich).

China bezieht seine Öllieferungen aus Nigeria und Angola, Bergbauerzeugnisse wie Eisen, Mangan, Kobalt, Kupfer etc. kommen aus Sambia, Südafrika und den beiden kongolesischen Staaten.

Im Gegenzug zu diesen Importen exportiert das Land massenhaft Industrieprodukte, die oft billiger als die der westlichen Länder sind, auch wenn die Qualität nicht immer stimmt. Die afrikanischen Konsumenten sind in Bezug auf die Kaufkraft mit den chinesischen vergleichbar, was dem Absatz der Produkte zugute kommt. Zudem fungiert Afrika in den Augen der Marketingexperten als Testfeld für neue Produkte und als Starttrampe für die Eroberung westlicher Märkte, wie dies beispielsweise bei Mobiltelefonen der Marke Huawei der Fall war.

Ganz offensichtlich basiert der wirtschaftliche Austausch zwischen China und Afrika nach wie vor im Wesentlichen auf der internationalen Arbeitsteilung, bei der der afrikanische Kontinent auf seine Rolle als bloßer

Rohstofflieferant beschränkt und gezwungen ist, die meisten Industrieerzeugnisse zu importieren. Damit verstärkt China, wenn auch nicht als einziges Land, nur noch mehr das Erbe der kolonialen Vergangenheit Afrikas.

... statt „Wissenstransfer und Industrialisierung“

Offiziell ist von Wissenstransfer und Industrialisierung die Rede, in der Realität jedoch passiert wenig. Die wenigen Industrieunternehmen, insbesondere in Äthiopien, die als erster Schritt zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas gefeiert werden, dienen nur als Köder. Tatsächlich gaukelt Peking den afrikanischen Regierungen bloß vor, dass sie von der Verlagerung einiger chinesischer Unternehmen profitieren könnten, und ein paar glauben daran, wie der togolische Diktator Faure Gnassingbé: „Wir wissen, dass es in China Dutzende von Millionen von Arbeitsplätzen gibt, die von heut' auf morgen ausgelagert werden können. Insofern sind alle Unternehmen in China, die bereit sind, ihren Standort zu verlagern, hier stets willkommen.“²

Doch es ist unwahrscheinlich, dass daraus etwas wird, und zwar aus Kosten- und Produktivitätsgründen: „Angesichts der steigenden Löhne können Unternehmen mit Sitz in China ihre Produktion verstärkt automatisieren (was der Subunternehmer Foxconn macht) und diejenigen, die erwägen, die Küstenregionen zu verlassen, haben eher die Qual der Wahl: Westchina, Südostasien, Bangladesch und Indien stehen gleichermaßen zur Verfügung. Eine Vergleichsstudie der Weltbank zeigt, dass die afrikanischen Länder mit Ausnahme Äthiopiens eine geringere Produktivität in den arbeitsintensiven Produktionssektoren aufweisen als China und Vietnam. Eine Auswertung der Lohnstückkosten kommt zu dem Schluss, dass diese in Afrika höher sind als in Indonesien, Bangladesch und Vietnam.“³

Hinzu kommt, dass chinesische Unternehmen längst nicht vorbildlich beim Schutz der Umwelt oder der Einhaltung von Gesetzen sind. Es gibt regelmäßige Berichte über Gesetzesverstöße, und einige Unternehmen sind am Schmuggel im industriellen Maßstab beteiligt, insbesondere bei Tropenholz. Dabei können die chinesischen Unternehmen es leicht mit den westlichen multinationalen Konzernen Shell, Areva und Trafigura aufnehmen, die es in wenigen Jahren geschafft haben, ganze Regionen in Industriemüllhalden zu verwandeln.

... führen zu wachsender Verschuldung ...

China geht ständig damit hausieren, welchen Beitrag es zum Aufbau der Infrastruktur in den afrikanischen

Ländern leistet. Diese Infrastrukturprojekte dienen zuvörderst der Bereicherung der afrikanischen Eliten und entsprechen kaum den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere wenn es dabei um den Bau von Stadien, Konferenzzentren oder Präsidentenpalästen wie in Burundi, Mauretanien, Sudan oder Mosambik geht. Vor allem aber mehren diese Investitionen die Schulden der afrikanischen Länder ganz erheblich. Denn in den meisten Fällen sind sie durch die Vermögenswerte des Landes gesichert, etwa durch Bergwerke, Häfen, Rohstoffe und Schürfrechte. Der Verfall der Rohstoffpreise in letzter Zeit hat insofern automatisch zu einer höheren Schuldenlast der afrikanischen Länder geführt.

Das Ergebnis: „Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass fünf afrikanische Länder südlich der Sahara überschuldet sind und neun weitere Länder bald dazukommen könnten. Kenias Schulden haben kürzlich die 5-Billionen-Shilling-Marke überschritten [43 Milliarden Euro] und 72 % dieses Betrags sind China geschuldet. Im Frühjahr dieses Jahres hat Moody's die Bewertung Kenias herabgestuft. Auch in Dschibuti ist die Situation kritisch. Die Verschuldung entspricht 84 % des BIP und Peking hält davon 82 %. Sambia und die Republik Kongo ihrerseits haben undurchsichtige Kredite bei chinesischen Unternehmen aufgenommen, deren Höhe ungenannt bleibt. [...]

Angolas Schulden gegenüber China belaufen sich auf 25 Milliarden Dollar. Die Ölressourcen des Landes dienen dabei als Garantie. [...] Im Jahr 2008 gewährte China der Demokratischen Republik Kongo ein Darlehen in Höhe von 6 Milliarden US-Dollar im Austausch für das Recht, mehrere Kupfer- und Kobaltminen zu betreiben. In Guinea stellte Peking der Regierung eine Kreditlinie in Höhe von 20 Mrd. USD zur Verfügung, im Austausch gegen Bauxitschürfrechte zur Aluminiumgewinnung.“⁴

Letztendlich ist es die Bevölkerung dieser Länder, die die Konsequenzen zu tragen hat, indem ihr eine Austeritätspolitik aufgezwungen wird, während sich Peking die Reichtümer dieser Länder unter den Nagel reißt.

... und Kriegen

Während nach der offiziellen Lesart Chinas wirtschaftliche Präsenz in Afrika mit dem Großprojekt „Eine Straße, ein Gürtel“ verknüpft ist, um auf diesem Wege „seine Position im weltumspannenden Globalisierungsprozess zu markieren“, soll Afrika in diesem Kalkül im Wesentlichen die Seehäfen beisteuern – daher die Konzentration auf die

Ostküste und die besondere Bedeutung von Dschibuti. Dschibuti nimmt eine Schlüsselposition in der Straße von Bab el-Mandeb ein, an der sich Indischer Ozean und Rotes Meer, Naher Osten und Afrika kreuzen, und betreibt mit dieser strategischen Position einen regelrechten Handel. Dieser kleine Staat verfügt heute über fünf Militärbasen: Die älteste ist die französische Basis, auf der spanische und deutsche Truppen stationiert sind; Italien, Japan und die Vereinigten Staaten haben jeweils eine; und die neueste gehört China und kann fast 10 000 Soldaten aufnehmen. Diese Basis, die von China als Beitrag zur Bekämpfung der Piraterie vor der somalischen Küste präsentiert wird, spielt eine Schlüsselrolle bei der Sicherung einer der wichtigsten Seerouten für die chinesische Wirtschaft. Eine Route, deren Bedeutung in Zukunft noch wachsen wird.

Die chinesische Militärpolitik in Afrika beschränkt sich nicht nur auf Dschibuti, wovon das erste „China-Afrika-Forum zu Verteidigung und Sicherheit“ zeugt, das laut dem Sprecher des Verteidigungsministeriums, Ren Guoqiang, „den Aufbau einer Schicksalsgemeinschaft zwischen China und Afrika fördern und den Bedürfnissen der neuen Sicherheitslage in Afrika und der Militärkooperation zwischen China und Afrika gerecht werden soll.“

Peking ist bereits der zweitgrößte Beitragszahler nach den USA zu derlei „friedenssichernden“ Operationen, was im Wesentlichen einem finanziellen Beitrag entspricht, wengleich China kürzlich ein 8000 Mann starkes Regiment aufgestellt hat, das in der Lage ist, unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen schnell einzugreifen.

Wenn wir vom Militär reden, müssen wir auch von Waffenverkäufen sprechen, und in dieser Hinsicht ist die chinesische Politik keineswegs harmloser als die der Westmächte. Tatsächlich schreckt das Reich der Mitte nicht davor zurück, seine Waffen, insbesondere Kleinwaffen (die die meisten Opfer fordern), an alle Regierungen zu verkaufen, die daran interessiert sind, und Afrika mit billigen Sturmgewehren zu überschwemmen, die nur dazu da sind, Kriege in die Länge zu ziehen und noch mehr Menschenleben zu fordern.

Zwischen der Politik der Westmächte und der von China oder anderen Schwellenländer wie Indien gibt es keine grundlegenden Unterschiede. Chinas geschichtliche Vergangenheit, die frei von Sklaverei oder Kolonialismus ist, und die Tatsache, dass es mit Afrika die Wechselfälle der armen Länder teilt, lassen die offizielle Rhetorik Chinas auf den ersten Blick attraktiv erscheinen. Aber China ist zu einer führenden imperialistischen Macht

geworden und hat inzwischen – und darin unterscheiden sich die chinesischen Führer nicht von den meisten afrikanischen Führern – ein autoritäres und korruptes Regierungssystem, das die Bevölkerung unterdrückt und ausbeutet und die Umwelt zerstört.

Aus *l'Anticapitaliste la revue* vom Oktober 2018

■ Übersetzung: MiWe

■■■■■■■■■■ **Paul Martial** ist aktiv bei *Afrique en lutte* (Afrika im Kampf) und Mitglied der IV. Internationale in Frankreich.

1 Zhong Fei, “La coopération Chine-Afrique va écrire une nouvelle page d’histoire”, 28. Aug. 2018, <https://www.guineenews.org/la-cooperation-chine-...>

2 Interview mit Präsident Faure Gnassingbé: “Ce qui est la base de la relation entre l’Afrique et la Chine, c’est la concertation”, 27. August 2018, <https://tinyurl.com/ybf34ldo>

3 Jean-Raphaël Chaponnière, “L’empreinte chinoise en Afrique”, *Revue d’économie financière* Nr. 116, 2014/4, <https://www.aef.asso.fr/publications/revue-d-economie-financiere/116-la-finance-africaine-en-mutation/259-l-empreinte-chinoise-en-afrique> bzw. zum leichteren Abschreiben kurz: <https://tinyurl.com/y8xjgk8k>

4 Julie Zaugg, “Comment la Chine alimente la dette africaine”, *le Temps*, 25. Juli 2018, <https://www.letemps.ch/economie/chine-alimente-dette-africaine>

Wochenendseminar der ISO:

Rätedemokratie – Arbeiter*innenselbstverwaltung – Rojava

Mosaiksteine einer konkreten Utopie

Es gibt zahlreiche Rebellionen und Proteste gegen die herrschenden Verhältnisse, gegen Rassismus, Homophobie, die mächtigen Interessen des fossilen Kapitals, gegen soziale und ökologische Verheerungen und Ausbeutung. Zumeist bleibt es bei Protesten stehen, oft fehlen Antworten auf die Frage nach einer machbaren Alternative. Oder die Proteste beschränken sich darauf, das Schlimmste zu verhindern und allenfalls zaghafte Reformen anzumahnen.

Nach wie vor leidet die Glaubwürdigkeit der radikalen Linken darunter, dass sie nach dem Ende des „real existierenden Sozialismus“ kaum in der Lage ist, darzulegen, wie ihre Alternative zum real existierenden kapitalistischen Wahnsinn aussehen soll, was grundlegend anders sein und besser funktionieren würde als im „Kommunismus“ der sog. „sozialistischen Länder“ der Vergangenheit und der Gegenwart. Auch fällt es schwer zu erklären, inwiefern unsere Alternative keine Diktatur über die Arbeiter*innenklasse ist.

Bei der Entwicklung eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts können wir einige Lehren aus diversen Erfahrungen der Arbeiter*innenbewegung, der sozialistischen/kommunistischen Bewegungen und der Revolutionen des 20. Jahrhunderts zu ziehen. Insofern können wir zumindest grob skizzieren, wohin wir als internationalistische, antibürokratische und emanzipatorische Linke gehen wollen.

Aus Anlass des 100. Jahrestags der Novemberrevolution 1918/19 in Deutschland wollen wir, die „Internationale Sozialistische Organisation“ (ISO), uns mit einigen dieser Erfahrungen beschäftigen und der Frage nachgehen, inwiefern sie einen Beitrag zur „Vermessung einer konkreten Utopie“ (Raul Zelik) leisten können.

In unserem Wochenendseminar am Samstag/Sonntag, 26./27. Januar 2019, in Frankfurt am Main setzen wir uns mit folgenden Themen auseinander:

- Rätebewegung in Deutschland 1918 bis 1920 – Theorie und Praxis
- Licht- und Schattenseiten der jugoslawischen Arbeiter*innenselbstverwaltung: Was wir von Jugoslawien lernen können
- Konzepte des demokratischen Konföderalismus, der Autonomie und der Räte in Rojava

Wir beginnen damit, teilweise verloren gegangene Erfahrungen wieder auszugraben und uns wieder anzueignen. Wir sind der Überzeugung, dass dieses Bemühen um eine „Vermessung einer konkreten Utopie“ eine Angelegenheit der gesamten radikalen Linken sein sollte und laden alle interessierten Genossinnen und Genossen ein, sich mit uns auf die Suche nach Mosaiksteinen für eine konkrete Utopie zu begeben.

Samstag, 26.1., 13:00 bis Sonntag, 27.1. 2019, 14:00 in Frankfurt am Main

- Teilnahme an beiden Tagen mit drei Mahlzeiten und Übernachtung in Doppelzimmer: € 60
- Wegen anderer Möglichkeiten bitte bei der Anmeldung anfragen. Ermäßigungen sind möglich.

Weitere Informationen und Anmeldung:

wochenendseminare@intersoz.org

<https://intersoz.org/termine/wochenendseminar-raetedemokratie/>

Veranstalter: Internationale Sozialistische Organisation (ISO)

<https://intersoz.org/>

<https://www.facebook.com/intersoz.org>